

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

KURT SONTHEIMER

Der Tat-Kreis

GEORG VIGRABS †

Die Großmächte und die Baltischen Staaten 1939

ALFRED VAGTS

Bedingungslose Kapitulation als geschichtliches Phänomen

ERWIN KROLL

Verbotene Musik

DOKUMENTATION

Adam von Trott und das State Department

Zur „Umsiedlung“ der Juden im Generalgouvernement

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluge

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Kurt Sontheimer</i>	Der Tatkreis	229
<i>Georg Vigrabs</i> †	Die Stellungnahme der Westmächte und Deutschlands zu den Baltischen Staaten im Frühling und Sommer 1939	261
<i>Alfred Vagts</i>	Unconditional Surrender – vor und nach 1945	280
<i>Erwin Kroll</i>	Verbotene Musik	310

DOKUMENTATION

Adam von Trott und das State Department	318
Zur „Umsiedlung“ der Juden im General- gouvernement	332

NOTIZEN	335
-------------------	-----

BIBLIOGRAPHIE	33
-------------------------	----

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43651.
Preis des Einzelheftes DM 7.– = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 24.– = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise:
Vierteljährlich. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

*Dieser Nummer liegen folgende Prospekte bei: HANDBUCH DER DEUTSCHEN GESCHICHTE
erschieden in der Akademischen Verlagsgesellschaft, Athenaeon-Konstanz sowie GRAF ALFRED
SCHLIEFFEN-Briefe — Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen.*

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

7. Jahrgang 1959

3. Heft/Juli

KURT SONTHEIMER

DER TATKREIS

Die geistige und politische Wirkung eines publizistischen Organs verlässlich zu bestimmen, ist eine fast unlösbare Aufgabe für den Historiker. Er kann zwar an ihm Tendenzen ablesen, die Meinungen bestimmter Gruppen erkennen, aber er kann kaum zuverlässig ermitteln, wie viele es erreicht hat und was davon im einzelnen Leser wirksam geworden ist.

In der Publizistik der letzten Jahre der Weimarer Republik ragt eine Zeitschrift heraus, deren Gestaltung und weite Verbreitung die Frage nach ihrer politischen Wirksamkeit geradezu aufdrängt¹: „DIE TAT“. Kaum etwas beweist stärker die tiefe geistige und politische Beunruhigung Deutschlands in den Jahren 1929 bis 1933 als der phänomenale Erfolg dieser Zeitschrift. Eine kleine Mannschaft von Journalisten verstand es damals, eine publizistische Formel zu entwickeln, die auf die geistige Situation der jungen Intellektuellen, sofern sie nicht auf der Linken eine gesicherte ideologische Heimstatt zu haben wähnten, so maßgerecht zugeschnitten war, daß, verglichen mit der TAT, die anderen alteingeführten Zeitschriften ähnlicher Tendenz halb verstaubt wirkten.

Es war gewiß Werbung in eigener Sache, wenn die TAT von sich sagte, sie sei „die einzige Zeitschrift, die mit unerbittlichem Mut zur Wahrheit allen Fragen des heutigen politischen und geistigen Lebens auf den Grund geht“; aber dieser Anspruch traf mit der Überzeugung vieler geistig aufgeschlossener und politisch interessierter Deutscher zusammen, die diesem Organ in wachsender Zahl die Treue wahrten und seine Aufsätze für die beste Orientierung hielten, die es in einer Zeit der Krise gab. Der Tatkreis war in der politisch-literarischen Öffentlichkeit der letzten Jahre der ersten Republik ein stehender Begriff. Und noch heute fühlt sich jeder, der sich von der geistigen Situation vor Hitlers Eroberung der Macht ein Bild zu machen sucht, auf die TAT als Quelle verwiesen. Denn sie ist sowohl in ihrem Inhalt wie in ihrer Wirkung eines der aufschlußreichsten Symptome für die geistige und politische Krise der Endzeit der Weimarer Republik. Dies rechtfertigt den hier

¹ Die TAT wurde bereits in einigen Werken zur Ideologie des deutschen Nationalismus der Weimarer Zeit behandelt. Zuerst von E. Vermeil in: *Doctrinaires de la Révolution Allemande 1918–1938*, Paris 1939, in dem Kapitel „Le Groupe de la TAT“. Für den historischen Zusammenhang ertragreicher, wenn auch m. E. nicht immer mit zutreffenden Akzenten versehen, ist die Behandlung des Tatkreises bei Kl. v. Klemperer: *Germany's New Conservatism*, Princeton Univ. Press 1957. Jean Neurohr schildert die wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen der TAT knapp, aber zutreffend in seinem Buch: *Der Mythos vom Dritten Reich*, Stgt. 1957, begnügt sich aber damit. Die Dissertation von H. P. Brunzel: *Die „Tat“ 1918–1933*, Bonn 1952, ist vorwiegend eine Zusammenstellung der bestimmenden Ideen der Zeitschrift.

unternommenen Versuch, ihren geistigen Entwicklungsgang in diesen Jahren nachzuzeichnen, nach den Gründen zu fragen, die den Redakteuren dieser Zeitschrift für ein paar Jahre eine relativ weitreichende publizistische Bedeutung verschafften, und die Methoden zu studieren, mit denen sie erworben wurde². In dem dichten Geflecht von Republikmüdigkeit, ungestüm vorwärts drängendem nationalen Fanatismus und sozialem Ressentiment gegen die liberale Staats- und Wirtschaftsordnung, das die Situation der Weimarer Krisenjahre charakterisiert, ist die Aktivität des Tatkreises freilich nur ein – allerdings nicht zu übersehender – Strang. Wenn auch die Geschichte der Weimarer Republik nicht die Bahn einschlug, die ihr Hans Zehrer mit seinen Artikeln zu weisen suchte, so kann man doch von dieser Zeitschrift mit mehr Recht als von jeder vergleichbaren Publikation der damaligen Zeit sagen, daß sie Geschichte gestaltet und ihre „Hand am Puls der Geschichte“ gehabt hat. Eigenes Zutun und Getriebensein von den Kräften der Zeit sind dabei innig ineinander verwoben. Darum suchen wir hier nicht in erster Linie Schuldige, die den Nationalsozialisten als intelligente Zutreiber Dienste leisteten, sondern Exponenten und Agitatoren einer revolutionären Stimmung, wie sie für einen großen Teil der jüngeren deutschen Intelligenz von damals charakteristisch war.

Die alte TAT

Einen Tatkreis gab es erst seit dem Tage, an dem Hans Zehrer und seine neuen Mitarbeiter die Zeitschrift in die Hand nahmen. Das war im Oktober 1929. Zwanzig Jahrgänge hatte die Zeitschrift schon bestanden, ohne daß sie im Geistesleben der Nation eine hervorstechende Rolle gespielt hätte. Sie war 1909 von den Gebrüdern Horneffer gegründet worden, ging aber bereits drei Jahre später in die Hände des Verlegers Eugen Diederichs in Jena über. Dieser machte daraus eine Art Hausorgan seines Verlages, pflegte in der Zeitschrift ähnliche Themen, wie sie auch seiner Verlagsproduktion eigentümlich waren. Politik erschien darin überwiegend in Form von kulturpolitischen Betrachtungen, die sich mit Vorliebe dem damals in Mode kommenden „Metapolitischen“ hingaben. So Bedeutendes der Verleger Diederichs mit seinen Ausgrabungen aus der Literatur fremder Völker wie des eigenen leistete, seine Hausautoren und die Mitarbeiter seiner Zeitschrift gehörten meist zu jenen, die sich im Halbdunkel der Mystik und in der Umgebung mythologischer Gestalten wohler fühlten als in der Helle der Vernunft. Diederichs selber brachte

² Der hier vorliegenden Arbeit liegen außer der Zeitschrift selbst zugrunde: Ein Gespräch mit dem TAT-Redakteur E. W. Eschmann (19. 6. 1956), mit dem ehemaligen Chefredakteur Hans Zehrer, sowie seinem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter Prof. Friedrich Zimmermann-Ferdinand Fried (18. 8. 1958), ein Brief Peter Diederichs' vom 2. Juni 1958 an den Verfasser, sowie die obengenannten Werke. Der Tatkreis hat von 1931 an auch Rundbriefe an die in Deutschland entstandenen Leser-Tatkreise versandt und eine Tatkreis-Korrespondenz für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterhalten. Exemplare dieser Veröffentlichungen sind nicht mehr greifbar. Sie sollen sich jedoch in ihrem Inhalt nicht von der Zeitschrift unterscheiden haben. Zehrer gibt an, die Errichtung des Korrespondenzdienstes sei ein Mittel gewesen, um Eschmann und Wirsing einen Lebensunterhalt zu sichern, da die TAT nur ihn und Fried voll habe tragen können.

noch am ehesten eine halbwegs politische Linie hinein: Er trat ein für einen spezifisch deutschen Volksstaat, warb für die Idee der Volksgemeinschaft, wollte den demokratischen Gedanken durch aristokratisches Handeln ergänzt sehen; er hielt nichts von Parteien und Parlamenten, weil er ihren angeblich rationalistischen und mechanistischen Zug verurteilte; er sah das deutsche Volk im tiefsten Materialismus versinken und hoffte auf seine Neuwerdung durch den „Geist“ in Gestalt eines neuen Mythos. „Wir wollen die deutsche Seele!“ war die Quintessenz seiner Forderungen an die Zeit, und sein Weg zur deutschen Seele war ein bewußtes Eintauchen in eine mystische, aus den Ursprüngen lebende Vergangenheit³.

Die Diederichssche TAT war keine „völkische“ Zeitschrift in dem primitiven Sinne der völkischen Gruppierungen in der Weimarer Zeit. Sie war anspruchsvoller, esoterischer, kultivierter, doch gleichfalls charakteristisch für jene Verbindung von deutscher Wesenstümelei mit einem antiliberalen, antihumanitären, antizivilisatorischen und antiwestlichen Affekt. Besser als jede Umschreibung geben einige Artikelüberschriften den Geist der alten TAT wieder: „Ideen der mystischen Lebensführung, Ur-Setzung und Erlösung, Ost und West, Landschaft und Seele, Deutsche Gesinnung, Urgut der Menschheit, Wissenschafts-Dämmerung . . .“⁴

Das wurde allmählich anders, als sich in den Heften des Jahres 1928 erstmals ein Mann namens Hans Zehrer den TAT-Lesern vorstellte und in einer bisher nicht dagewesenen Form die Zeit, ihre Politik und deren innere und äußere Kräfte zum Gegenstand eindringlicher Analysen und Prognosen machte. Die TAT war auf dem Wege, eine politische Zeitschrift neuen Typs zu werden, und im Oktober 1929 trat denn auch der Herausgeber Eugen Diederichs mit der Verkündung eines neuen Programms seiner Zeitschrift vor die Leser:

„Wir wollen den realen Kräften dieser Zeit nachgehen, sie sachlich prüfen und ihren geistigen Gehalt freilegen; denn uns scheint, daß dieser Gehalt heute in Gefahr steht, überhaupt verloren zu gehen. Mit dem Oktoberheft (1929) erhält die TAT eine neue realere Richtung, nachdem sich ein Kreis gebildet hat, der sie tragen und vertreten wird. Sie wird unmittelbarer an die heutigen Probleme herangehen. Sie wird das Wesenhafte in jenen Kräften suchen, die uns heute entgegentreten in der Politik, in der Wirtschaft, in der Literatur, in der Kunst, in Religion und Denken, kurz im gesamten Leben unserer Zeit⁵.“

Der Wandel hatte sich schon vorher in einem neuen Untertitel angekündigt. Die Zeitschrift hatte 1909 begonnen mit dem Zusatz: „Wege zu freiem Menschentum“, Diederichs hatte daraus eine „Monatsschrift für die Zukunft deutscher Kultur“ gemacht; unter der Ägide Zehrer nannte sie sich eine „unabhängige Monatsschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit“. Obwohl Eugen Diederichs zunächst noch als Herausgeber zeichnete, hatte er im Herbst 1929 die Redaktionsgeschäfte der TAT praktisch Herrn Zehrer übergeben. Zehrer seinerseits zog nach und nach ihm zugehörige Mitarbeiter heran: Aus der Berliner Vossischen Zeitung des Ullstein-

³ Die TAT, Bd. 17, S. 609. Über Eugen Diederichs vgl. die ausführlichere Darstellung bei Klemperer a. a. O., S. 97 ff.

⁴ Entnommen dem 1. Band des 17. Jahrg. (1925).

⁵ Jg. 21, S. 485.

Verlages, in der er bis zu seiner völligen Übernahme der TAT als außenpolitischer Redakteur arbeitete, brachte Zehrer den Wirtschaftsjournalisten Ferdinand Friedrich Zimmermann (Ferd. Fried) mit. Ferner gewann er durch Vermittlung von Peter Diederichs zwei begabte, politisch aufgeweckte Assistenten an der Heidelberger Universität: Ernst Wilhelm Eschmann aus der Schule Alfred Webers und Giselher Wirsing aus der des Nationalökonomen Carl Brinkmann. Zehrer, Fried, Eschmann und Wirsing bildeten den Kern des Tatkreises. Eine gewisse Rolle spielte eine Zeitlang noch der in Frankfurt an der Oder tätige Pädagoge Horst Grüneberg.

Der Tatkreis war also keine Organisation, sondern eine Redaktionsgemeinschaft⁶. Wohl gab es später in einzelnen Städten spontan entspringende Leser-Tatkreise, doch deren Kontakt zur Redaktion war äußerst dürftig. Persönliche Verbindungen oder eine gelegentliche Mitarbeit an der Zeitschrift mochten zwar diesen oder jenen als Mitglied des Tatkreises erscheinen lassen, aber es gab in Wirklichkeit keine Mitglieder. Der Tatkreis bestand, konkret gesprochen, aus jenen vier TAT-Redakteuren, die unter geringer Mithilfe von anderer Seite eine Zeitschrift machten, zu der man sich bekennen konnte wie zu einer Fahne oder Weltanschauung. Dieser Umstand hat dazu beigetragen, daß der Tatkreis fast so etwas wie ein Mythos werden konnte.

Die neue TAT

Unter diesen vier Journalisten war Hans Zehrer ohne Zweifel der führende Kopf, jedenfalls derjenige, auf den die neue Konzeption der TAT zurückging. Er erfand die neue publizistische Formel, mit der es gelingen sollte, innerhalb von zwei Jahren die Auflage der Zeitschrift auf das Zwanzigfache zu steigern. Als Zehrer 1929 von Eugen Diederichs die TAT zu redigieren übernahm, wurde sie in 1000 Exemplaren gedruckt, 800 davon wurden verkauft. Zwei Jahre später war die Auflage auf über zwanzigtausend Exemplare gestiegen, und es gelang sogar, sie 1932 auf über 30000 zu bringen. Das ist für eine Zeit, in der viele Zeitschriften wegen der Wirtschaftskrise eingingen oder sich nur mit Mühe über Wasser zu halten vermochten, ein so beachtlicher Erfolg, daß man sich mit Recht die Frage vorlegt, wie er möglich war.

Hans Zehrer war noch nicht dreißig Jahre alt, als er für die TAT zu schreiben begann. Er hatte damals fünf Jahre in der Redaktion der Vossischen Zeitung hinter sich und dort zuletzt eine gute, wenn auch nicht bedeutende Position als außenpolitischer Redakteur innegehabt. Die „Voss“ gehörte zu der von rechtsradikaler Seite als verjudet und liberalistisch verschrieenen Gruppe großer Tageszeitungen. Daß aus dieser Redaktion ein Mann hervorgehen sollte, der es sich zur Aufgabe machte, den nationalen Sozialismus für die deutsche Intelligenz schmackhaft zu machen und die bestehende Republik zu liquidieren, gehört zu den Anomalien, an denen die Zeit keinen Mangel hatte.

⁶ Der Schluß, den z. B. v. Klemperer zieht, daß der Tatkreis eine dem Juniklub vergleichbare Organisation gewesen sei, liegt zwar nahe, ist aber irrig. Die TAT-Redakteure arbeiteten sehr viel mit Pseudonymen; Eschmann z. B. schrieb noch unter Habrich, Fellmann und Dingräbe. Dadurch erschien der Kreis nach außen hin viel größer, als er in Wirklichkeit war.

Zehrerers Lebensabriß macht einiges von seiner späteren Einstellung deutlich. Von halbungarischer Abstammung, wird er von einem TAT-Kollegen als „großer Intellekt, vermischt mit Schwermut“ geschildert. Mit 16 Jahren meldete er sich als Kriegsfreiwilliger an die Front. An der Front, so hören wir, sei ihm die Fragwürdigkeit des bürgerlichen Daseins aufgegangen, und mit der beunruhigenden Frage nach dem Menschen im Herzen habe er sich der neuen republikanischen Umwelt gegenübergesehen. Zehrer ging an die Berliner Universität. Medizin, verbunden mit Psychologie, so meinte er zunächst, müsse ihn dem Menschen am nächsten bringen, doch das erwies sich als Fehlspekulation, denn Knochen, Nervenstränge und Muskelpakete, so rationalisierte er später, seien nicht das Wesentliche des Menschen. Er fand es in der Geschichte, der Soziologie; er interessierte sich für den wirtschaftenden Menschen in der Nationalökonomie (bei Werner Sombart); Ernst Troeltsch öffnete ihm die Augen für die Verknüpfungen von Religion und Gesellschaft und ließ ihn leidenschaftlichen Anteil nehmen an seinem Versuch, den Historismus zu überwinden.

Zehrer konnte sein Studium nicht vollenden. Die Inflation raubte ihm die Mittel, den Universitätsbesuch fortzusetzen. Er trat bei der Vossischen Zeitung ein; aber er hat sich durch seine journalistische Tätigkeit nicht davon abhalten lassen, sich weiterhin mit soziologischen und historischen Fragen zu beschäftigen. Er war tief beeindruckt von Oswald Spengler, insbesondere von dessen „Preußentum und Sozialismus“, er studierte Karl Mannheim und Vilfredo Pareto; er wußte von Georges Sorels politischem Mythos, und auch Carl Schmitts zynisch-treffsichere Analysen des sterbenden Parlamentarismus und sein Hinarbeiten auf eine autoritäre Staatskonzeption entgingen ihm nicht. Er wußte all diese Kenntnisse geschickt zu verarbeiten, als er die deutsche Öffentlichkeit mit der neuen TAT überraschte.

Der große, sehr rasch sichtbar werdende Erfolg der Zeitschrift wäre freilich nicht denkbar ohne seine Mitarbeiter. Ferdinand Fried ist durch seine wirtschaftspolitischen Untersuchungen über das Ende des Kapitalismus und die Autarkie zeitweilig sogar viel bekannter gewesen als Zehrer, hat aber im Grunde nur wirtschaftspolitische Riesenglossen zum politischen Programm Zehrerers geschrieben. Eschmann steuerte eine Reihe von Aufsätzen zur geistigen und soziologischen Umschichtung bei und versuchte eine Systematisierung des planwirtschaftlichen Programms. Wirsing entwickelte in Verbindung mit den wirtschaftspolitischen Ansichten des Tatkreises das neue außenpolitische Programm der TAT. Grüneberg brachte den Tatlesern das „neue Staatsbild“ näher und entwickelte eine nationale pädagogische Konzeption.

Alle waren sie bestimmt vom preußischen, protestantischen Norden, alle waren sie jung. Fried und Zehrer gehörten den Jahrgängen 98 und 99 an, Eschmann dem von 1904; Wirsing, 1907 geboren, war dermaßen jung, daß sie, wie Fried erzählt, sein Alter nach Möglichkeit verheimlichten. Sie waren alle mit der Jugendbewegung in Berührung gekommen, Zehrer und Fried zehrten vom Kriegserlebnis, die beiden anderen, insbesondere Eschmann, waren mit den Sehnsüchten und Enttäuschungen der studierenden Jugend bestens vertraut. Sie wurden zu Wortführern einer Gene-

ration, die einen neuen Weg suchte, einer Generation, die weder in den Parteien der Rechten noch der Linken heimisch war, und erst recht nicht in der republikanisch-demokratischen Mitte. Es galt ihr vielmehr, die rechte und linke Position in einem nationalen Auf- und Umbruch zu amalgamieren. Der Tatkreis wurde zum Inbegriff dieses ungestümen nationalen und sozialen Wollens, und er hat, die große geschichtliche Stunde für sein Wirken instinktiv erfassend, der jungen Generation in vielem Weg und Orientierung gewiesen. Was aber war es für ein Weg? Wie deuteten Hans Zehrer und seine Mitarbeiter Vergangenheit und Gegenwart? Welche Prognosen enthüllten sie für die deutsche Zukunft?

Bejahung der Krise

Zehrer führte sich bei den TAT-Lesern nicht auf die angenehmste Weise ein. Er prophezeite ihnen das Chaos und verstieg sich sogar zu der Forderung, daß das Chaos bejaht werden müsse, weil allein aus diesem Reinigungsbad Deutschland und seine innere Ordnung heil hervorgehen könnten. Zu einem Zeitpunkt (April 1929), in dem die Wirtschaftskrise noch kaum spürbar war, sagte er sie seinen Lesern in umfassendem Sinn voraus und versuchte ihnen zu suggerieren, daß diese Krise ein Segen sei. Sie allein könne den großen Schmelzprozeß einleiten, aus dem ein neuer deutscher Staat und eine neue gesellschaftliche Ordnung herauswüchsen und uns jene Revolution schenken, die wir 1918 verpaßt hätten. Monatelang bearbeitete er seine Leser, das Chaos liebzugewinnen, sich auf das Neue vorzubereiten und das Alte zu stoßen, damit es endgültig falle. Schon in seinen ersten Aufsätzen klingt als ein wesentlicher Programmpunkt an: den sozialen und nationalen Pol zusammenzuführen. Während sein Kollege Fried alles tut, um den Kapitalismus und sein System als todwund zu enthüllen, benennt Zehrer die politischen Positionen: die liberal-demokratische Weimarer Republik ist nicht der Staat, der den sozialen Kräften und Ideen der Epoche entspricht; die Parteien samt den Nationalsozialisten verkörpern nicht den wahren deutschen Zukunftswillen; dieser muß erst noch Gestalt gewinnen. Für Zehrer ist sowohl die linksradikale wie die rechtsradikale Bewegung in eine Sackgasse einmarschiert; sie stellen noch nicht die „neue Position“ dar, die es zu erreichen gilt; sie sind bloß letzte Ausläufer der alten Positionen. Erst ihre Vereinigung in einer schöpferischen Synthese ist das Endziel des revolutionären Prozesses der Zeit:

„Während sich also die Ebene der alten Positionen mehr und mehr zersetzt und sich dem Chaos nähert, wächst außerhalb dieses Prozesses eine neue Position heran. Der Augenblick des Handelns ist für diese Position noch nicht gekommen. Man muß einstweilen abwartend die Notwendigkeit des Zersetzungsprozesses bejahen.“⁷

Die neue Position ist zunächst die des Tatkreises selber. Aber die TAT-Redakteure halten rege Ausschau nach soziologischen Gruppierungen, die die Basis für die von ihnen verheißene Neuorientierung der Nation bilden könnten. Sie finden sie in den sogenannten „Mittelschichten“. Sie teilen die deutsche Gesellschaft in

⁷ Zehrer: Der Weg in das Chaos, Jg. 21, S. 576.

drei große soziologische Blöcke: Auf der einen Seite das Kapital, also Banken, Großindustrie und deren Interessenvertretungen, auf der anderen die „Masse“, gemeint ist die organisierte Arbeiterschaft, ihre Verbände und Parteiorganisationen. Dazwischen eine große Gruppe weder wirtschaftlich noch politisch festgefügt Menschen. Das sind im Blickwinkel der TAT zunächst einmal die geistigen Berufe, deren Misere eines der Vorzugsthemen der Zeitschrift ist, die Angestellten und Beamten, die kleinen und mittleren Unternehmer; selbst die Bauern werden von der TAT dem großen Zerschmelzungsprozeß zwischen Kapital und Masse eingefügt, aus dem das Neue siegreich hervorgehen soll. Die Mittelschichten sind die Reserve der Unzufriedenen, mit denen der Tatkreis rechnet; Spaltpilze nennt sie Ferdinand Fried, die eingepreßt und fast erdrückt zwischen Kapital und Arbeit doch gärend nach allen Seiten drängen, bis eines Tages der gärende Topf überlaufen und alles zersetzen werde.

In dem großen politischen und sozialen Zersetzungsprozeß und seinem vorweggenommenen positiven Endergebnis fällt der Intelligenz eine besondere Rolle zu. Doch mit der Intelligenz, die Zehrer um sich herum wahrnimmt, ist zunächst offenbar nichts zu machen. Die Luft sei heute dumpfer als je zuvor, klagt er, und niemals seien wir weiter von der Freiheit entfernt gewesen als heute. Der Krieg habe alle revolutionären Kräfte verpufft und verbraucht. Die Elite des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts sei auf den Schlachtfeldern vermodert, die Macht per Zufall in die Hände der Masse und der Mittelmäßigkeit geraten. Zehrer hält vergebens Umschau nach geistiger, politischer, ökonomischer Dynamik: „Wir haben die dumpfe Kirchhofsruhe einer tötenden Sterilität.“ Doch diese Übertreibung, ob bewußt oder unbewußt, ist nur der kontrastierende Hintergrund für sein eigentliches Programm, die Revolutionierung der Intelligenz⁸. Er macht Anleihen bei Karl Mannheim, dessen Theorie von der freischwebenden Intelligenz, die alle Positionen als ideologische entlarvt, ihm großen Eindruck gemacht hat. Er bezieht von Pareto die Theorie des Kreislaufs der Eliten und verkündet, daß alle sozialen Bewegungen zunächst von intelligenten Minoritäten getragen sind. Die neue, jetzt nach vorne drängende deutsche Elite aus dem Reservoir der Mittelschichten werfe die Frage nach der Freiheit auf, denn ihre Freiheit sei erstickt worden im Bündnis von Kapital und Masse, den eigentlichen Nutznießern der Revolution von 1918, die nur ein Zusammenbruch war. „Wer diesen Ruf (nach der Freiheit) aufnimmt, gehört dazu, wer nach dem „wieso“ fragt, gehört nicht dazu!“ Die neue Elite ziehe sich zunächst auf eine neutrale Position zurück. Sie empfangen ihre Aktivität aus der Zerstörung der alten Werte, die sie in sich selbst vollzogen habe.

„Es handelt sich hier nicht um die Leute des heutigen Phrasenschwells, die erbittert um ihre eigene Existenz kämpfen. Es handelt sich um Leute, die den völligen Zusammenbruch dieser Existenz bereits erlebt und in sich abgetan haben“¹⁰.

⁸ Zehrer: *Die Revolution der Intelligenz*, 21, S. 486ff.

⁹ Ebd., S. 500.

¹⁰ *Der Weg in das Chaos*, S. 577.

Zehrer versetzt seine Gesinnungsgenossen sozusagen in den Wartestand. Im Augenblick, so bedeutet er ihnen, heißt es noch zuwarten, bis das Chaos sich vollendet, dann aber kommt unsere Stunde, die Stunde des neuen Menschen. Die alte Welt des Liberalismus liegt in den letzten Zuckungen, sie wird nie wieder auferstehen, es gilt eine neue Welt zu bauen mit neuen Menschen und neuen Ideen. Schon zu Anfang seiner Mitarbeit an der TAT hatte er seine Leser davor gewarnt, sich in das politische Getümmel des Tages zu stürzen:

„Es würde ein Eindämmen der Problematik bedeuten, wollte man sich in unserer Lage übereilt auf irgendeine heute sich als Absolutum anbietende Partialgewißheit einlassen und sich dadurch den Blick vor den allein in der Gärung sichtbar werdenden Phänomenen versperren. Zunächst gilt es die Krise zu vertiefen, sich ausweiten zu lassen, Wankendes in Frage zu stellen, um der Natur des Prozesses mit den Augen des Forschers nachzugehen¹¹.“

Achtung, junge Front! Draußenbleiben! hatte er dramatisch einen seiner ersten Artikel in der TAT überschrieben, in dem es u. a. hieß:

„Wir sehen, wie unsere Ideen, unsere Argumente und unsere Forderungen unseren Händen entrissen werden, und wie sie bereits als Bälle in der politischen Arena hin- und hergeworfen werden. Unsere Fahnen sind zerrissen und zerpfückt worden, die Fetzen aber gehen von Hand zu Hand . . . Die Besten wenden sich angewidert ab und flüchten sich von neuem in die anspruchsvolle Stille ihrer anspruchlosen Arbeitsräume, um von neuem die Formel zu prüfen, die Argumente zu überdenken. In die werdende Front ist Unruhe gekommen: Hineinspringen oder Draußenbleiben¹²?“

So zog Zehrer sich zurück, um mit seinen Kollegen befriedigt das „Forscherauge“ auf das gärende Chaos zu richten, immer von neuem die Situation analysierend, die neue Formel überdenkend. Die Konzeption einer zwischen oben und unten eingekleiteten Mittelschicht beherrschte von da an fast alle Analysen der TAT. Man untersuchte die Angestellten, die mittleren und kleinen Unternehmer, die Situation der Akademiker, die Lage der Mittelklassen in England und Italien. Das Ergebnis war immer dasselbe: die Mittelschichten werden zerrieben zwischen Kapital und Masse. Man fordert ihren organisatorischen Zusammenschluß zu einer revolutionären Bewegung. Da sie sich in der gewünschten Form nicht real abzeichnet, hält der Tatkreis ihre fortdauernde innere Unruhe für die Garantie der kommenden Revolution.

Die Männer des Tatkreises sind so überzeugt von dem Werden einer dritten Kraft, die das Nationale mit dem Sozialen zu einer lebendigen Synthese und Bewegung zusammenbindet, daß sie die NSDAP auf der äußeren Rechten und die KPD auf der extremen Linken zwar nicht übersehen und mit ihnen als Reservoir der Unzufriedenen rechnen, sie aber in ihrer Politik nicht genügend ernst nehmen. Wir werden diesen Punkt noch genauer berühren. Sie glauben mit allen Fasern ihres Herzens an den neuen Menschen, der Rechts und Links in sich vereinigt und zugleich überwindet:

¹¹ Ebd., S. 568.

¹² Zehrer: Achtung, junge Front! Draußenbleiben! – 21, S. 26.

„Erst einem Denken, das die Synthese zwischen beiden (rechts und links) bejaht und in sich vollzogen hat, sind jene Probleme zugänglich, die uns die Zukunft stellen wird und an denen die Gegenwart verzweifelt . . . Der Weg der Zukunft führt dahin, diesen Menschen rechts mit dem Menschen links zusammenzuführen und umgekehrt und aus beiden eine neue Volksgemeinschaft zu schaffen unter dem Mythos einer neuen Nation¹³.“

Zehrer ist kühn genug, das Aufgehen des Kommunismus und des Nationalsozialismus in der von ihm befürworteten neuen Volksgemeinschaft zu prophezeien. Da keine großen Führer da seien, würden die Dinge in Deutschland eines Tages von jener noch neutralen, aber dem Neuen zugewandten Intelligenzschicht bestimmt werden; diese Schicht, zusammengehalten in der Form des Ordens oder der Gemeinde, geistig genährt von einer Zeitschrift (sprich: Die TAT), die ein geschlossenes Weltbild vertritt, nach Möglichkeit organisch-landschaftlich gegliedert, werde dann an das zur Bewegung gewordene Volk appellieren und es im neuen Geist in einen neuen Staat führen.

„In diesem Augenblick wird uns eine Ordnung, die uns der Liberalismus als dumpfe Knechtschaft zu schildern versuchte, als Freiheit erscheinen, eben weil sie Ordnung ist, weil sie Sinn hat, und weil sie Antwort gibt auf die Fragen: warum, wozu, wofür¹⁴.“

Bis in das Jahr 1932 hinein hielten sich Zehrer's Analysen und Prognosen in den entscheidenden Punkten in diesem vagen, aber vieles versprechenden Rahmen. Er lehnte alles ab, was noch irgendeinen Zusammenhang mit dem liberalen System zu haben schien. „Das System“, gab er zu, „mag in sich vernünftig sein, aber wir wollen es nicht mehr. Dagegen ist kein Argument gewachsen¹⁵.“

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten nicht nur Zehrer's, sondern der meisten Vertreter der „konservativen Revolution“, daß sie wähten, rationalen Argumenten guten Gewissens ausweichen zu dürfen, weil sie ja nicht mehr auf dem Boden einer „bloßen Verstandeskultur“ standen. Wie soll man mit einem Vertreter des Geistes argumentieren, der mit Zehrer sagt: „Diese Zeit ist intellektuell nicht mehr zu verstehen, man muß sie in sich tragen¹⁶.“ Nicht von ungefähr betonen die TAT-Redakteure an verschiedenen Stellen den zutiefst religiösen Charakter der allgemeinen Krise. Sie sind wie Apostel einer politisch-sozialen Glaubensgemeinschaft, nur daß es ihnen zuletzt doch nicht gelingt, die große Kirche zu gründen, die der nationalen Welt ein neues Gepräge geben sollte. Erfüllt von dem Sendungsbewußtsein, den Deutschen den tieferen Sinn ihrer Staats- und Wirtschaftskrise zu deuten und diese zugleich ihren weltanschaulichen Visionen nutzbar zu machen, glauben sie sich im Besitz der Schlüssel zum Geschehen. Zehrer geht in seiner Betrachtung der Krise, die er als eine Revolution kennzeichnet, so weit zu behaupten, man könne den revolutionären Prozeß bewußt organisieren und nur so viel der Vernichtung anheimgeben, wie man für sinnvoll halte. Doch all dies sei wiederum

¹³ Zehrer: Rechts oder Links? 23, S. 505 ff.

¹⁴ Ebd., S. 556.

¹⁵ Ebd., S. 526.

¹⁶ Zehrer: Der Sinn der Krise, 23, S. 937 ff.

nicht eine Sache des Intellekts (dessen einseitige Herrschaft uns das Chaos beschert habe), sondern des Einblicks eben dieses Intellekts in eine „höhere Vernunft“, welche ihm die historische Erfahrung heute übermittele¹⁷. Zehrer ist wie besessen von der Idee, daß der ‚kairos‘ der deutschen Nation herannahe und daß man alles tun müsse, um die Stunde des Schicksals nicht ungenutzt vorbeistreichen zu lassen. „Das ist die Situation! Und dorthin führt der Weg! Unabänderlich!“¹⁸

Ein so apodiktischer Satz kann nur geschrieben werden von einem Manne, der den Gang des deutschen Schicksals zu kennen vermeint. Darum fließen ihm auch die großen Worte ohne Stockung in die Feder. Er sieht z. B. in der sich immer stärker abzeichnenden Frontbildung gegen die liberale Republik ein weltgeschichtliches Ereignis, das man nicht anders als mit dem Wort einer „totalen Revolution“ bezeichnen könne. Die Revolution von 1918 wird bei ihm zu einer Restauration des Liberalismus, einer „Restauration der Etappe ohne die Front“. Er läßt die große Krise bereits mit dem Jahre 1914 anheben. Der Aufbruch des Neuen, zuerst zutage getreten in der Jugendbewegung, explosiv geworden in den Augusttagen des Jahres 1914, symbolisiert durch die Opfer von Langemarck und das Kriegserlebnis des Frontkämpfers, wird zunächst noch gehemmt durch die Fortsetzung eines „falschen“ Systems in den Händen einer degenerierten Elite. Aber jetzt (1931–32) bestimmt er das deutsche Schicksal, in dessen Dienst sich Zehrer mit der TAT gestellt hat.

Indes – mit derlei Visionen war auf die Dauer keine konkrete Politik zu machen, auch wenn sie sich vielen mitteilten und der Zeitschrift reißenden Absatz verschafften. Politik treiben, an den Kommandostellen sitzen, einen Zipfel des Schicksals selbst in die Faust nehmen, war daher eine Verlockung, die auch Hans Zehrer nicht fremd blieb. Das Interesse des Tatkreises am Bündnis mit der Macht wurde um so größer, je mehr sich abzeichnete, daß die neue Volksbewegung im Sinne der TAT nicht Wirklichkeit wurde, sondern daß man auf die realen Machtpositionen blicken und sie zu beeinflussen versuchen mußte, ohne indes die Vision des Anfangs ganz zu opfern. Bevor wir jedoch diese zweite, politisch etwas konkretere Phase der TAT schildern, ist es nötig, einen Blick auf die wirtschaftspolitischen Aufsätze Ferdinand Frieds sowie auf einige andere wesentliche Beiträge der ersten Jahrgänge der Zehrer-schen TAT zu werfen.

Fried und das Ende des Kapitalismus

In einem Werbeprospekt der TAT findet sich der Satz: „Die Stoßkraft der TAT liegt in der Geschlossenheit ihres einheitlich gesinnten Mitarbeiterkreises begründet. Ihre Namen verkörpern die Gedanken, die den Tatkreis heute in den Mittelpunkt jeder politischen Diskussion stellen.“ Hans Zehrer war es gelungen, seine Mitarbeiter so fest auf sein Programm zu verpflichten, an dessen Gestaltung sie freilich auch Anteil hatten, daß jede Nummer der Zeitschrift tatsächlich wie aus einem ideologischen Guß geformt ist. Ferdinand Frieds eingehende und neuartige

¹⁷ Ebd., S. 944.

¹⁸ Zehrer: Achtung, junge Front . . . , 21, S. 40.

Untersuchungen über das Versagen des Kapitalismus waren gewiß selbständige Arbeiten, hinter denen sich übrigens eine gewaltige Arbeitsleistung verbarg, aber sie erhielten ihre eigentümliche Färbung, ihren eminent politischen Charakter erst durch die Wertungen und visionären Ausblicke, die wir bei Zehrer kennengelernt haben. Auch bei Fried läßt sich eine analytisch-destruktive von einer mehr visionär konstruktiven Phase unterscheiden. Die Aufsätze der ersten Periode sind als TAT-Schrift unter dem Titel: „Das Ende des Kapitalismus“ in mehreren Auflagen erschienen. Das wirtschaftspolitische Programm Frieds gipfelte in der Forderung nach „Autarkie“; so lautete auch der Titel seiner zweiten TAT-Schrift¹⁹.

Gegner des Kapitalismus gab es damals in Hülle und Fülle. Die Sozialdemokratische Partei war zwar als sogenannte „Systempartei“ kompromittiert und bis zu einem gewissen Grade für den wirtschaftlichen Zustand mit verantwortlich, aber darum noch längst nicht zur Verteidigung des Kapitalismus bereit. Bei den Kommunisten jedenfalls und den unabhängigen linken Intellektuellen, vertreten etwa durch die „Weltbühne“ oder das „Tagebuch“, sowie den revolutionären Bündeln und Gruppen der Rechten, war der Antikapitalismus Glaubensartikel. Die Schar der am kapitalistischen System Verzweifelnden sollte immer mehr anwachsen, als die Wirtschaftskrise sich voll auszuwirken begann. Während die Linke, dank ihrer marxistischen Orientierung, längst über eine klar umrissene antikapitalistische Ideologie verfügte und darüber hinaus einige ausgezeichnete Nationalökonomien besaß, wie etwa Leopold Schwarzschild, war auf der Rechten der Antikapitalismus zwar auch nicht neu, aber doch stark vermischt mit einer ressentimentbeschwerten Protesthaltung gegen alles, was auch nur entfernt mit dem Liberalismus und seinem Staatsbild zu tun hatte.

Der außerordentliche publizistische Erfolg Frieds beruht darauf, daß er diesem Protest Argumente an die Hand zu geben verstand. Er konnte das Versagen des Kapitalismus analysieren, die Interessenwirtschaft in ihrer Verflechtung mit der Politik entlarven, und im Bunde mit Zehrer verstand er es, die Vision einer besseren Welt mit einer gerechteren und den Bedürfnissen der Gesamtheit vollkommener entsprechenden Wirtschaftsordnung kräftig zum Leuchten zu bringen. Beeinflußt von Wichard von Moellendorfs Idee der Gemeinwirtschaft, angeregt durch Spenglers Vorstellung eines deutschen Sozialismus des Dienstes am Staate, von Werner Sombart während des Studiums und auch danach mit dem passenden national-ökonomischen Rüstzeug versehen, prophezeite Fried, die kommende Krise werde die Katastrophe des kapitalistischen Systems sein; ein neues Zeitalter sei im Anzug.

¹⁹ Ferdinand Fried: Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931; derselbe: Autarkie, Jena 1932. Mit diesen Büchern wurden die TAT-Schriften wieder aufgenommen, die Diederichs während des Weltkrieges in kleinerem, heftartigem Format herausgebracht hatte. Die TAT-Schriften Frieds enthalten vorwiegend die Aufsätze, die auch in der Zeitschrift erschienen. Für die Buchveröffentlichung neu gefaßt wurden die Beiträge Dingraves (Eschmann), der zwei TAT-Schriften publizierte: Wo steht die junge Generation?, 1931, und: Wohin treibt Deutschland?, 1932. Auch die umfangreiche Arbeit Wirings: Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, 1932, ist detaillierter als seine das gleiche Thema berührenden Aufsätze in der TAT.

Fried setzte mit seinen Kassandrarufern ein, als die beginnenden Anzeichen der Krise noch von optimistischen Beteuerungen der Verantwortlichen propagandistisch überdeckt wurden, und sollte dann mehrmals Gelegenheit erhalten, in triumphierender Gelassenheit aus seinen früheren Aufsätzen zu zitieren. War es nicht immer wieder so gekommen, wie er es vorausgesagt hatte?

Auf diese Weise gelang es der TAT, vielen verzweifelnden Menschen ein Gefühl der Gewißheit über den Sinn der Krise zu geben. In den Aufsätzen Frieds verband sich ein angemessenes sicheres Wissen über den Ablauf des deutschen Schicksals mit fraglos sehr interessanten Analysen. Zudem war Fried durchdrungen von einem sozialen Gerechtigkeitsgefühl. Er zeigte seinen Lesern die kapitalistischen Besitzverhältnisse; er durchleuchtete die Machenschaften auf den Aktienmärkten, er gab die Namen der „oberen Vierhundert“ preis, veröffentlichte aufsehenerregende Studien über die großen Einkommen und Vermögen und hielt immer wieder die Lage der bedrohten Mittelschichten dagegen.

Das hatte es bisher in der Publizistik der Rechten nicht gegeben. Hier wurde nicht ein seit der Inflation vorwiegend im Kleinbürgertum heimisches antikapitalistisches Ressentiment demagogisch entfacht, wie das etwa bei den Nationalsozialisten durch die Parole von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ geschah, nein, hier wurde erstmals ein nationales sozialistisches Wirtschaftsdenken einigermaßen intelligent vorgeführt, auch wenn es dem Autor, wie ihm die liberalen wie sozialistischen Kritiker vorwarfen, an nationalökonomischer Zuverlässigkeit in mancher Hinsicht gebrach. Doch dies war kaum ein Hindernis in einer Zeit, in der sich viele Intellektuelle der „Lust am Untergang“ hingaben und sich zugleich nach einer blutvollen Formel sehnten, die ihnen einen Ausweg aus der Krise verhieß. Analog zu Zehrer hieß es auch bei Fried zunächst warten, bis die Krise ihr ganzes vernichtendes Ausmaß erreichen und das „morsche Kalkgebäude der industriellen Bürokratie zum Einsturz“ bringen würde, um der neuen Intelligenz den Weg freizumachen.

Frieds Untergangsreportagen rühren aus dem Glauben an eine historische Wende. Die letzten 150 Jahre, so argumentiert er, standen in Europa im Zeichen der Wirtschaft und ihrer Expansion; der Staat wurde in diesem Prozeß immer mehr zu einem bloßen Anhängsel der Wirtschaft. Die nachrückende Generation aber, die über kurz oder lang die Schalthebel der Macht bedienen werde, wird den Staat in Besitz nehmen und die Wirtschaft in den Dienst am Staate zwingen. Das geht nur über eine Verstaatlichung der großen Unternehmen, durch den sinnvollen und organischen Aufbau einer planmäßigen Wirtschaftsführung und durch eine gerechtere Verteilung des Besitzes. Der Mensch soll wieder das Maß aller Dinge werden. Nicht die wirtschaftlichen Gesetze einer rücksichtslosen liberalen Erwerbswirtschaft sollen mehr gelten, sondern die Wirtschaft soll endlich allein der Bedarfsdeckung des Menschen dienen, unter der unangefochtenen Souveränität des Staates.

Die Friedschen Untersuchungen über die weltwirtschaftliche Situation erhielten einen politischen Akzent hinsichtlich der Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Zahlungsverpflichtungen. Fried machte diese Reparationen zu einem

guten Teil verantwortlich für die wirtschaftliche Misere Deutschlands, und im Zusammenhang mit Überlegungen darüber, wie Deutschland sich diesen Verpflichtungen entziehen könnte, entwickelte er die Idee der Autarkie. Es war das gewiß keine neue Konzeption. Liberale und auch marxistische Kritiker verhöhnten Fried, er wolle wieder in das Zeitalter des Merkantilismus zurück; immerhin war es ein Gedanke, der unter den Gegnern des republikanischen Regimes auf der Rechten wie eine Offenbarung wirkte, aber auch bei einigen schutzzöllnerisch interessierten Wirtschaftsgruppen und bis in Regierungskreise hinein großen Sympathien begegnete.

Die Nationalsozialisten hatten ihre Propaganda bekanntlich immer wieder mit Erfolg darauf abgestellt, daß die Zahlungsverpflichtungen Deutschland ruinieren müßten. Sie sprachen kurzerhand von den Tributen, und Fried sah im Verhalten der Siegermächte gegenüber Deutschland ganz einfach eine Fortsetzung des Weltkrieges mit wirtschaftlichen Mitteln. Die Autarkie hingegen schien ein Weg, sich die Tribute vom Halse zu schaffen und gleichzeitig die geforderte Neuordnung der Binnenwirtschaft in die Wege zu leiten. An die Stelle des bisherigen Freihandels sollte die Raumwirtschaft, eine quasi-geopolitische Konzeption, treten; die Handelspolitik sollte defensiv werden; an die Stelle eines wirtschaftlichen Imperialismus habe das Prinzip des Föderalismus und der Gedanke des Reiches zu treten.

Es ist bemerkenswert, daß Fried zwar einige Argumente für den Autarkiegedanken vorbringt, sich jedoch mit seinen Kritikern nicht ernsthaft auseinandersetzt, sondern letzten Endes zum Glauben Zuflucht nimmt. Der Glaube an die Autarkie, so sagt er, sei das Wesentliche. Die wirtschaftlichen Postulate werden auch bei Fried unterbaut durch weltanschauliche Behauptungen: Der gewaltige und zuletzt fluchbeladene Rausch der Freiheit sei ausgelebt, der Mensch beginne wieder nach innen zu leben, auch was die Nationen betreffe. Er finde wieder zum Selbstvertrauen, zur Selbstzucht und zur Bindung. „Und nur wer um seine Bindungen weiß, ist wirklich frei . . . Wir brauchen nur, anstatt würdelos um das Vertrauen der anderen zu werben, endlich das Vertrauen zu uns selbst zu fassen²⁰.“

Die wirtschaftspolitischen Aufsätze Frieds in Verbindung mit dem übrigen TAT-Programm hatten in der deutschen Öffentlichkeit eine solche Resonanz, daß die „Frankfurter Zeitung“ in einem sinnigerweise von dem Pseudonym Ulrich Unfried verfaßten Artikelserie²¹ davon sprach, daß heute eine „Welle antikapitalistischer Massenstimmung“ fast die gesamte Intellektuellenschicht zu verschlingen drohe, ein Vorgang, dessen Folgen nicht abzusehen seien:

„Was bei der Lektüre dieser Zeitschrift zunächst auffällt, ist eine Häufung von Krach- und Katastrophenartikeln, von denen man annehmen müßte, daß sie auf das Lesepublikum allmählich ermüdend wirken müßte. Das Gegenteil scheint der

²⁰ Fried: Autarkie, S. 49.

²¹ Ulrich Unfried, Die Intellektuellen und der Kapitalismus. Frankfurter Ztg. vom 5. 9., 11. 9. und 13. 9. 1931. Wir bringen diese Kritik an der TAT so ausführlich, weil sie auch heute noch als zutreffend gelten kann.

Fall zu sein, vielmehr scheinen die wirtschaftlichen und politischen Gedanken, die dort allmonatlich entwickelt werden, allmählich zum Evangelium eines kritiklosen Teils der jüngeren Generation zu werden.“

Die „Frankfurter Zeitung“ zeigte sich besonders betroffen davon, daß die TAT-Journalisten alle Werte und Ideale des Liberalismus für gering achteten:

„Jedes Gefühl für den unendlichen und absoluten Wert der individuellen Freiheit, jedes Gefühl dafür, daß das, wofür Aufklärung und Liberalismus gestritten, wofür Männer wie Hume, Voltaire, Wilhelm von Humboldt, John Stuart Mill, Jefferson oder Mazzini sowie unsere klassischen Dichter geworben und unsere Großväter und Urgroßväter gekämpft und gelitten haben, im Grunde ältestes und schönstes Gedankengut der Menschheit ist, jedes Gefühl für die humanitas im weitesten Sinne des Wortes scheint in diesen Kreisen abgestorben und einer neuen Begeisterung für die Allmacht des Staates, für die Unterwerfung des Individuums, für Militarisation und Bevormundung Platz gemacht zu haben, die uns einer neuen Barbarei entgegenzuführen droht.“

Der Kritiker der FZ tadelt, daß man sich wirklicher Beweise für die vorgeschlagenen neuen staatlichen und wirtschaftlichen Pläne gar nicht bediene, sondern einfach mit wirkungsvollen Stimmungsmitteln eine gewisse Atmosphäre schaffe und sie auf den Leser wirken lasse. Zu diesen Stimmungsmitteln gehöre vor allem eine Art von veredeltem Nationalismus, aber auch eine Raum-Romantik, die geeignet sei, die an sich vernünftige Idee einer geopolitischen Betrachtung zur Karikatur herabzuwürdigen. . . . Man werfe mit gespreizten Worten um sich und lehne es ab, nüchtern über Tatsachen zu diskutieren. Nationalökonomie sei für Ferdinand Fried eine liberale Erfindung; darum verlöhne es für ihn nicht, sich eingehend mit ihr zu befassen. Angesichts der immer mehr um sich greifenden antikapitalistischen Strömung, so schließt der liberale Journalist, könnten am Ende die Prophezeiungen der Pessimisten und dilettantischen Aktivisten sogar wahr werden, „weil ihre Propaganda das meiste dazu getan hat, die geistigen Grundlagen des Systems zu unterminieren und in seine Verwünschungen diejenigen einzubeziehen, die denkfaul genug gewesen sind, dieser Propaganda zu erliegen“.

Noch schärfer war in verschiedenen Punkten die Polemik der linken Intellektuellen gegen die TAT. Obwohl Fried heute nicht ohne eine gewisse Genugtuung vermerkt, daß seine wirtschaftspolitischen Aufsätze auch im bolschewistischen Rußland Beachtung gefunden und sogar Stalin in Übersetzung vorgelegen hätten, gingen seine marxistisch orientierten Kritiker in Deutschland zwar mit ihm, solange die geistige Stoßkraft sich gegen das kapitalistische System und seine Ungerechtigkeit richtete, konnten aber nicht umhin, seine wirtschaftspolitischen Grundbegriffe in Frage zu stellen: Fried rede von Weltwirtschaft und dem großen Reichtum einzelner, er äußere sich sachverständig über das Alter der Aufsichtsräte, aber er habe nicht begriffen, daß der Schlüssel zum kapitalistischen System im Begriff des Eigentums an den Produktionsmitteln liege. Was die Publizisten der Linken, vor allem Leopold Schwarzschild, besonders aufbrachte, war Frieds vermeintlicher Nachweis, daß Deutschland unmöglich seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland nachkommen könne. Sein Urteil war vernichtend genug:

„Das Buch ist das Machwerk eines nationalistischen Schmocks, der kein fundiertes Wissen besitzt, der alle Probleme mit Kleister übergießt, der alle Begriffe verfälscht und versimpelt und der als glorreich neueste Heilung unserer Schmerzen nichts anderes auf Lager hat als jene „Autarkie“, die vor zwei Jahrhunderten unter dem Namen Merkantilismus das Wirtschaftssystem aller Länder war und mit dem Anbruch der Maschinen- und Verkehrsepoche zum antiquierten Gerümpel geworfen wurde²².“

Man war im Tatkreis über solche Kritik zumeist erhaben und buchte sie nur als Bestätigung für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges, besonders wenn sie von liberaler Seite kam. Wie sehr die TAT auch zum Leitorgan der nationalistischen Intelligenz geworden sein mochte, sie war im Grunde kein Organ der freien Diskussion, sondern Sprachrohr einer politischen Konfession. Man setzte sich nicht kritisch genug mit anderen Positionen auseinander, sondern dogmatisierte die eigene Anschauung als wahre Erkenntnis der Wirklichkeit. Als man spürte, daß die Dinge nicht den Lauf nahmen, den man ihnen gerne gegeben hätte, flüchteten Zehrer und Fried quasi unter die Fittiche von auctoritas und potestas, den autoritären Mächten, die den Staat zu tragen schienen. Mit diesen Mächten aber (es handelte sich um die Reichswehr und den Reichspräsidenten) ein kühnes antikapitalistisches Reformprogramm durchführen zu wollen, war ziemlich aussichtslos, obwohl Schleicher selbst solchen Vorstellungen nicht abhold war. Fried mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, er wolle mit seinem Autarkievermächnis nur den Großagrariern und den die ausländische Konkurrenz fürchtenden Industriellen unter die Arme greifen, nicht aber dem Volk als Ganzem helfen²³.

Die große publizistische Wirkung Frieds beruht darauf, daß hier erstmals ein bürgerlicher Journalist dem Kapitalismus konsequent und eindrucksvoll den Kampf ansagte. Der Zeitpunkt konnte nicht günstiger gewählt werden. Die Wirtschaftskrise brachte nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine seelische Depression, aus der sich die Intellektuellen nur mit einer tour de force heraushelfen konnten. Der Tatkreis lieferte ihnen nicht nur die Visionen, die ihrer Empfänglichkeit für chiliastische Strömungen entsprachen, er seziierte auch den bereits totesagten Leichnam des Kapitalismus bis in alle Fasern hinein, wissenschaftliche Genauigkeit und utopisches Denken oft genug durcheinandermengend. Das Produkt aber war wie geschaffen für eine Intelligenz, die nach Orientierung suchte und in der TAT jene Mischung von Demaskierung einer verhaßt gewordenen politischen und wirtschaftlichen Ordnung mit einem der Zukunft sicheren Sendungsbewußtsein begrüßte, die es ihr ermöglichte, das Alte guten Gewissens mit Füßen zu treten und die politische Leidenschaft ungestüm auf das verheißene Neue zu richten²⁴.

²² Leopold Schwarzschild: Ein gewisser Fried, in: Das „Tagebuch“ vom 9. 9. 1931. Schwarzschild war übrigens derjenige, der das Pseudonym Zimmermanns als erster enthüllte.

²³ Vgl. Thomas Murner: Zehrer und Fried, in: „Die Weltbühne“ vom 22. 12. 1932, sowie K. L. Gerstorff: Ferdinand Fried und die TAT, Weltbühne vom 26. 5. 1931.

²⁴ Der antikapitalistische Affekt der jungen Generation war gewiß nicht unbegründet. Was will man anderes erwarten von Menschen, die die Inflation erlitten hatten und, wie etwa Zehrer

Das autoritäre Staatsbild und die neue Außenpolitik

Horst Grüneberg war bemüht, die Linie der TAT nach der Seite des Staates auszuweichen. Es waren theoretische Erörterungen, denen er sich hingab, und er mußte zu seiner eigenen Verwunderung feststellen, daß die Verfassungslehre der Weimarer Zeit ihm die Aufgabe relativ leicht gemacht hatte. Er entdeckte nämlich den „antiparlamentarischen Affekt“ als das Leitmotiv der modernen deutschen Staatsrechtslehre²⁵ und unterbaute seine diesbezüglichen Darlegungen durch die Wiedergabe wichtiger Schriften oder Textstellen aus Werken von Carl Schmitt, Rudolf Smend und Gerhard Leibholz. Der Tatkreis teilte mit Carl Schmitt die Forderung nach unbedingter Souveränität des Staates. Er fand die auch auf den Kathedern geübte Kritik am Parlamentarismus begrüßenswert, weil sie nicht von einem staatsfeindlichen Geist getragen sei, sondern gerade um der Erhaltung und Stärkung des Staates willen geschehe. Grüneberg rät seinen Lesern, statt von einer Krise getrost schon vom Ende des Parlamentarismus zu sprechen²⁶. Seine Aufsätze sind typische Beispiele einer publizistischen Ausbeutung der neuen staatsrechtlichen Auffassungen und machen deutlich, welche enge Beziehung zwischen „Wissenschaft und Leben“ sich gerade auf diesem Gebiet damals hergestellt hatte. In zwei anderen Beiträgen, die gleichfalls erkennen lassen, woher er seine wesentlichen Erkenntnisse bezog, versuchte Grüneberg seinen Lesern die Scheu vor der Diktatur zu vertreiben; man müsse heute schon fragen: Diktatur – oder was sonst? Allerdings solle es eine demokratische Diktatur sein, eine Diktatur, die bewußt und entschlossen die nationale Demokratie (d. h. einen nach den Ideen des Tatkreises geordneten Staat) verwirkliche.

„Die Diktatur wird aufrufen nicht zu einer Veränderung bestehender Institutionen, sondern zu einem Aufschwung des menschlichen Willens, zu einer moralischen Revolution, die uns der Verwirklichung der nationalen Demokratie näherbringt“²⁷.

Auch für dieses Diktaturprogramm war es bezeichnend, daß der Verfasser weder die Möglichkeiten für die Errichtung einer Diktatur untersuchte, noch nach einem in Frage kommenden Diktator Ausschau hielt. Er tat nichts anderes, als die Übereinstimmung des deutschen Staatsgedankens mit einer zumindest vorübergehenden demokratischen Diktatur zu erweisen und die Leser von der Notwendigkeit einer

und Fried, darum das Studium aufgeben mußten, die zusahen, wie sich im Deutschland der relativen Stabilität eine hektische, von wenig Rücksichten auf das Gemeinwohl behinderte kapitalistische Tätigkeit entfaltete, die auch die Politik nicht ungeschoren ließ, um schließlich zu erleben, wie der große boom in ein die ganze Welt erschütterndes Fiasko mündete? Daß der Tatkreis sich diese Stimmung zunutze machte, war begreiflich genug. Die Frage ist allerdings, mit welchen Mitteln, zu welchen Zielen und mit welchen Folgen er es tat.

²⁵ H. Grüneberg: Dictator ante portas! 22, S. 195 ff.

²⁶ Zur Theorie des Antiparlamentarismus, 22, S. 123.

²⁷ Warum Diktatur? 22, S. 332.

Abschaffung des überholten Parlamentarismus zu überzeugen. Der Leser wurde dadurch in eine Art Bereitschaftshaltung versetzt.

Eine neue Komponente der TAT-Utopie kam durch den jungen Giselher Wirsing in die Zeitschrift. Wirsing entwickelte in verschiedenen großen Aufsätzen²⁸, die der mehr konstruktiven zweiten Phase des Blattes angehören, eine außenpolitische Konzeption, in der sich geopolitische Konstruktionen mit wirtschaftlichen Ideen und allgemeinen politischen Zielen zusammenfanden: Die Blickrichtung Wirsings geht nach Ost-Südost. Der Raum, den er meint, heißt Zwischeneuropa und umgreift alle jene relativ kleinen Staaten bis hinunter zum Balkan, die zwischen Deutschland-Österreich (die zusammengehören) und der UdSSR liegen. Alle diese Staaten – darin liegt eine ihrer Gemeinsamkeiten – sind von der Versailler Ordnung betroffen und „ein antikapitalistisches Deutschland kann nur seine Ergänzung in den antikapitalistischen Bauernländern des Ostens finden“²⁹.

Der Grund für den Entwurf einer konstruktiven deutschen Außenpolitik – die TAT hatte bisher fast nur zur Innen- und Wirtschaftspolitik Stellung genommen und außenpolitisch höchstens gegen die Siegermächte polemisiert – wird darin gesehen, daß eine deutsche soziale Umwälzung ihren letzten Sinn erst dann erfülle, wenn sie den Anschluß über die Grenzen finde³⁰. Es ist nicht so leicht, wie es zunächst den Anschein hat, die außenpolitischen Vorschläge der TAT von dem Revisionismus zu trennen, der für viele nationalistische Kreise der Zeit als selbstverständlich galt. Es war eine Art Revisionismus durch die Hintertür, d. h. über die vorgeschlagene Föderation unter deutscher Führung, die Wirsings Programm enthielt; nur daß auch hier, wie so oft in der TAT, der Glaube an die Utopie einer zwischen-europäischen Raumintegration die Möglichkeiten einer Neugestaltung viel zu positiv zu bewerten geneigt war. Wirsing fand nämlich in jedem der von ihm studierten Länder eine Situation vor, die Deutschland zum idealen Raum- und Wirtschaftspartner des betreffenden Landes machte. Er wollte die angestrebte Raumintegration politisch durch eine Art Föderation gesichert wissen, über deren Charakter wir aber nichts Genaues erfahren. Ähnlich wie Friedls Forderung nach Lösung Deutschlands aus der Weltwirtschaft vor allem eine Lösung von den westlichen Siegermächten und ihren weltweiten Wirtschaftssystemen bezweckte, bedeutete Wirsings Hinwendung zum Osten und Südosten eine politische Abkehr vom Westen, den er mit dem Abendland gleichsetzt. Anstelle eines Imperialismus, wie ihn der Westen repräsentiere, habe der Föderalismus zu treten. Abgesehen davon, daß „die groß-deutsche Idee“ für eine nationale Außenpolitik selbstverständlich ist (Wien ist die zweite Hauptstadt Deutschlands), könne dieses Deutschland auch Anstoß werden für eine Neuordnung des mitteleuropäischen Raumes, denn Deutschland habe diesem Raum ein geistiges Fundament zu geben³¹. Die nationale Demokratie nach

²⁸ Vgl. die TAT-Schrift Wirsings (S. Anm. 19).

²⁹ Wirsing: Richtung Ost-Südost, 22, S. 629.

³⁰ Ebd., S. 630.

³¹ Deutschlands Weg aus der Einkreisung (ohne Verf.) 22, S. 929 ff.

Versailler Muster habe sich überall als unfähig erwiesen, Ordnung zu schaffen und sozialen Ausgleich zu bewirken.

Auch hier bleibt, abgesehen von der Darlegung, daß die Bedingungen für eine solche Politik günstig seien, dem Autor am Ende nur das Vertrauen in die Macht einer starken und ursprünglichen Idee, die alle Widerstände brechen werde. Wir-sings Zwischen-Europa-Konzeption war eine Variante des Reichsgedankens. Mit ihr trat der Tatkreis über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus und näherte sich dem Wunschbild einer Großraumordnung, ohne fürs erste die deutsche Führungsrolle im mitteleuropäischen Raum stärker zu betonen. Sie war gleichwohl bereits im Ansatz vorhanden, sollte doch die neue Ordnung und der Geist, auf dem sie ruhte, von Deutschland ausgehen. Von einem neuen Deutschland freilich, das autoritär regiert und ständisch gegliedert sein würde; dessen Politik von der bis zur Selbstauflösung treibenden Dynamik des liberalen Systems befreit wäre zugunsten einer Statik, die es erlaubt, mit einem „Führungsgremium von Sachkunde und Einheitswillen“ eine politische Planung auf lange Sicht vorzunehmen³².

Zehrer's Illusionen über die Macht

Der Tatkreis betrachtete es als Vorzug, daß seine publizistische Aktivität den Mächten der Zeit unangenehm war³³. Jede Kritik, und sie kam von ganz rechts wie von ganz links, von den Anhängern der halbwegs liberalen Mitte vollends zu schweigen, bestärkte ihn nur in seiner Haltung. Man zieh die TAT des Pessimismus, des Defaitismus und Negativismus, und man hatte recht, denn Zehrer und seine jungen Kollegen waren nicht gesonnen, dem Weimarer Staat auch nur die geringste Hilfestellung zu gewähren. Was fallen mußte, sollte fallen, und man wollte den Sturz nicht verzögern helfen. Nachdem aber die Zeit, wie die TAT schrieb, selbst in die Destruktion geraten war, sei es zwecklos, sie noch weiter zu stoßen.

Das wurde im August 1931 geschrieben, und von da an zeichnete sich immer stärker ein neues politisches Wollen der TAT ab. Die Zeitschrift trat in eine mehr konstruktive Phase. Zwar übte man auch weiterhin die destruktive Analyse und hob jede Erscheinung groß aus Licht, die der TAT-Konzeption von der Revolutionierung des Staates durch eine Dritte Front der Mittelschichten entsprach, doch konnte man auf die Dauer nicht umhin, sich auf der politischen Ebene mit den realen Kräften auseinanderzusetzen und den Visionen einer besseren Zukunft konkretere Gestalt zu geben. Noch im Juni 1930 konnte Zehrer in einem groß angelegten Aufsatz die Ära Brüning als eine bloße Etappe auf dem Weg der Krise schildern und ihr Scheitern voraussagen. Der September des Jahres 1930 aber brachte mit einem Schlage die NSDAP auf Grund ihres sensationellen Wahlerfolges so in den Vordergrund, daß man zu diesem Phänomen Stellung nehmen mußte. Zunächst begegnete Zehrer der Bewegung mit dem Hochmut des Intellektuellen, der den Gang der Geschichte besser kennt als die Realitäten des Tages ihn zu spiegeln schienen.

³² Vgl. H. Grüneberg: Das neue Staatsbild II, 23, S. 822.

³³ Vgl. die Glosse: Der Weg der TAT, 21, S. 397.

Seine interessante Analyse der Septemberwahlen wird unter der Hand zu einer Selbstbestätigung seines Denkens: Die antikapitalistische Front werde massiver dank der den Nationalsozialisten zugeströmten neuen Wählermassen, aber diese Partei sei zum Scheitern verurteilt, denn es fehle ihr an Köpfen:

„Eine Bewegung kann nicht in wenigen Monaten jenen Wandel in sich vollziehen, den alle Volksbewegungen, zuletzt der Faschismus, vollziehen mußten: die Ausschaltung der starken Fäuste aber schwachen Köpfe zugunsten der schwachen Fäuste aber stärkeren Köpfe. Dazu bedarf es mindestens zweier Jahre. Und diese zwei Jahre stehen nicht mehr zur Verfügung. Deshalb ist der Nationalsozialismus, so wie er sich heute darstellt, auch nur eine Stufe, allerdings die letzte, in einer Bewegung, für die er die große Bresche schlug. Man wird sehr bald die Geschichte dieser Bewegung schreiben wollen“³⁴.

Dieses Urteil, trotz einiger denkbarer Alternativen des Jahres 1932 eines der verhängnisvollsten Fehlurteile des Tatkreises, findet sich in abgewandelter Form noch in anderen Nummern der Zeitschrift.

„Das Schicksal der NSDAP liegt heute nicht in ihrer politischen Macht beschlossen, auf deren Stärkung sie fieberhaft hinarbeitet. Diese Arbeit ist sicher nützlich und vom Standpunkt der Bewegung aus notwendig. Für die eigentliche Entwicklung in Deutschland jedoch ist diese Arbeit nebensächlich“³⁵.

An anderer Stelle hilft sich Zehrer mit dem Hinweis, daß sowohl der Kommunismus wie der Nationalsozialismus, obwohl antiliberal gesinnt, doch tatsächlich schon zum Teil der Liberalisierung (und damit dem Scheitern) verfallen seien. Die Nazis vernachlässigten den Sozialismus, die Kommunisten den Nationalismus und müßten darum in jener dritten Gemeinschaft aufgehen, auf die Zehrer alle seine Prognosen abgestellt hatte³⁶. Aber diese dritte Front entsteht nicht, obwohl laut Hans Zehrer jeder SA-Mann und jeder Rotfrontkämpfer der wahren Volksgemeinschaft näher seien als der Volksparteiler oder Demokrat. Und so lang sie noch nicht ist, verkündet Zehrer, daß sie bald sein werde, denn SA oder Rotfront seien heute die Träger der Revolution, beide auf dem Wege zu der einen nationalen Gemeinschaft des deutschen Volkes³⁷. Dieser Weg führe aber nicht über die Parteiorganisationen, denn sie haben nicht die Ideen, die die Zukunft regieren. Mit Macht allein sei es nicht getan, man müsse auch den Geist dazu haben.

Diese letzte These glaubt Zehrer mit der Niederlage Hitlers bei den Reichspräsidentenwahlen vom Frühjahr 1932 beweisen zu können. Hitlers Sprung in die Macht sei fehlgeschlagen, und es frage sich jetzt, ob man den Sprung in den Geist wagen könne und wolle. Finde die NSDAP nicht den Anschluß an den Geist (d. h. an die Ideen des Tatkreises), so werde die nationalsozialistische Volksbewegung über sie hinweggehen³⁸. Die nationalsozialistische Partei verdanke ihren Erfolg der Mobili-

³⁴ Zehrer: Die kalte Revolution, 22, S. 497.

³⁵ Das Jahr der Entscheidung (o. Verf., vermutlich Zehrer), 21, S. 846.

³⁶ Zehrer: Rechts oder links? 23, S. 551.

³⁷ Zehrer: Der Sinn der Krise, 23, S. 939.

³⁸ Zehrer: Die Frühjahrsoffensive, 24, S. 11.

sierung der Massen; obwohl dies zu antiliberalen Zwecken geschehe, sei es doch ein typisch liberales Vorgehen und darum nicht zukunftssträftig. Nicht die Partei, sondern der Bund sei die politische Gruppierung der Zukunft, und im Nationalsozialismus werde sich nur der bündische Kern behaupten. Deutschland werde darum auch keine Diktatur haben wie das faschistische Italien, sondern eine autoritäre Regierung, die sich in ihrer Sorge um die Nation auf das bündische, das ständische und das religiöse Element stützen wird³⁹.

Ob er Hitler den Vorschlag machte, die Brücke zum anderen Flügel der kapitalistischen Front zu schlagen oder dessen Drängen nach der Macht die Logik der Geschichte aberkannte, immer ging Zehrer recht selbstsicher mit der NSDAP um, die wenig später die Geschicke Deutschlands in ihre rauhe Hand nehmen sollte.

Im Sommer 1932 entwickelte Zehrer an Hand der politischen Situation erstmals ein praktisches politisches Konzept, dessen Grundlagen er schon fast zwei Jahre zuvor einmal kurz skizziert hatte⁴⁰: Ausgehend von den zwei durch Carl Schmitt in die Debatte geworfenen Begriffen *auctoritas* und *potestas* weist er der Reichswehr die *potestas*, dem Reichspräsidenten Hindenburg die *auctoritas* zu. Die Koalition dieser beiden realen Kräfte des Staates von 1932 müsse den Anschluß an den Volkswillen gewinnen, der in der national-sozialen Bewegung sichtbar geworden sei. Zehrer erbitterte Gegnerschaft gegen das Kabinett Papen, das ja schon autoritär regierte und das entsprechende Staatsbild propagierte, gründete auf der Tatsache, daß dieses Kabinett eben ganz und gar nicht dem Volkswillen entsprach. Von den drei Elementen, die sinnvoll zusammenwirken mußten, um die Krise zu dem von Zehrer verkündeten Ende zu bringen, hatte Zehrer nur zu einem engere Beziehungen, und auch zu diesem nur in der Gestalt seiner Führung, zur Reichswehr. Zehrer hatte allmählich immer bessere Kontakte zu Schleicher gewonnen, und die Übernahme der Berliner „Täglichen Rundschau“ durch den Tatkreis im Sommer 1932 bedeutete den Auftakt für eine engere publizistische Zusammenarbeit zwischen dem Reichswehrminister und dem führenden Kopf des Tatkreises. Zwar wurde diese Zusammenarbeit durch Zehrer's heftige Kritik an Papen⁴¹, der bekanntlich unter erheblicher Mitwirkung Schleichers Kanzler geworden war, etwas gestört, aber die „Tägliche Rundschau“ galt in eingeweihten Kreisen als eine Art offizielles Organ des Reichswehrministers⁴². Schleicher hatte Zehrer zum Aufbau der Tages-

³⁹ Zehrer: *Das Ende der Parteien*, 24, S. 68ff.

⁴⁰ Zehrer: *Die kalte Revolution*, 22, S. 510–511, entwickelt in: *Revolution oder Restauration*, 24, S. 353ff.

⁴¹ Vgl. *Tägl. Rundschau* vom 8. 11. 1932.

⁴² Die „Tägliche Rundschau“ war das Blatt des Christlich-Sozialen Volksdienstes gewesen, bevor Zehrer ihr neuer Herausgeber wurde. Auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband beteiligte sich finanziell an der Tageszeitung des Tatkreises. Trotz Zehrer's relativem Erfolg, dem Blatt eine Auflage von ca. 15 000 Stück zu sichern, spielte sie in der Berliner Presse keine nennenswerte Rolle. In Berliner Journalistenkreisen war selbst der Redaktionswechsel kaum beachtet worden (nach Mitteilung von Oskar Stark, Freibg./Br., damals an leitender Stelle des Berliner Tageblatt). Aus zwei Veröffentlichungen (Berndorff: *General*

zeitung eine monatliche Subvention von 15000 RM zugesichert, was aber nach Zehrer heutigen Angaben nur zu einer Starthilfe wurde, da Schleicher wegen der Differenzen mit Zehrer über Papen diese Subvention ziemlich bald wieder strich. Über Beziehungen zur sogenannten *auctoritas*, also Hindenburg und seiner Umgebung, verfügte Zehrer nicht, und der Volkswille war erst recht nicht seinen Absichten gefügig, wenn wir von der Lesergemeinde der TAT absehen. An einem Punkt glaubte Zehrer einmal für kurze Zeit seine Konzeption zum Siege führen zu können, als es ihm gelang, sowohl mit Gregor Strasser, dem Gegenspieler Hitlers, wie mit den freien Gewerkschaften unter Leipart Fühlung zu bekommen. In der TAT hieß es dann auch prompt, daß neben den Nationalsozialisten (was aber nur für die Strassergruppe galt, der man jedoch den längeren Atem als Hitler zutraute) die Gewerkschaften der vorläufige Repräsentant des Volkswillens seien⁴³. Dies war die publizistische Begleitmusik zu den politischen Verhandlungen, die damals zwischen dem Reichswehrministerium und Strasser sowie einigen Gewerkschaftsführern gepflogen wurden. Diese gediehen immerhin bis zur Aufstellung einer Kabinettsliste der nationalen Erneuerung, blieben aber noch vor der Ausbootung Strassers aus der NSDAP ohne greifbare politische Wirkung. Angesichts der Unruhe, die gegen Ende 32 die NSDAP erfüllte, waren Schleichers Versuche und Zehrer publizistische Vorstöße in dieser Richtung nicht ganz illusorisch. Zehrer und seine Gesinnungsgenossen, so z. B. der Zahnarzt Helmuth Elbrechter, hatten am Zustandekommen dieser Kontakte gewissen Anteil, und Zehrer behauptet noch heute, daß ihm damals die praktische Politik das Wichtigste gewesen sei. Schleicher verfolgte im Bunde mit Zehrer das konkrete Ziel, die NSDAP zu spalten. Man wollte Strasser in das eigene Lager herüberziehen und seinen Anhang mit den Gewerkschaften zu einer Sammlungsbewegung des wahren nationalen Sozialismus verschmelzen. Doch wenn auch einige der Führer darüber miteinander zu sprechen bereit waren, so erwies sich zuletzt doch, daß der konkrete Versuch, Zehrer Konstruktionen in die Tat umzusetzen, der Wirklichkeit wenig Terrain abzurufen vermochte.

Im September 1932 verkündete Zehrer triumphierend: „Wir sind heute vor dem Ziel. Der große Umschwung in Deutschland ist da!“, um darzutun, daß jetzt, mit den Wahlen vom 31. Juli 1932, die parteipolitischen Fronten eingefroren seien und keine nennenswerten Wählerverschiebungen mehr erwartet werden könnten⁴⁴.

Für Zehrer war dieses Datum der Auftakt zur „Revolution von oben“, nachdem

zwischen Ost und West, und Meissner-Wilde: Die Machtergreifung) über die letzten Monate vor der Machtergreifung entsteht der Eindruck, daß Zehrer und seine Zeitung bei diesen Ereignissen eine wichtige Rolle gespielt hätten. Wenn dem Verf. auch keine widersprechenden Zeugnisse bekannt sind, so glaubt er doch, die auffallend starke Herausstellung von Zehrer in diesen Büchern der Tatsache zuschreiben zu müssen, daß allein Zehrer den beiden Autoren die Auskünfte gab und jene in Ermangelung anderer Quellen die Rolle Zehrer überzubewerten geneigt waren.

⁴³ Zehrer: *Revolution oder Restauration*, 24, S. 386.

⁴⁴ Zehrer: *An der Wende!* 24, S. 435ff.

die „totale Revolution“ von unten her sich festgelaufen hatte. Zehrer plädierte von nun an dafür, der autoritären Regierung, die er als eine über allen Interessen stehende neutrale Institution deutete, zusätzliche Gewalt zu geben, die demokratischen Einrichtungen zu reformieren (u. a. durch eine Zweite Kammer), damit die Volksgemeinschaft durch sinnvolle Lenkung von oben verwirklicht werde:

„Wir lehnten Parteien und Parlamente ab, weil sie korrupt und handlungsunfähig geworden waren; wir lehnten ebenso das faschistische Experiment der Ein-Partei-Diktatur ab, weil es zum Bürgerkrieg führen mußte und wir waren nicht romantisch genug, an eine wirkliche Revolution zu glauben. Es blieb also nur der Weg, die Faktoren, die wirklich im Besitz der Handlungsfähigkeit waren – Reichspräsident und Reichswehr – zu einer ‚Revolution von Oben‘ zu veranlassen⁴⁵.“

Im Novemberheft 1932 mußte Zehrer indessen konstatieren, daß auch die Revolution von oben vorläufig gescheitert sei. Die von ihm und seinen politischen Gesinnungsgenossen einschließlich Schleicher ausgedachte Konstruktion blieb nur theoretisch. Zwar war Papen der autoritäre Staat „in den Schoß gefallen“, aber es war ihm überhaupt nicht gelungen, den Volkswillen für seinen „neuen Staat“ zu mobilisieren. Das Volk, so war nun Zehrer's Konklusion, wisse noch nicht, welchen Weg es gehen solle. Es sei noch selber liberal. Darum solle jetzt jeder einzelne sich bekennen, damit man wisse, wo er stehe und wofür er kämpfe. „Und wer nicht kämpfen will, der mag absacken⁴⁶!“

In der „Täglichen Rundschau“ vom gleichen Monat warb Zehrer mit Nachdruck für ein neues Kabinett, das alle Parteien mit Ausnahme der SPD und KPD umfassen sollte. Die Zusammenfassung der antikapitalistischen Front, die entgegen aller sonst üblichen politischen Nomenklatur seinen Wahlanalysen das Gesicht gegeben hatte, war ihm jetzt nicht mehr so entscheidend. Er prophezeite Hitler, daß er an Einfluß verlieren müsse, wenn er unter einem fähigeren Kanzler als Papen nicht in das Kabinett eintrete, denn dieses neue Kabinett könne dann die Brücke zum Volke schlagen und Hitlers Chance bei einer Neuwahl zunichte machen. Zehrer stellte seinen Lesern außerdem die Vision einer Radikalisierung der NSDAP bis zum Zusammengehen mit der KPD vor Augen, um daraus zu folgern, daß jetzt die letzte Chance gekommen sei, die nationalsozialistische Partei „in den Staat einzubauen⁴⁷“.

In einem Leitartikel der „Täglichen Rundschau“ von Mitte Dezember 1932 befaßt Zehrer sich speziell mit der Situation der NSDAP. Wieder sieht er sie vor einer schweren Entscheidung, doch diesmal nicht vor der Alternative von Faust oder Kopf, sondern von Politik oder Konfession. Hitler wird gezeichnet als ein Typus des Erlösers, als Haupt einer politischen Konfession. Konfession sei aber nicht Politik, und man dürfe beides nicht vermengen. Gregor Strasser hingegen sei der Typ des modernen Politikers. Wenn Hitler sich nicht anschicke, die beiden Prinzipien ausein-

⁴⁵ Zehrer: Die Etappe Papen, 24, S. 626.

⁴⁶ Ebd., S. 632.

⁴⁷ Tögl. Rundschau vom 11. 11. und 27. 11. 32.

anderzuhalten, d. h. sich auf die Erlöserrolle zurückzuziehen und Strasser das Feld der Politik zu überlassen, müßte es seiner Bewegung wie einst der Jugendbewegung ergehen, die zwar viel „geprägt“ habe, aber doch nicht zur Macht gelangt sei⁴⁸.

Zehrer hat die Entscheidung vom 30. Januar 1933 nicht gebilligt. Er hat seine Leser nicht davon überzeugen wollen, daß mit Hitlers Machtergreifung der Sieg seiner Sache errungen sei. Im Märzheft 1933 lesen wir Zehrer's letztes großes Plaidoyer für eine autoritäre Regierung, zugleich eine indirekte Kritik an der Eroberung des Staates durch die NSDAP. Das Kabinett Hitler, so heißt es da, bedeute einen Bruch in der bisherigen Entwicklung. Hindenburg scheine seine neutrale Position, die Voraussetzung seiner Autorität, aufzugeben. Es dürfe aber für Deutschland weder eine Rückkehr zum Parlamentarismus noch eine Flucht in den Faschismus geben. Es entspreche nicht deutscher Staatstradition, daß eine Partei sich absolut setze. Diese Staatstradition sieht Zehrer verkörpert in den Begriffen: „Autorität und Obrigkeit; Distanz zwischen Regierung und Regierten und Selbstverwaltung der Gemeinden, Landschaften und Stände“⁴⁹. Es war die letzte, gewiß nicht mutlose Darlegung seiner politischen Ziele.

Zehrer hatte mit lauten Posaunen seinen Einzug in das geistige und politische Leben Deutschlands gehalten. Er verkündete einen nationalen Sozialismus, der gegenüber der nationalsozialistischen Hetzpropaganda den Vorzug hatte, intelligenter konzipiert und interessant präsentiert zu sein. Als er sah, daß es auf die Dauer nicht anging, sich auf das Schicksal zu verlassen, unternahm er den Versuch, mit einem Stück der Staatsmacht zu paktieren und bestellte das Feld seiner Analysen und Prognosen im Schatten von Reichswehr und Reichspräsident, von denen gewiß nicht zu erwarten stand, daß sie bereit waren, ihre gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen durch Zehrer's aufgeregten Sozialismus ernsthaft in Frage stellen zu lassen. Die Berührung mit der Macht muß für einen so jungen und viven Journalisten wie Hans Zehrer schmeichelhaft gewesen sein. Die Fäden, an denen er damals zog, rissen indes allzu schnell, das Verhängnis brach herein. Hans Zehrer, der so großen Anteil an der Gestaltung der Ideologie eines nationalen Sozialismus in Deutschland hatte, resignierte und räumte sein Arbeitsfeld. Der Nationalsozialismus rauschte über die TAT hinweg; der Tatkreis hatte, obwohl die Zeitschrift von Eschmann und Wirsing noch bis 1937 durchgehalten wurde, seine große Zeit dahin. Die Würfel waren gegen ihn gefallen. Auch die Auflage ging nach 1933 stark zurück.

Einmal an der Macht, wußten die Nationalsozialisten sehr wohl zu trennen zwischen denen, die vorbehaltlos für sie gewesen waren, und jenen, die ihre eigene Meinung über die Aufgaben und den Sinn der Umwälzung gehabt hatten. Das erfuhr nicht nur Zehrer mit der TAT, ähnlich erging es auch Stapel mit dem „Deutschen Volkstum“ und Pechel mit der „Deutschen Rundschau“⁵⁰.

⁴⁸ Tögl. Rundschau vom 11. 12. 32.

⁴⁹ Zehrer: Autoritär oder was sonst? 24, S. 1024 ff.

⁵⁰ Es war die politische Funktion der rechtsgerichteten Publizisten wie Zehrer, Stapel, Ed-

Noch bis zum August 1933 figuriert Zehrer als Herausgeber der TAT. In diesem Heft finden wir seinen letzten Aufsatz (unter einem Pseudonym), ein Produkt der Resignation und der Skepsis: Immer noch sieht er die Zeit unter dem Aspekt der Krise; sie habe den Vorzug, den Menschen vor die wesentlichen Fragen seiner Existenz zu stellen. Niemand könne den Tatsachen ausweichen, daß der Glaube an das Diesseits gescheitert sei⁵¹. Man kann dies als eine Absage an die Politik deuten, als Rationalisierung für den eigenen Rückzug aus dem öffentlichen Leben, zu dem Zehrer schließlich gezwungen wurde.

Zwei Umstände wirkten gemeinsam dahin, daß Zehrer die Redaktion der TAT aus der Hand geben mußte: er hatte in den zwanziger Jahren eine jüdische Frau aus dem Hause Ullstein geheiratet und war außerdem charaktvoll genug gewesen, nicht in das erwartete Triumphgeheul über den Sieg des Nationalsozialismus einzustimmen. Zehrer sah sich genötigt, aus Berlin zu verschwinden und tauchte schließlich auf der Insel Sylt unter, wo er lange Jahre das Leben eines Zurückgezogenen führen mußte. Es war der äußerste Kontrast zu jener angespannten, aufreibenden und so fesselnden Tätigkeit seiner TAT-Jahre. Erst 15 Jahre danach sollte seine Chance wiederkehren.

Die historische Bedeutung der TAT

Die TAT war in den letzten Jahren der Weimarer Republik eines der bekanntesten und einflußreichsten Organe der deutschen öffentlichen Meinung. Mit der einheitlichen Klarheit ihres Programms, so resümierte damals ein freundlicher Kritiker, der Höhenlage und Vielseitigkeit ihres Inhalts, der Unabhängigkeit ihres Standpunktes stehe sie zur Zeit unter den deutschen Zeitschriften wohl einzig da. Andere rühmten ihre Entschiedenheit, ihre Sachkenntnis und Unvoreingenommenheit⁵². Ein französischer Journalist sprach von der TAT als „une des manifestations les plus conscientes, les plus objectives et les plus intellectuelles“ der geistigen Bewegung des jungen Deutschland. Sie nehme im Leben und der geistigen Bewegung der deutschen Jugend einen bevorzugten Platz ein und sei darum die geeignetste Quelle für eine Studie über die Ideen der jungen deutschen Intelligenz. Im Grunde sei aber die TAT nur der spezifisch-deutsche Ausdruck einer geistigen Haltung der Jugend, die nach und nach auf ganz Europa übergreife⁵³.

gar Jung u. a., die intellektuellen Schrittmacher des deutschen Faschismus zu sein, ohne selbst für den Hitlerschen Faschismus einzutreten. Die Trennungswand, die sie zwischen sich und der NSDAP aufrichteten, war geradezu eine Voraussetzung dafür, daß eine Brücke zwischen den Intellektuellen und der Hitlerschen Volksbewegung geschlagen werden konnte, so paradox diese Behauptung anmutet. Durch ihre publizistische Aktivität haben sie jedenfalls entscheidend daran mitgewirkt, die Weimarer Republik verächtlich zu machen und den Boden für die nationalsozialistische Umwälzung zu bereiten. Vergleiche dazu meine Ausführungen in dieser Zeitschrift, Jg. 5, H. 1.

⁵¹ H. Thomas: Das Ende des Fortschritts, 25, S. 353 ff.

⁵² Aus einem Werbeprospekt der TAT.

⁵³ Alexander Lipiansky: Pour un communisme national, in: Revue d'Allemagne vom 15. 10. 1932.

Aus diesen und anderen Urteilen läßt sich eine Vorstellung von der tatsächlichen Bedeutung der TAT gewinnen. Diese wird uns heute von vielen Einzelnen bestätigt, die damals zu den eingeschworenen TAT-Lesern gehörten. Es ist gewagt, von der Auflage von 30 000 Stück auf die mögliche Zahl der Leser schließen zu wollen, aber es ist ohne Zweifel, daß die TAT unter den deutschen politischen Monatsschriften jener Jahre die bedeutendste gewesen ist⁵⁴. Sie war die interessanteste, aktivste und einflußreichste Zeitschrift im „Kampf gegen Versailles und Weimar“, und sie war gleichzeitig das Organ, das der Ideologie der nationalsozialistischen Bewegung am nächsten stand. Ihre eigentliche Bedeutung und das Geheimnis ihres außergewöhnlichen Erfolges ist eben in ihrer Nähe zum Nationalsozialismus zu suchen, ohne daß sie sich jemals mit der Partei identifiziert hat.

Der NSDAP hat es, vor allem ab 1930, an Sympathisierenden aus der Schicht der Akademiker und Intellektuellen nicht gefehlt, aber darum unterschrieben diese noch lange nicht jeden Punkt des Parteiprogramms. Was ihnen am Nationalsozialismus imponierte, war seine revolutionäre, gegen den bestehenden Staat gerichtete Kraft, sein Massencharakter, der, wie man bei aller gelegentlichen Esoterik wohl wußte, in einem Zeitalter der Massen allein einen durchschlagenden Erfolg garantierte. Es gab nicht wenige, die die nationalsozialistischen Formationen gerne gewähren ließen, sich aber aus einem besonderen Elitebewußtsein oder einer ästhetisierenden Betrachtung des Politischen heraus nicht mit dem Gebrüll der Führer oder der Primitivität ihrer schriftlichen Verlautbarungen solidarisch erklären wollten. Der Nationalsozialismus war für sie eine Partei, die man zwar wählen mochte, deren Programm man aber nicht allzu ernst nahm⁵⁵. Tatsächlich ging ja auch in den Nationalsozialismus soviel verschiedenartiges Ideengut ein, daß die eigentliche „ideologische“ Stärke der NSDAP gerade darin zu erblicken ist, daß sie sich auf keine fest umrissene Ideologie festlegte und festlegen ließ. Auf diese Weise

⁵⁴ Die Zeitschrift „Der Jungdeutsche“ spricht in der Nummer vom 8. 3. 1931 von der TAT als der zur Zeit wohl bekanntesten deutschen politischen Monatsschrift; die „Europäische Revue“ von der TAT als einer „in Kreisen der jungen deutschen Intelligenz augenblicklich stark beachteten Zeitschrift“.

⁵⁵ Edgar Jung hat die Rolle der Intellektuellen seines Schlages trefflich charakterisiert, als er in der Deutschen Rundschau vom Juni 1932 schrieb: „Die geistigen Voraussetzungen für die deutsche Revolution wurden außerhalb des Nationalsozialismus geschaffen. Der Nationalsozialismus hat gewissermaßen das Referat ‚Volksbewegung‘ in dieser großen Werksgemeinschaft übernommen. Er hat es grandios ausgebaut und ist zu einer stolzen Macht geworden. Wir freuen uns darüber nicht nur, sondern wir haben das Unrige zu diesem Wachstum beigetragen. In unsagbarer Kleinarbeit, besonders in den gebildeten Schichten, haben wir die Voraussetzungen für jenen Tag geschaffen, an dem das deutsche Volk den nationalsozialistischen Kandidaten seine Stimme gab. Diese Arbeit war heroisch, weil sie auf den Erfolg, auf die äußere Resonanz verzichtete . . . Ich habe Achtung vor der Primitivität einer Volksbewegung, vor der Kämpferkraft siegreicher Gauleiter und Sturmführer. Aber ihre Arriviertheit gibt ihnen noch nicht das Recht, sich als das Salz der Erde zu betrachten und den geistigen Vorkämpfer gering zu achten. Es geht nicht an, daß eine revolutionäre Bewegung ihre Gesetze von kleinbürgerlichen Parteibeamten empfängt statt von den geistigen Repräsentanten.“ S. 158–160.

gelang es ihr, alle jene zu einer sympathisierenden Haltung zu bewegen, die mit der Partei in ihrer Protesthaltung gegen das bestehende Regime und die Versailler Friedensordnung einverstanden waren, sich aber das Recht vorbehielten, über die künftige Neuordnung Deutschlands ihre eigene Meinung zu haben. So gab es in dem ideologischen Vorfeld des Nationalsozialismus eine Fülle von verschiedenen Gruppen und Kreisen, die ihren besonderen Vorstellungen über die deutsche Zukunft huldigten und darüber untereinander zuweilen heftig in Streit gerieten, die aber mit dem Nationalsozialismus immerhin das eine gemeinsam hatten: den Kampf gegen die Republik und ihre liberal-demokratischen Institutionen. In diesem Vorfeld kam dem Tatkreis eine besonders wichtige Rolle zu. Obwohl er die Identifizierung mit der nationalsozialistischen Partei nie vornahm, sondern diese, bis es zu spät war, als „vorletzte Position“ klassifizierte, war er mit der NSDAP für einen nationalen Sozialismus. Das waren zwar im Gefolge von Spengler und Moeller van den Bruck viele anständige Deutsche, aber der Tatkreis hat diese Position am konsequentesten und originellsten vertreten, und er kam damit groß heraus, als die Krise der Republik ihrem Höhepunkt zueilte und das Verlangen nach einer neuen Ordnung immer gebieterischer werden ließ. Diese Funktion des Tatkreises als eines besonders rührigen Agenten im geistigen Vorfeld der nationalsozialistischen Machtentfaltung konstituiert das eigentliche Problem seiner historischen Verantwortung für das Heraufkommen des Nationalsozialismus. Es läßt sich unter Umkehrung eines bekannten Schriftwortes auf die Formel bringen: Wer nicht wider mich ist, der ist für mich.

In der „Weltbühne“ findet sich die bissige Bemerkung, der Tatkreis habe Hitler überhitelt⁵⁶. Diese für die Schreibweise der linken Intelligenz charakteristische Vokabel will besagen, daß der Tatkreis sich alle Mühe gab, die ideologischen Ungereimtheiten der NSDAP durch ein intellektuelles Superprogramm zu ersetzen. Tatsächlich war die TAT für viele nationalgesinnte Intellektuelle und Akademiker ein willkommener Ersatz für das geistig dürftige Programm der NSDAP. Über das, was Hitler und Rosenberg an ideologischem Gebräu zum besten gaben, konnte man guten Gewissens erhaben sein. Die TAT sprang in die Bresche, um dem wachsenden Bedürfnis nach einem sinnvollen Begreifen der sich anbahnenden und durch die Marschkolonnen der SA und der politischen Orden sichtbar symbolisierten sozialen und politischen Umwälzung abzuhelpen. In diesem Zusammenhang gesehen hat es für die politische Wirkung der TAT-Ideologie wenig bedeutet, daß Zehrer und seine Kollegen nicht das Parteiabzeichen trugen. Vor die konkrete politische Entscheidung bei einer Wahl gestellt, konnte ein TAT-Leser sinnvollerweise nur die NSDAP oder (aber das war viel unwahrscheinlicher) die KPD wählen. Alle anderen politischen Gruppen waren dem Fluch des Liberalismus verfallen. Die dritte Front, die Zehrer propagierte, war nie wählbar, weil sie sich nie politisch konkretisiert hat. Die TAT hat auf diese Weise zu einem nicht geringen Teil daran mitgewirkt, den Nationalsozialismus unter deutschen Gebildeten salonfähig zu

⁵⁶ Die Weltbühne, vom 22. 12. 32, Th. Murner: Zehrer und Fried.

machen. Sie hat die national-sozialistische Ideologie aus den Niederungen der Parteiversammlungen und deren Bierkellerdemagogie emporgehoben und den deutschen Intellektuellen mundgerecht machen helfen. Man könnte, in Anlehnung an den Terminus Salon-Bolschewismus, die TAT-Richtung als Salon-Nationalsozialismus kennzeichnen.

Die TAT war eine unabhängige Monatsschrift, und sie hielt große Stücke auf diese Unabhängigkeit. Selbst als die Nationalsozialisten schon die Macht ergriffen hatten, erneuerte die Zeitschrift ausdrücklich ihr Gelöbnis der Unabhängigkeit⁵⁷, aber es blieb auch ihr in den noch verbleibenden drei bis vier Jahren ihres Bestehens wenig Spielraum dafür. Diese betonte Unabhängigkeit der Zeitschrift ändert jedoch nichts daran, daß sie einer Entwicklung Vorschub geleistet und eine Bewegung unterstützt hat, die schließlich durch die Machtergreifung der NSDAP zu einer ganz bestimmten, wenn auch vom Tatkreis so nicht gewollten Form gerann. Die Dinge waren anders gelaufen, als man sie sich mit mancherlei metaphysischem Aufwand im Tatkreis zurechtgelegt hatte. Man kann sich aus der Mitverantwortung für diese Entwicklung nicht mit dem Hinweis zurückziehen, daß es sicher auch ohne den Tatkreis so gekommen wäre, wie es gekommen ist⁵⁸. In der Ablehnung der Weimarer Republik und speziell in der Bereitung einer dem Nationalsozialismus gegenüber aufgeschlossenen Gesinnung unter den deutschen Intellektuellen hat der Tatkreis eine nicht zu übersehende Rolle gespielt. Er hat Geschichte zu machen versucht, und er hat in der Tat in einem gewissen Grade Geschichte gemacht, nur gelang es ihm nicht, die Kräfte, die er entbinden half, so zu lenken, wie er das in Selbstüberschätzung seines politischen Stellenwertes glaubte arrangieren zu können.

In einer Bonner Dissertation⁵⁹ über die TAT vertritt der Verfasser die Auffassung, der Tatkreis habe durch seine organisatorische Enthaltensamkeit dazu beigetragen, dem Nationalsozialismus Hitlers den politischen Raum zu öffnen, den er durch seine publizistische Tätigkeit freigemacht habe, ohne ihn jedoch organisatorisch zu besetzen. Das dürfte freilich etwas zu viel verlangt sein. Der Tatkreis konnte nie daran denken, die national-soziale Bewegung fest in die Hand zu bekommen, und als er sich in das Schlepptau Schleichers begab, um ein wenig praktische Politik in seinem Sinne zu betreiben, da bedeutete dies bereits einen Verzicht auf die ursprünglich ins Auge gefaßte totale Lösung des deutschen Problems. Es zeugt von einem Mangel an Einsicht in die machtpolitische Bedeutung des Tatkreises, von ihm zu fordern (wie Brunzel dies tut), er hätte die seiner geschichtlichen Intuition entsprungene kühne Prognose selbst ins Werk setzen sollen. Wir haben es nicht mit Göttern zu tun, wohl aber mit Menschen, die von

⁵⁷ Zehrer (Glosse): 25 Jahre TAT, 25, S. 84–86.

⁵⁸ Zehrer im Gespräch mit dem Verfasser. Hinter dieser Bemerkung steckt offensichtlich eine Geschichtsauffassung, die Geschichte als eine Dampfwalze des Schicksals begreift, der man sich nicht entgegenstellen kann. Zehrer's Vorstellung von Geschichte ist so vieldeutig und komplex, daß es schwer sein dürfte, sie klar darzustellen.

⁵⁹ Brunzel a. a. O., (Anm. 1), S. 85.

ihrer eigenen Utopie so gefangen waren, daß sie die geschichtlichen Kräfte ihrer Zeit nur noch im Banne ihres Schemas begreifen konnten und darüber entscheidende Momente der geschichtlichen Realität nicht zu erkennen vermochten. Ernst Wilhelm Eschmann hat diese verhängnisvolle Schwäche der TAT im Rückblick richtig gesehen, als er dem Verfasser erklärte:

„Wir haben den Nationalsozialismus völlig falsch eingeschätzt. Wir wußten nichts von der tatsächlichen Macht dieser Bewegung. Wir hielten diese Leute für nicht intelligent genug und glaubten, daß es auf Intelligenz in der Politik ankäme. Das Jahr 1933 bedeutete für uns das große Erwachen“⁶⁰.

Für Hans Zehrer und seine Mitarbeiter war die geschichtliche Situation am Ausgang der Weimarer Republik eine Art Figurenspiel, über dessen Endergebnis sie bereits Bescheid wußten, bevor die Partie richtig in Gang gekommen war. Dieser Utopie gehorchend glaubten sie die Figuren, d. h. die in der Zeit wirksamen geschichtlichen Kräfte, so dirigieren zu können, daß der prophezeite Ausgang sich notwendig einstellte. Das war Hybris. Gewiß hatte der Tatkreis einen historischen Moment intuitiv richtig erfaßt; er sollte auch recht behalten mit der Behauptung, daß eine nationale Revolution einen neuen deutschen Staat hervorbringen würde, und es war tatsächlich ein nationalsozialistischer Staat, der die liberal-demokratische Republik von Weimar ablöste. Aber wie dies geschah, welche Kräfte an diesem Umschwung beteiligt waren, und wie sich die neue Macht ins Werk setzte, davon hatte die TAT keine zureichende Vorstellung. Sie arbeitete mit zu vielen Fiktionen, die sie leichtfertig für die Realität ausgab. Ungeachtet des umfangreichen analytischen Materials, das sie vor ihren Lesern über die Situation der Zeit ausbreitete, war ihre Konzeption im Grunde ein romantisches Schreibtischprodukt, ein lehrreiches Beispiel für einen politischen Mythos, dem viele Deutsche gläubig anhängen, dessen politische Wirkungen sich aber jeder wirksamen Kontrolle entzogen und schließlich dem in die Hand spielten, den zu bändigen man ausgezogen war.

So blieb am Ende der Zehrer'schen TAT nichts übrig als die achselzuckende Resignation, die Fortsetzung der Krisenformel und der Rückzug auf das Transzendente. Ernst von Salomon gibt in seinem „Fragebogen“ ein Gespräch mit Zehrer wieder, in welchem er Zehrer sagen läßt: „Es erwies sich, daß nicht wir den Auftrag hatten, sondern er, der Widersacher. Und das war wirklich nicht nur ein Auftrag vom Volke her . . . Nun war die Entscheidung nicht gegen ihn gefallen, sondern gegen uns“⁶¹. So ist das Ende des großen Aufbruches einer Zeitschrift im Grunde recht kläglich.

Als mit Hitlers Machtergreifung manche der langgehegten Illusionen des Tatkreises zerstoßen, kultivierte man neue, die nicht minder verhängnisvoll waren. Im Aprilheft des Jahres 1933 findet sich eine Glosse mit der Überschrift: Unterliegt der Geist? Darin lesen wir:

⁶⁰ Gespräch mit dem Verf. am 19. 6. 56.

⁶¹ Der Fragebogen, Hamburg 1951, S. 227.

„Man hört heute oft das Wort vom Sterben des Geistes . . . Wenn der Geist heute langsam unter die Schraube der Kontrolle gesetzt wird, so ist das für ihn selber am dienlichsten. Denn es muß sich nun zeigen, was wirklich Geist an ihm ist und was lediglich Schall und Rauch war . . . Die besten und tiefsten Gedanken der Menschheit sind selten in der Freiheit gedacht worden, sie sind meistens in der Unterdrückung entstanden. Es ist kein Grund zur Panik vorhanden. Es geht nur darum, daß wieder wirklich gedacht, geschrieben und gelesen wird.“⁶²

Angesichts solcher Auffassungen, die, wie der Zusammenhang ergibt, nicht als Ansatz einer Widerstandsgesinnung interpretiert werden dürfen, mag manchem heutigen Leser der TAT der phänomenale Erfolg dieser Zeitschrift rätselhaft erscheinen. Er ist es weniger, wenn man die Situation der Zeit im Auge hat und vor allem die publizistischen Mittel untersucht, mit deren Hilfe der Tatkreis zu seiner großen öffentlichen Wirksamkeit kam.

Stil- und Stimmungsmittel der TAT

Das Geheimnis des großen Erfolges der TAT habe in einem sehr einfachen Rezept gelegen, erklärte Hans Zehrer dem Verfasser; es lautete: die Wirklichkeit. Die TAT hielt sich auch einmal für die einzige Zeitschrift, „die mit unerbittlichem Mut zur Wahrheit allen Fragen des heutigen politischen und geistigen Lebens auf den Grund geht“. Die Wahrheit über die Wirklichkeit auszusagen war also der ethische Anspruch des Tatkreises. Es gibt jedoch mancherlei Weisen, sich der Wirklichkeit zu vergewissern, und die Art, wie Hans Zehrer und seine Mitarbeiter mit der Wirklichkeit umgingen, hatte sicherlich ihre eigene Logik. Was die TAT als deutsche Wirklichkeit feilbot, war immer vermischt mit Visionen⁶³. Die besondere Wirkung der TAT seit Zehrer's Eintritt in die Redaktion lag darin, daß es kraft dieser Visionen gelang, eine neue Wirklichkeit dynamisch und fesselnd zu suggerieren. Der messianische Glaube an die Einswerdung von Nationalismus und Sozialismus bestimmte nicht nur die Thematik der Zeitschrift, er färbte auch die Analysen ab. Die TAT-Vision war eine Utopie im Sinne Karl Mannheims, ein gesellschaftlicher Entwurf für eine nahe Zukunft; alle Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur wurden im Hinblick auf dieses utopische Modell gesehen und beurteilt, wobei das Bewußtsein eine tragende Rolle spielte, daß die Geschichte nur so verlaufen könne, wie der Tatkreis es verkündete. Hinzu kam, daß die TAT-Redaktion sich auf einem „Gaurisankar der Epochenwende“⁶⁴ fühlte und sowohl sich selbst wie ihre Leser mit einem starken Glauben an die eigene Wichtigkeit erfüllte. Die TAT gab sich immer so, als habe sie allein den Schlüssel für Deutschlands Zukunft in Händen. Andererseits beruhte gerade auf diesen Eigentümlichkeiten ihr sensationeller publizistischer

⁶² Bd. 2, S. 88/89. Noch bedenklicher die Glosse im Maiheft 1933: „Das Ende der Links-Intelligenz“.

⁶³ Jeder gute Journalist braucht Visionen. Es ist aber nicht allein wichtig, welche Visionen oder Leithilder er hat, sondern wie er mit der Wirklichkeit verfährt.

⁶⁴ Frankfurter Ztg. vom 11. 9. 31.

Erfolg. Zehrer verstand es nicht nur aufs beste, alle gängigen Topoi des „neuen Geistes“ in seine Zeitschrift einzubauen, wie etwa die Jugendbewegung oder das Vermächtnis der Kriegsgeneration, er hatte darüber hinaus eine Gabe der zupackenden und für die Sache einnehmenden Darstellung, die unmittelbar ansprach und den Leser in einen Jünger verwandelte. Das „wir“ oder „man“, mit dem Zehrer operierte, wenn er die Situation seiner Prüfung unterwarf, schloß stets alle mit ein, die geneigt waren, seine Maßstäbe anzuerkennen. Eine Position, die zunächst nichts anderes als die des Tatkreises allein war, wurde so auf eine breitere Basis gestellt und umfaßte schließlich eine große Gesinnungsgemeinschaft von eifrigen Tatlesern. Besonders wirkungsvoll waren auch die ständigen Anspielungen auf die führende Rolle der von den Ideen der TAT erreichten Intelligenz innerhalb des revolutionären Prozesses der Zeit. Selbst die Zeitschrift als Publikationsmittel wurde zum einzig angemessenen Meinungsinstrument hypostasiert, weil allein eine Zeitschrift heute noch die Aufgabe der Disziplinierung des Geistes bewältigen könne, welche das wichtigste Problem unserer Zeit sei⁶⁵. Die TAT machte ein solches Aufheben von sich und den Gruppen, die sie anzusprechen suchte, daß man ohne Übertreibung von einem phantastischen Selbstkult sprechen kann.

Zehrer und sein Kreis vermochten allzugut sich die Schwächen einer Zeit nutzbar zu machen, von der er in der ihm eigenen Manier aber nicht zu Unrecht sagte, sie spiele mit dem Kruzifix im Religiösen, mit der Diktatur im Staatlichen, mit der Gebundenheit im Persönlichen⁶⁶. Die Verbindung von scheinbar nüchterner Tatsachenanalyse mit einer siegesbewußten Geschichtsmetaphysik war für die an nüchternes und besonnenes Denken nicht gerade gewöhnten deutschen Intellektuellen eine allzu verlockende Kost. Wie viele akademisch gebildete Kriegsteilnehmer hatten in jener von chiliastischen Stimmungen durchwehten und von ungestillten metaphysischen Bedürfnissen überquellenden Zeit schon die intellektuelle Redlichkeit, einen Satz wie den folgenden auf sein vernünftiges Maß zurückzuführen?

„Diese Leute sind durch ihr Erleben zur Qual des Schöpferischen verdammt worden von einem Schicksal, das nicht nach Berufung oder Erwählung fragte. Hier ist das Seltene und Mystische in der Weltgeschichte geschehen, daß das Schicksal eine ganze Schicht berufen und erwählt hat, der sie den Schleier von den Augen zog, die sie hineinsehen ließ in die Tiefen, in denen die Parzen den Faden spinnen, und denen sie die Last eines Jahrhunderts auf die Schultern wälzte⁶⁷.“

Hier wurde mit metaphysischen und theologischen Termini Politik gemacht. Zehrer zog z. B. gegen den „Götzen“ Hugenberg zu Felde, weil er aus dem Wunder der Autorität einen Taschenspielertrick gemacht habe⁶⁸. Er nahm sich aber selbst zu

⁶⁵ H. Thomas - Zehrer: Das Chaos der Bücher, 22, S. 678.

⁶⁶ Zehrer: Hugengebigs Glück und Ende, 21, S. 195.

⁶⁷ H. Thomas - Zehrer: Die zweite Welle, 21, S. 581.

⁶⁸ S. Anm. 66, S. 196. Vgl. ferner die TAT-Serie „Die Siegesallee“ beginnend im Nov. 1929. Dort heißt es: „Durch diese Zeit führt eine breite Allee. Links und rechts stehen die Marmorknienmäler ihrer Großen . . . Die TAT will nun laufend ein Standbild aus der deut-

ernst, um zu merken, daß seiner eigenen Publizistik solche Tricks nicht fremd waren. Ganz abgesehen davon, daß seine mit einer eigenwilligen Geschichtsphilosophie unterlegten Visionen den Tatkreis tiefer in die bloße Spekulation hineintrieben, als der analytische Befund der Zeit es je rechtfertigte, pflegte er mit soziologischen Begriffen in einer Weise zu hantieren, die sehr profund zu sein schien, in Wirklichkeit aber eher ein bloßes Jonglieren war. Da gibt es ein ständiges Auf und Ab von Klassen, Schichten, Generationen und Wellen; unaufhörlich sind gewaltige historische Prozesse im Gange; ganze Schichten werden unbarmherzig zerrieben; mal ist die Revolution „total“, dann ist sie „kalt“, dann wird sie zu einer Revolution „von oben“, aber auch diese gelingt nicht recht, so daß sich die ernste Frage erhebt, ob nicht eine „Restauration“ stattfinde, was Zehrer dazu verleitet, eine „Reformation“ in Vorschlag zu bringen, um am Ende der Affaire etwas unsicher einzugestehen, es sei doch eine Revolution gewesen. Diese Art Begriffsspielerei gehört zum Stil der TAT wie auch mitunter ein gewaltsameres Vokabular: so etwa, wenn eine Generation oder eine Partei kurz und bündig als „erledigt“ bezeichnet wird, wenn diejenigen, die nicht auf die Stimme der TAT hören wollen, „absacken“ sollen oder der pathetische Ausruf fällt: Ihr kommt um diese Revolution nicht herum!

All diese Dinge waren publizistisch äußerst wirksame Stimmungsmittel, die dem nüchternen Denken wenig Raum zur Entfaltung ließen. Kaum einer der Begriffe, mit denen die TAT ihre weitausholenden Analysen der Zeit speiste, war klar definiert: weder der Kapitalismus noch der Liberalismus, und auch die neuen Parolen wie Masse und Kapital, Besitz und Nichtbesitz, Föderalismus und autoritärer Staat entbehrten der begrifflichen Schärfe. Das erhöhte ihre Manipulierbarkeit und schien auch die Leser nicht sehr zu stören.

Das Bild aber, das man von einer Generation gewinnen muß, die sich geistig aus der TAT-Quelle nährte, bleibt zwiespältig. Es ist ein undurchdringbares Durcheinander von Klarheit und Mystik, Fatalismus und rücksichtslosem Tatwillen, Ressentiment und gutem Willen, Anmaßung und Einsicht. Der Weg, den sich die vorwiegend jüngere Leserschaft vom Tatkreis weisen ließ, war doch gewiß nicht eine Notwendigkeit der Geschichte, wie sie in der TAT monatlich lesen konnten. Hitler kam doch nicht darum an die Macht, weil er einen mysteriösen „Auftrag“ hatte, sondern weil genügend Kräfte in Deutschland da waren, die, des demokratischen Treibens müde, ihm den Weg ebneten und der Republik den Fehdehandschuh hinwarfen. Darunter auch der Tatkreis.

Das Zehrer'sche Experiment mit der TAT erweist sich im Rückblick als ein leichtfertiges Spiel. Wenn auch die Geschichte nicht den Worten einer kleinen Gruppe

schen Siegesallee umstoßen, das sich als Gipsfigur erweisen sollte oder an dem der Marmor brüchig geworden ist.“ Die Serie begann mit Max Reinhardt, das zweite „Opfer“ war Adolf Hitler. 21, S. 780ff. In dieser recht snobistisch gehaltenen Darstellung erscheint Hitler als kleiner Parteiführer, der sich entscheiden müsse, ob er ins Lager der kleinen Leute gehen wolle, womit allerdings seine Bewegung an ihr Ende käme, oder ob er sich den „Köpfen“ seiner Partei (Gruppe um Strasser) anvertrauen wolle. In diesem Falle habe er noch die Chance, beim Endspurt mitgenommen zu werden. Doch nicht mehr als Führer der Bewegung.

von Journalisten hörig ist, so kann doch das Wort mächtig sein in ihr. In den Jahren der Agonie der Weimarer Republik entfaltete die TAT eine solche Macht. Wie problematisch die intellektuelle und moralische Basis war, auf der diese Macht des geschriebenen Wortes gründete, geht aus den Worten E. W. Eschmanns hervor, der dem Verfasser gestand:

„Wir hatten keine richtigen Prinzipien. Wir hielten alles für möglich. Die Idee des Naturrechts, der unveräußerlichen Rechte des Menschen war uns fremd. Wir hingen ideenmäßig gänzlich in der Luft, ohne eine tragfähige Basis für unsere Konstruktionen zu besitzen⁶⁹.“

Die TAT gehört als Zeitschrift der Vergangenheit an. Können wir jedoch ebenso sicher sein, daß diejenigen, die ihr einst zu so großer Wirksamkeit verhelfen, und die heute zum großen Teil wieder führende Positionen in der deutschen Publizistik einnehmen, unserer gegenwärtigen Lage mit Prinzipien gegenüberstehen, die an der historischen Erfahrung geläutert sind?

⁶⁹ Gespräch vom 19. 6. 1956.

GEORG VIGRABS †

DIE STELLUNGNAHME DER WESTMÄCHTE UND DEUTSCHLANDS ZU
DEN BALTISCHEN STAATEN IM FRÜHLING UND SOMMER 1939*Vorbemerkung des Herausgebers*

Zu dem im Folgenden angeschnittenen Thema der baltischen Staaten in der internationalen Politik hat der Herausgeber selbst Gedanken und eine eigene Untersuchung der kritischen Phase von 1939 beigetragen („Das Baltikum als Problem internationaler Politik“, in: „Zur Geschichte und Problematik der Demokratie“, Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1958, S. 601 ff.; wieder abgedruckt in: „Zeitgeschichtliche Betrachtungen“, Göttingen 1958, S. 217 ff.). Da diese Studie nach Abschluß des hier gedruckten Manuskripts erschienen ist, hat er sich berechtigt geglaubt, in ihm eine Reihe von Korrekturen vorzunehmen, nicht nur formaler Art, sondern auch was die Beurteilung umstrittener Punkte durch die bisherige deutsche Forschung betrifft. Im übrigen wird der Artikel durch Umsicht und Sorgfalt für sich selbst sprechen. Über den Verfasser und über das Moment der Pietät, das für den Abdruck ein Anlaß neben anderen war, unterrichten die hier folgenden Zeilen, die Reinhard Wittram zur Verfügung gestellt hat.

Der am 14. Juni 1958 in Göttingen verstorbene Verfasser war am 26. September 1881 in Livland als Sohn eines lettischen Vaters und einer deutschen Mutter geboren, studierte in Dorpat Theologie und nach dem Abschluß dieses Studiums Geschichte und Philologie in Dorpat, St. Petersburg und Leipzig. Als Gymnasiallehrer der deutschen Sprache in Dorpat und 1917–1922 in Tula beschäftigte er sich mit der Methodik und Didaktik der modernen Sprachen. In die Heimat zurückgekehrt (1922), war er zuerst als Redakteur lettischer Zeitungen, als Publizist und Privatgelehrter tätig. Seit 1927 im Dienst des Außenministeriums der Republik Lettland, bekleidete er verschiedene Posten in Moskau, Riga und Berlin. Zuletzt (bis 1940) war er Legationsrat an der lettischen Gesandtschaft in Berlin. Seine wissenschaftliche Arbeit gehörte lange vornehmlich der Lage der lettischen Bauern im 18. Jahrhundert. Nach dem Untergang des freien Lettland lebte Mag. Vigrabs in Göttingen in sehr engen Verhältnissen, ganz hingegeben an die Untersuchungen, aus denen wir einen Ausschnitt veröffentlichen. Wer in den letzten Jahren mit ihm Berührung hatte, stand unter dem Eindruck, wie klaglos und aufrecht der scharfsinnige und vielseitig gebildete Forscher, der an nichts anderem mehr interessiert war als an strenger Wahrheitssuche, die Einsamkeit des Flüchtlingsschicksals trug. Am Grabe sprachen zwei Letten, ein Este und ein Deutschbalte.

H. R.

Die Außenpolitik der Baltischen Staaten zerfällt in zwei Abschnitte, den ersten von 1918 bis 1933 und den zweiten von 1933 bis 1940. Solange Deutschland vor allem nach Zusammenarbeit mit dem Westen strebte und die Sowjetunion sich im wesentlichen auf den inneren Aufbau beschränkte, standen die Baltischen Staaten abseits von den großen Problemen der europäischen Politik. Das änderte sich seit 1933. Nun trat Deutschland in immer schärferen Gegensatz zu den Demokratien und wurde zu einer Drohung auch für die Sowjetunion, die sich infolgedessen veranlaßt sah, tätig am politischen Leben Westeuropas teilzunehmen. Damit aber wurden die Baltischen Staaten gegen ihren Willen mehr und mehr in den Strudel des europäischen Geschehens hineingezogen und zum Objekt des hohen Spiels der anderen. Als schicksalhaft sollte sich für sie das Jahr 1939 erweisen, als in den Ver-

Vierteljahrshefte 3/3

handlungen, die damals sowohl England und Frankreich als auch Deutschland mit der Sowjetunion führten, über sie verfügt wurde, ohne sie zu fragen.

Mittlerweile liegt zu diesen Vorgängen alles dokumentarische Quellenmaterial, auf dessen Erscheinen vorerst gerechnet werden kann, gedruckt vor. Das gibt die Möglichkeit, die Verhandlungen von den verschiedensten Gesichtspunkten aus zu betrachten. Im Folgenden sollen sie erörtert werden, soweit sie sich auf die Baltischen Staaten beziehen. Denn gerade die Frage dieser Staaten ist es gewesen, von der Verlauf und Ausgang der Verhandlungen wesentlich mit bestimmt wurden.

Was zunächst die Quellen betrifft, so sind grundlegend die offiziellen Veröffentlichungen britischer¹ und deutscher² diplomatischer Akten, dazu noch das Erinnerungsbuch von Georges Bonnet, dem damaligen französischen Außenminister³. – Kurze Übersichten über die Verhandlungen enthalten die Aufsätze von B. Meißner, „Die Großmächte und die baltische Frage“⁴, von H. von Rimscha, „Die Baltikumpolitik der Großmächte“⁵ und von G. von Rauch, „Die baltischen Staaten und Sowjetrußland 1919–1939“⁶. Über diese drei Aufsätze hinaus greift Meißner in seinem 1956 erschienenen Buch⁷. Er beleuchtet darin bedeutend ausführlicher, als bisher geschehen, sowohl „Die baltische Frage in den Bündnisverhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion“ (S. 24–49) als auch „Die deutsch-sowjetische Verständigung über die gegenseitige Interessenabgrenzung im Baltikum“ (S. 49 bis 56). Auf seine Ergebnisse wird zum Schluß einzugehen sein.

Nach der Okkupation der Resttschechei begann die britische Regierung energischer nach Maßnahmen zur Hemmung weiterer Gewaltschritte Deutschlands zu suchen. Als geeignetes Mittel dazu erschienen ihr Beistandsversicherungen an demnächst möglicherweise bedrohte Staaten. Eine erste solche Garantie erhielt am 31. März Polen sowohl von England als auch von Frankreich (BrFP. IV, Nr. 582, S. 552f.). Sie bedeutete einen völligen Umbruch in der Europapolitik Englands, das bis dahin Bindungen in Osteuropa sorgsam vermieden hatte. Weitere Garantien erhielten am 13. April⁸ Rumänien und Griechenland (BrFP. V, Note to Chapt. I and II, S. 197). Voraussetzung zur Erteilung von Garantien war Bitte oder Zustimmung

¹ Documents on British Foreign Policy, 1919–1959, 3d Series, Vol. IV 1951, Vol. V 1952, Vol. VI 1953, Vol. VII 1954 (zitiert: BrFP).

² Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918–1945. Serie D (1937–1945), Bd. V 1953, Bd. VI 1956, Bd. VII 1957 (zitiert: DtAP).

³ G. Bonnet, *Fin d'une Europe*. Genève 1948. – Bonnets Buch ist eine Rechtfertigungsschrift zum Erweis seiner steten Bereitwilligkeit, den Wünschen der Sowjetunion nachzukommen. Wo Bonnet mit den britischen Akten in Widerspruch gerät, ist diesen der Vorzug zu geben. – Zur Kritik der Memoiren vgl. vor allem L. Namier, *Diplomatic Prelude 1938–39*, London 1948. (Hg.)

⁴ Osteuropa 2 (1952), S. 241–250 und 341–346. – Die englischen Akten lagen damals nur bis März 1939 vor.

⁵ Histor. Ztschr. Bd. 177 (1954), S. 281–309.

⁶ Europa-Archiv 9 (1954), S. 6859–6868, 6965–6972 und 7087–7094.

⁷ B. Meißner, *Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht*, Köln 1956.

⁸ Schultheß' Europ. Geschichtskalender 1939, S. 338–340.

des betreffenden Staates, Voraussetzung ihrer Auslösung aber der vom angegriffenen Staat dem Angreifer entgegengesetzte Widerstand.

Das Beispiel, das England und Frankreich gegeben hatten, versuchte die Sowjetunion sofort auszunutzen, um ihren eigenen außenpolitischen Zielen nachzugehen. Der Volkskommissar der Sowjetunion für Auswärtiges M. Litwinow übergab am 28. März dem estnischen und dem lettischen Gesandten in Moskau gleichlautende Noten, wonach die Erhaltung der vollen Unabhängigkeit der Baltischen Staaten von außerordentlicher Bedeutung und Lebenswichtigkeit auch für die Sowjetunion sei. Daher könne diese offenen oder verhüllten Versuchen, jene Unabhängigkeit zu vernichten, nicht müßig zusehen (BrFP. V, Nr. 300, Anl. 2, S. 350f.). Als eine solche Bedrohung der Unabhängigkeit Estlands und Lettlands wurden angesehen: alle und jede Abmachungen, mochten sie unter Druck oder freiwillig geschlossen sein, sobald durch sie einem dritten Staat politische, wirtschaftliche oder sonstige Vorherrschaft zugestanden oder Ausnahmerechte und Privilegien gewährt würden, sei es auf dem ganzen Staatsgebiet, sei es in den Häfen. Das bedeutete, daß die Sowjetunion sich die Möglichkeit offenhalten wollte, jederzeit aus geringstem Anlaß, wenn es ihr nur sonst gelegen kam, Truppen in die Baltischen Staaten zu deren „Schutz“ einrücken und dort natürlich für immer bleiben zu lassen. Am 7. April erfolgten die Antworten Estlands und Lettlands in zwei inhaltlich gleichen Noten (BrFP. V, Nr. 300, Anl. 3, S. 351f.: estnische Antwort)⁹. Beide Regierungen sprachen jedem anderen Staat das Recht ab, die Außen-, Innen- oder Wirtschaftspolitik ihrer Länder unter seinen Einfluß zu bringen. Die Noten bedeuteten somit eine feste und entschiedene Ablehnung der Erklärung Litwinows.

Andererseits waren England und Frankreich sich darüber im klaren, daß sie der Unterstützung der Sowjetunion bedurften, wenn die von ihnen an deren Nachbarn Polen und Rumänien erteilten Garantien wirksam werden sollten. England versuchte daher, Moskau zu entsprechenden Erklärungen an Polen und Rumänien zu veranlassen (BrFP. V, Nr. 170, S. 205f.). Frankreich dagegen wollte seinen Beistandspakt mit der Sowjetunion vom 2. Mai 1935¹⁰ dahin ergänzt sehen, daß die Sowjetunion Frankreich auch dann Beistand zu erweisen habe, falls Frankreich infolge von Hilfeleistung an Polen oder Rumänien in einen Krieg mit Deutschland verwickelt wurde (BrFP. V, Nr. 183, S. 216).

Die Sowjetunion lehnte indessen die Vorschläge Englands und Frankreichs ab und stellte Gegenforderungen. Wesentlich sind dabei drei Punkte: 1. Der Dreimächtepakt. England, Frankreich und die Sowjetunion schließen einen Vertrag über gegenseitigen Beistand für den Fall einer „Aggression“ gegen einen dieser drei Staaten. 2. Die Garantien. Die drei Vertragschließenden erteilen Garantien an mittel- und osteuropäische Staaten, die einer „Aggression“ ausgesetzt werden könnten, darunter auch Lettland, Estland und Finnland. 3. Das Militärabkommen. Es

⁹ A. Bilmanis, *Latvian-Russian Relations*, Washington 1944, S. 189: lettische Antwort in englischer Übersetzung.

¹⁰ Politische Verträge. Eine Sammlung von Urkunden. Hrsg. von V. Bruns, Bd. 1, S. 456 bis 458.

wird eine Abmachung über Art und Umfang der unter 1. und 2. vorgesehenen gegenseitigen militärischen Hilfe getroffen. Diese sowjetischen Bedingungen eines Zusammengehens mit England und Frankreich wurden zunächst dem britischen Botschafter in Moskau W. Seeds von Litwinow überreicht (BrFP. V, Nr. 201, S. 228 f.). Nachdem an dessen Stelle am 3. Mai Molotow getreten war, machten England und Frankreich neue Vorschläge, erhielten aber von ihm am 14. Mai inhaltlich fast genau die gleiche nur starrer und schroffer formulierte Antwort, wie sie Litwinow am 17. April erteilt hatte (BrFP. V, Nr. 520, S. 558 f. – Nr. 530, S. 567). Zugleich gab Molotow in einer schriftlichen Erklärung den Grund für die Ablehnung der britischen und französischen Vorschläge an: es sei dies die Benachteiligung der Sowjetunion durch das Fehlen der Gegenseitigkeit und der Gleichheit in den Vorschlägen. Polen und Rumänien gegenüber würden sich England und Frankreich wohl verpflichten, ihnen für den Fall eines unmittelbaren Angriffs Beistand zu erweisen, der Sowjetunion gegenüber jedoch nicht. Weiter forderten England und Frankreich von der Sowjetunion Garantien für Polen und Rumänien, gäben aber selbst keine Garantien an Finnland, Estland und Lettland, so daß die nordwestliche Grenze der Sowjetunion ungeschützt bleibe (BrFP. V, Nr. 520, Einl., Abs. 1, 2 und 3, S. 558). Mündlich erklärte Molotow, daß Litauen deswegen nicht genannt sei, weil es keine gemeinsamen Grenzen mit der Sowjetunion habe (BrFP. V, Nr. 530, Abs. 4, S. 568).

Was veranlaßte die Sowjetunion zum Angebot eines Verteidigungsbündnisses mit England und Frankreich? Seit München stand sie vor der Gefahr der Isolierung. Sie bemühte sich daher, es sowohl mit den Westmächten nicht ganz zu verderben, als auch nach Fühlungnahme mit Deutschland zu suchen. Denn sie fürchtete, daß England und Frankreich Deutschland noch weiterhin freie Hand in Osteuropa geben könnten. Auf dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unterließ Stalin in seinem Bericht vom 10. März 1939 die üblichen Angriffe auf das nationalsozialistische Deutschland; er warf im Gegenteil England und Frankreich vor, durch ihre Politik des Nachgebens und der Nichteinmischung „die Aggressoren“ begünstigt zu haben. In dieser Politik mache sich das Bestreben geltend, „z. B. Deutschland nicht zu hindern, sich in die europäischen Angelegenheiten zu verstricken, sich in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu verwickeln, alle Kriegsteilnehmer tief in den Morast des Krieges versinken zu lassen, . . . dann aber, wenn sie genügend geschwächt sind, mit frischen Kräften . . . im Interesse des Friedens“ aufzutreten, um den geschwächten Kriegsteilnehmern die Bedingungen zu diktieren“. Die Sowjetunion sei „für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern“. Sie werde dabei aber „Vorsicht“ beobachten und „den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt seien, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit geben“, die Sowjetunion „in Konflikte hineinzuziehen“¹¹. Stalins Ausführungen wurden allgemein als ein für Deutschland bestimmter Wink verstanden, und bereits in der ersten Hälfte des April fanden

¹¹ J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, Moskau 1946, S. 691 f.

inoffizielle Erkundungen sowohl von deutscher¹² als auch von sowjetischer Seite statt¹³. Am 17. April geschah dann schon ein offiziellerer Schritt, indem der Botschafter der Sowjetunion in Berlin in einer Unterredung mit dem Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes von Weizsäcker erklärte: Es bestehe für die Sowjetunion „kein Grund“, warum sie nicht mit Deutschland „auf einem normalen Fuße leben sollte“. Und „aus normalen Beziehungen könnten auch wachsend bessere werden“ (DtAP. VI, Nr. 215, S. 221 f.). Umgekehrt war Litwinows Vorschlag an England und Frankreich ein Versuch festzustellen, wie weit diese beiden Mächte mit der Sowjetunion zu gehen bereit waren.

Nach den Absichten der englischen Politik sollte die Beteiligung der Sowjetunion an osteuropäischen Garantiepakten ein „wirksames Abschreckungsmittel“ gegen den Angreifer sein (BrFP. V, Nr. 397, Abs. 6, S. 450). Den Dreimächtepakt indes lehnte England ab, weil es die außenpolitischen Folgen einer vertraglich festgelegten ständigen Bindung mit der Sowjetunion fürchtete. Es wollte bloß für den Fall eines Krieges des Beistandes der Sowjetunion sicher sein (BrFP. V, Nr. 304, Abs. 2, S. 357). Auch die französische Regierung fand, daß ein Dreimächtepakt der politischen Lage nicht entspreche, war aber der Überzeugung, daß die Sowjetunion nur dann zu Garantien bereit sein werde, wenn England und Frankreich ihr bei Erfüllung der Garantien ausdrücklich Beistand zusicherten (BrFP. V, Nr. 280, Anl. 1, 2b, S. 316 f.). Im übrigen hielten England und – weniger entschieden – Frankreich an dem Grundsatz fest, daß den osteuropäischen Staaten Beistand gegen Aggressionen nicht wider ihren Willen erwiesen werden könne. Daher waren sie sich im klaren darüber, daß die Baltischen Staaten von der Sowjetunion weder Garantien noch Beistand zu erhalten wünschten (BrFP. V, Nr. 247, Abs. 6 und 11, S. 267 und 268 f.; Nr. 305, Abs. 2, S. 358).

Die weltpolitische Lage hatte sich unterdessen in hohem Maße geändert, indem Hitler am 28. April das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 und den deutsch-polnischen Vertrag vom 26. Januar 1934 kündigte, sowie am 22. Mai 1939 mit Italien ein Militärbündnis, den sogenannten Stahlpakt, schloß. Zum Erweis seines vorgegebenen Friedenswillens bot Hitler andererseits Finnland, Estland und Lettland sowie den Skandinavischen Staaten Nichtangriffspakte an (DtAP. VI, Nr. 284, S. 298 f. – Nr. 294, S. 308). Hinsichtlich Litauens enthielt bereits der Vertrag vom 22. März 1939 über die Abtretung des Memellandes an Deutschland eine Nichtangriffsklausel (RGBl. 1939, II, Nr. 14). – Die Unterzeichnung der gleichlautenden Nichtangriffspakte Estlands und Lettlands mit Deutschland fand am 7. Juni 1939 in Berlin statt (RGBl. 1939, II, Nr. 32). Die vertragschließenden Teile verpflichteten sich, „in keinem Fall zum Kriege oder einer anderen Art von Gewaltanwendung gegeneinander“ zu schreiten. Falls einer von ihnen angegriffen werden sollte, so würde der andere den Angreifer nicht unterstützen. Als Unterstützung galt aber nicht die Fortsetzung „normalen Warenaustausches oder normalen Warentransits“. Bald nach dem 12. Juni teilte der lettische Gesandte in London K. Zarins

¹² P. Kleist, Zwischen Hitler und Stalin 1939–1945, Bonn 1950, S. 26–29.

¹³ K. Aßmann, Deutsche Schicksalsjahre, Wiesbaden 1950, S. 94.

einem Vertreter des britischen Außenministeriums mündlich mit, daß Hitler beim Empfang des lettischen Außenministers am 7. Juni zu ihm bemerkt habe: „Sie gehören nicht zu unserer Gruppe wie Spanien und Ungarn. Von diesen erwarten wir mehr als Neutralität; von Ihnen verlangen wir nur dieses“ (BrFP. VI, Nr. 137, Abs. 2, S. 159).

Auch in Ostasien verschärfte sich die Lage. Während die englischen Interessen durch rücksichtslose japanische Übergriffe schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden, fühlte die Sowjetunion sich durch Japan von der Mandschurei aus bedroht. In Europa wuchsen die Spannungen infolge des immer stärker werdenden Druckes von Deutschland auf Polen. Hinzu kam der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien.

Vor diesem Hintergrund der allgemeinen Lage ist der Fortgang der beiderseitigen Verhandlungen mit der Sowjetunion zu sehen. Schon in der ersten Hälfte des Mai setzte diese ihre Annäherungsversuche an Deutschland fort (DtAP. VI, Nr. 332, S. 355. – Nr. 406, S. 444f.). Jetzt ergriff Molotow selbst das Wort: am 20. Mai erklärte er dem deutschen Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, die Sowjetunion könne „einer Wiederaufnahme“ von Wirtschaftsverhandlungen „nur dann zustimmen, wenn hierfür die notwendige politische Grundlage geschaffen sein werde“ (DtAP. VI, Nr. 424, Anlage, S. 464–466). Die deutsche Regierung nahm nach eingehender Prüfung der Lage zu dieser Anregung ablehnend Stellung. Am 30. Mai wurde Schulenburg angewiesen, mit der Sowjetunion wohl in Wirtschaftsverhandlungen, aber nur in solche, einzutreten (DtAP. VI, Nr. 453, S. 507).

Beim Fortgang der Verhandlungen mit England und Frankreich nach dem 14. Mai bildete zunächst die Frage des Dreimächtepakts den Kernpunkt. Neben den bisherigen Meinungs austausch zwischen England und Frankreich traten nun eingehendere laufende Besprechungen vor allem Englands mit der Sowjetunion. Bei allem gegenseitigen Mißtrauen zwang die weltpolitische Lage die drei Staaten, den Versuch einer Verständigung und eines Zusammengehens zu machen. England wurde hierzu nicht nur von Frankreich ständig gedrängt; auch die Parlamentsopposition, eine Gruppe innerhalb der Regierungspartei selbst und ein Teil der britischen Öffentlichkeit forderten einen Vertragsabschluß mit der Sowjetunion.

So kam es zur Annäherung während der Tagung des Völkerbundsrates (22.–27. Mai). Nach einer langen Unterredung mit dem Leiter der sowjetischen Delegation, dem Botschafter in London, I. Majskij, entschied sich Halifax für den Dreimächtepakt (BrFP. V, Nr. 582, Abs. 27, S. 634). Schon am 24. Mai stimmte auch das britische Ministerkabinett dem Paktgedanken zu¹⁴. Gleich darauf wurde in London der vollständige Textentwurf eines Vertrages zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion ausgearbeitet (BrFP. V, Nr. 622, S. 678). Die französische Regierung hieß ihn gut und stimmte auch seiner gemeinsamen Überreichung durch den britischen Botschafter und den französischen Geschäftsträger in Moskau zu (BrFP. V, Nr. 643, S. 698).

Gleichzeitig wurde, was für unser Thema bedeutsam ist, durch die britischen Vertreter in Riga und Reval mitgeteilt, daß bei der Ausarbeitung des Vertragsentwurfs

¹⁴ The Times, 25. Mai 1939, S. 16.

die Stellungnahme der Baltischen Staaten berücksichtigt sei: weder würden sie namentlich genannt werden noch wider ihren Willen Garantien erhalten. Die Vorbedingung zur Leistung von Beistand an sie würde also eine Bitte ihrerseits um Schutz ihrer Neutralität sein (BrFP. V, Nr. 610, S. 669. – Nr. 646, S. 700. – Nr. 642, Anl., Abs. 1 und 2, S. 696). Auch der Text des Vertragsentwurfs wurde der lettischen und der estnischen Regierung bekanntgegeben (BrFP. V, Nr. 635, S. 689. – Nr. 674, S. 730). Im Vertrage selbst sollten die Fälle festgelegt werden, in denen England, Frankreich und die Sowjetunion einander Beistand zu leisten hätten. Dreimächtepakt und Garantien wurden dadurch zu einem Ganzen verschmolzen.

Demgemäß lautete Artikel 1 des englisch-französischen Vertragsentwurfs folgendermaßen:

„If France and the Un. Kingdom are engaged in hostilities with a European Power, in consequence of either (1) aggression by that Power against another European State which they had, in conformity with the wishes of that State, undertaken to assist against such aggression, (2) assistance given by them to another European State which had requested such assistance in order to resist a violation of its neutrality, or (3) aggression by a European Power against either France or the Un. Kingdom, the U.S.S.R. . . . will give France and the Un. Kingdom all the support and assistance in its power.“

Artikel 2 legte England und Frankreich die gleichen Pflichten gegenüber der Sowjetunion auf (BrFP. V, Nr. 624, S. 679f.).

Die Übergabe des Entwurfs an Molotow fand am 27. Mai statt (BrFP. V, Nr. 657, S. 710–712); bereits am 2. Juni erhielten der britische Botschafter Seeds und der französische Botschafter P. Naggiar den Gegenentwurf der Sowjetunion (BrFP. V, Nr. 697, S. 753f.).

Auch im sowjetischen Entwurf wurden Dreimächtepakt und Garantien in Artikel 1 zusammengefaßt, und zwar folgendermaßen:

„France, Engl. and U.S.S.R. undertake to render to each other immediately all effective assistance should one of the three States become involved in hostilities with a European Power as the result either of (1) aggression by that Power against any of one of these three States, (2) aggression by that Power against Belgium, Greece, Turkey, Roumania, Poland, Latvia, Estonia and Finland, whom England, France and U.S.S.R. have agreed to defend against aggression, (3) assistance rendered by one of these three States to another European State which has requested such assistance in order to resist violation of its neutrality.“

Über den Abschluß eines Dreimächtepakts im engeren Sinn herrschte also Übereinstimmung, umstritten aber blieb die Frage, wann einem sonstigen angegriffenen oder bedrohten Staat Hilfe erwiesen werden sollte. England und Frankreich verlangten als Voraussetzung dafür: im voraus an diese Staaten mit ihrer Zustimmung erteilte Garantien oder die Bitte von Staaten ohne Garantien um Schutz gegen Verletzung ihrer Neutralität. Im sowjetischen Entwurf wurden dagegen die Staaten, denen im voraus Garantien erteilt werden sollten, namentlich, und zwar nicht weniger als acht an der Zahl, aufgeführt. Eine Vorbehaltsklausel im Sinne ihrer Zustimmung wurde nicht erwähnt und somit abgelehnt; jedoch sollten die Garan-

tien von allen drei Vertragsmächten erteilt werden. In dieser Frage waren England und Frankreich somit um keinen Schritt weitergekommen. Nunmehr beschloß die britische Regierung, W. Strang, den Leiter der mitteleuropäischen Abteilung des Außenministeriums, nach Moskau zu entsenden, damit er, genau instruiert, als Berater dem Botschafter Seeds zur Seite stehe (BrFP. V, Nr. 733, S. 786 f.). Zu gleicher Zeit wurde in London als Antwort auf den Entwurf Molotows vom 2. Juni ein Gegenentwurf mit dem Datum des 6. Juni ausgearbeitet, dem die französische Regierung zustimmte (BrFP. VI, Nr. 45, S. 56). Am 16. Juni übergab Molotow seinen Gesprächspartnern (einschließlich Strang) eine schriftliche Zusammenfassung der sowjetischen Einwände gegen die neue englisch-französische Fassung (BrFP. VI, Nr. 69, S. 85–87).

Das besondere Argument der Sowjetunion in der Garantiefraße ist immer wieder die Furcht vor einem Vorgehen Deutschlands gegen die Baltischen Staaten. Deutschland könnte diesen das Schicksal der Tschechoslowakei bereiten, und dann würden deutsche Truppen wenige Meilen von Leningrad entfernt erscheinen (BrFP. V, Nr. 670, Abs. 4, S. 736 f.). Oder es könnten die Baltischen Staaten selbst sich Deutschland „verkaufen“ oder deutsche Truppen ohne Widerstand ins Land rücken lassen (BrFP. V, Nr. 682, Abs. 3, S. 737). Das Problem der Garantien – und zwar der vorbehaltlosen – für Finnland, Estland und Lettland sei daher für die Sowjetunion grundlegend: ohne seine Lösung könnten die Verhandlungen zu keinem erfolgreichen Ende geführt werden (BrFP. VI, Nr. 38, Abs. 2, S. 50). Das war die Kernfrage im Juni.

England erkannte die Besorgnisse der Sowjetunion bis zu gewissem Grade als berechtigt an. Am 12. Juni wies Halifax Seeds gegenüber darauf hin, daß die militärische Besetzung eines der nordwestlichen Nachbarstaaten der Sowjetunion, einerlei ob gegen seinen Willen oder auch mit seiner Zustimmung, von der Sowjetunion als Bedrohung ihrer Sicherheit angesehen werden könnte (BrFP. VI, Nr. 35, Anl. 1, Abs. 11, S. 36 f.). Das gleiche erklärte er dem estnischen Gesandten in London am 7. Juni und am 12. Juni dem lettischen (BrFP. VI, Nr. 81, S. 95 f. – Nr. 37, S. 48 f.). Aber in beiden Fällen versicherte Halifax, daß England keinem Staat wider seinen Willen Versprechen erteilen oder Beistand erweisen werde. Im Unterhaus erklärte Chamberlain am 7. Juni: „It is manifestly impossible to impose a guarantee on States which do not desire it“ – aber er fügte hinzu, er hoffe auf einen Ausweg aus dieser Schwierigkeit (BrFP. V, Nr. 735, S. 788). So suchte man nach einer Formel, der sowohl die Sowjetunion als auch die schutzbedürftigen Staaten zustimmen könnten. Der erste Vorschlag in dieser Richtung war der vom 6. Juni, ein zweiter trägt das Datum des 17. Juni. Am 22. Juni antwortete die Sowjetunion kurz und trocken, daß sie die neuen Vorschläge Englands und Frankreichs geprüft und beschlossen habe, sie als unannehmbar zu verwerfen (BrFP. VI, Nr. 126, Abs. 2, S. 143). Eine einseitige Erteilung von Garantien durch Nennung der betreffenden Staaten im Verträge hatten England und Frankreich nämlich in beiden Formeln abgelehnt, wodurch sie die baltischen Bedenken beheben zu können meinten.

Wohl aber sahen – das war der geplante Kompromiß gewesen – beide Formeln

einen Fall von gegenseitiger Hilfe zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion bei Angriffen von dritter Seite auf einen europäischen Staat vor, der keine Garantien im voraus erhalten hatte, dem aber trotzdem Beistand zu erweisen eine der drei Vertragsmächte für nötig erachtete. Voraussetzung für diesen Beistand war nach dem Entwurf vom 6. Juni nicht eine Bitte des angegriffenen Staates, sondern die Entscheidung einer Konsultation zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion. In ihr mußte festgestellt werden, daß die Unabhängigkeit oder die Neutralität des in Frage kommenden Staates durch das Vorgehen eines Aggressors wirklich bedroht sei, und überdies, daß dadurch zugleich die Sicherheit einer der drei Vertragsmächte gefährdet werde (BrFP. VI, Nr. 35, Anl. 2, Artikel 1, Abs. 3, S. 39). In dieser Zustimmung sollte die Schranke gegen einseitiges sowjetisches Vorgehen liegen. Aber da nach der Zustimmung des bedrohten Staates nicht gefragt wurde, konnte ihm der Beistand auch gegen seinen Willen aufgezwungen werden. Auch wenn die Baltischen Staaten nicht im Entwurf genannt wurden, so hätte sich eine solche „Hilfe“ gerade bei ihnen besonders verhängnisvoll auswirken müssen, denn für sie kam nur ein Eingreifen der Sowjetunion in Betracht, mit all den Folgen, die dieses unweigerlich nach sich ziehen mußte.

Noch weiter gingen England und Frankreich in der Formel vom 17. Juni, indem sie die Konsultationsklausel aufgaben. Jede der drei Vertragsmächte sollte das Recht haben, festzustellen, daß die Aggression einer europäischen Macht gegen einen anderen europäischen Staat die Sicherheit einer der Vertragsmächte bedrohe. Diese Feststellung würde genügen, den gegenseitigen Beistand auszulösen. Damit wären die Baltischen Staaten schutzlos der Willkür der Sowjetunion ausgeliefert worden.

Aber auch diese Formel befriedigte die Sowjetunion nicht. Ebensoviel wie an der Sicherung ihrer Grenzen durch eine Abmachung mit England und Frankreich lag ihr ohne Zweifel an der Schaffung einer Grundlage für die in jedem Fall zu verwirklichende gewaltsame Rückgliederung der Baltischen Staaten.

Wohl um England und Frankreich zum Nachgeben zu bewegen, erschien am 29. Juni in der „Pravda“ ein äußerst scharf gehaltener Artikel mit der Überschrift „Die britische und die französische Regierung wünschen keinen Pakt auf gleichem Fuß mit der Sowjetunion“. England und Frankreich, so hieß es da, hätten überhaupt nicht die Absicht, mit der Sowjetunion einen Vertrag auf der Grundlage von Gleichheit und Gegenseitigkeit zu schließen. Sie verhandelten nur zu dem Zweck, „vor der öffentlichen Meinung im eigenen Lande Klagen über die angeblich un-nachgiebige Haltung der Sowjetunion zu führen und sich so den Weg zu einem Geschäft mit den Aggressoren zu ebnen“. Diese nächsten Tage mußten zeigen, ob es so sei oder nicht. Als am 21. Juni Seeds und Naggiar feststellen mußten, daß Molotow auch auf die zweite Formel nicht eingehen würde, machte der Franzose von sich aus einen noch mehr entgegenkommenden Vorschlag, den er als Anregung beiläufig bereits am 2. Juni vorgebracht hatte (BrFP. V, Nr. 697, Abs. 4, S. 754). Er fragte Molotow, ob für die Sowjetunion eine Aufzählung der Staaten, denen Beistand erwiesen werden sollte, in einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten ergänzenden Aufzeichnung, einem sogenannten Protokoll, annehmbar wäre. Die

Sowjetunion stimmte dem Vorschlag in den ersten Tagen des Juli zu (BrFP. VI, Nr. 207, Abs. 3, S. 230. – Nr. 226, S. 251), und Frankreich gelang es, auch England zur Bewilligung einer Geheimliste als zweiter Möglichkeit zu bewegen (BrFP. VI, Nr. 171, Abs. 5, S. 194).

Indem die Verhandlungen sich so seit dem 1. Juli auf die Geheimliste der schutzbedürftigen Staaten zuzuspitzen schienen (BrFP. VI, Nr. 207, Abs. 3, S. 230), stellte Molotow seinerseits eine neue Forderung: in der englisch-französischen Formel sei nur von einer direkten Aggression die Rede; es müsse aber auch eine „indirekte“ Aggression berücksichtigt werden (BrFP., das., Abs. 9, S. 231 f.).

Ehe dieser zweite Hauptpunkt zu erörtern ist, muß man sich klar machen, was das vorgeschlagene Geheimprotokoll für die schutzbedürftigen Staaten, darunter auch die Baltischen, bedeutet hätte. Es lag darin die Preisgabe des bis dahin vor allem von England, aber auch von Frankreich vertretenen Grundsatzes, daß Garantien und Hilfeleistung für bedrohte Staaten deren Zustimmung oder Bitte zur unabdingbaren Voraussetzung haben müßten. Die Aufnahme der schutzbedürftigen Staaten in die Liste des Geheimprotokolls wäre natürlich ohne ihr Wissen vor sich gegangen, denn sonst brauchte die Liste ja nicht geheim zu sein. Aber auch schon der tatsächliche Beistand ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der bedrohten Staaten hätte allein von dem Gutdünken der drei Vertragsmächte abgehungen.

Am 3. Juli übergab Molotow seinen Verhandlungspartnern den sowjetischen Gegenentwurf zu Artikel 1 und dem Geheimprotokoll (BrFP. VI, Nr. 226, S. 251)¹⁵. Da für letzteres die Liste der früher genannten acht Staaten akzeptiert wurde, lag der Schwerpunkt auf der Forderung, eine indirekte Aggression in die Beistandspflicht einzuschließen. Und zwar wird diese definiert als „ein innenpolitischer ‚coup d'état‘ oder eine Änderung der Politik zugunsten des Aggressors“ (BrFP. VI, Nr. 227, S. 251 f.).

Halifax erklärte am 6. Juli diese sowjetische Definition für „völlig unannehmbar“ und schlug eine neue Formel vor (BrFP. VI, Nr. 253, Abs. 4, S. 277). Am 12. Juli teilte er Seeds ergänzend mit, daß in der britischen Formel auch die indirekte Aggression erwähnt werden könne (BrFP. VI, Nr. 298, Abs. 9, S. 335). Die Definition, die er am 6. Juli vorschlug, lautete:

„It is understood between the three contracting Governments that Article 1 of the Agreement between them signed today will apply to the following European States, and that the word ‚aggression‘ (direct or indirect) is to be understood as covering action accepted by the State in question under threat of force by another Power and involving the abandonment by it of its independence or neutrality (list of States).“

Molotow empfing Seeds und Naggiar am 8. und 9. Juli. Bei der ersten Unterredung übergaben die beiden Botschafter Molotow von neuem einen vollständigen Entwurf des Vertrages. Er enthielt Artikel 1 und das Geheimprotokoll in der sprach-

¹⁵ Die Übergabe fand am 3., nicht am 4. Juli statt (Nr. 226, S. 251, Anm. 2). Am 4. Juli um 1 Uhr nachts ging bloß der Bericht von Seeds ab. Ebenso steht es mit der zweiten sowjetischen Formel, die am 9. Juli überreicht wurde.

lich leicht geänderten Fassung vom 1. und 6. Juli und die übrigen Artikel mit leichten Abweichungen vom früheren Text (BrFP. VI, Nr. 279, Abs. 1, S. 308). Am 9. Juli erklärte Molotow, er bestehe auf der Unterscheidung zwischen direktem und indirektem Angriff, und übergab zugleich einen neuen offiziellen Entwurf des Geheimprotokolls, dessen Abs. 3 nunmehr „indirekte Aggression“ folgendermaßen definierte:

„The expression ‚indirect aggression‘ covers action accepted by any of the above-mentioned States under threat of force by another Power, or without any such threat, involving the use of territory and forces of the State in question for purposes of aggression against that State or against one of the contracting parties, and consequently involving the loss of, by that State, its independence or violation of its neutrality“ (BrFP. VI, Nr. 282, S. 313).

Zugleich brachte Molotow einen dritten Hauptpunkt vor mit der Forderung, daß der Dreimächtepakt und das in ihm vorgesehene Militärabkommen gleichzeitig unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden sollten (BrFP. VI, Nr. 281, Abs. 6, S. 311f.).

Es wirkt zunächst befremdend, daß die Sowjetunion plötzlich ihre weitgreifende Bestimmung der indirekten Aggression vom 3. Juli am 9. Juli durch eine enge, auf einen einzigen Fall beschränkte ersetzte. Man greift wohl nicht fehl in der Annahme, daß dies durch die Ende Juni umgehenden Gerüchte über die Möglichkeit deutscher militärischer Maßnahmen in den Baltischen Staaten hervorgerufen worden ist¹⁶. Um ihre Forderungen leichter durchzudrücken, verlangte die Sowjetunion vorläufig nur das im Augenblick für sie Notwendigste, wobei die Formulierung „without any such threat“ doch alle Möglichkeiten offen hielt.

Mit den Gegenvorschlägen Molotows vom 3. Juli begann der letzte Abschnitt der Verhandlungen. Er steht vor allem im Zeichen der Bestimmung der indirekten Aggression, wozu dann noch die Militärverhandlungen treten. Für sie wurde von London die Instruktion gegeben „to go very slowly . . . watching the progress of the political negotiations“ (27. Juli; BrFP. VI, App. V, S. 768 – Hg.).

Diese politischen Verhandlungen selbst waren also noch durchaus offen, und es ist klar, wie zentral der Unterschied in der Definition des indirekten Angriffs war. Während England und Frankreich ein Eingreifen der drei Mächte nur dann zulassen wollten, wenn eine Gewaltandrohung des Aggressors die Unabhängigkeit oder Neutralität des angegriffenen Staates gefährdete, sah die Sowjetunion die Möglichkeit vor, rein willkürlich einzuschreiten, und zwar sogar auch gegen die schutzbedürftigen Staaten selbst, denn ein „Aggressor“ brauchte ja überhaupt nicht vorhanden zu

¹⁶ Es wäre von großem geschichtlichen Interesse festzustellen, wieweit diese Gerüchte der Wahrheit entsprachen. Von estnischer Seite wird heute bestritten, daß damals irgendwelche Angebote militärischen Beistandes an Estland gemacht worden seien. Die Gerüchte habe vielmehr die nationalsozialistische Propaganda ausgesprengt, um zu beweisen, wie besorgt Hitler um das Schicksal der Baltischen Staaten gewesen sei. Klarheit können in die ganze Frage nur Aussagen unmittelbar beteiligter Personen bringen, vorausgesetzt, daß von Deutschland an die Baltischen Staaten und im besonderen an Estland wirklich Beistandsangebote gemacht worden sein sollten. (Vgl. dazu die Hinweise in der in der Vorbem. des Herausgebers genannten Abhandlung in der Herzfeld-Festschrift, S. 612, Anm. 30.)

sein. England wollte weiter durch seine Formel einer Einmischung in die inneren Verhältnisse der betreffenden Staaten vorbeugen, deren Unabhängigkeit und Neutralität ja gerade geschützt werden sollten (BrFP. VI, Nr. 298, Abs. 1, S. 333). Halifax erklärte daher Molotows Formel vom 9. Juli wiederum für unannehmbar; die englisch-französische Formel vom 6. und 12. Juli sei die äußerste Grenze, bis zu der England und Frankreich in der Bestimmung der indirekten Aggression gehen könnten. Dem Wortlaut nach könne sie geändert werden, dem Inhalt nach aber nicht (BrFP. VI, Nr. 298, Abs. 8, S. 334f.).

Ein zweiter, weniger wichtiger Unterschied zwischen den beiden Begriffsbestimmungen ergab sich aus dem Bestreben Molotows, die Art des Vorgehens festzulegen, durch das der „Aggressor“ einen der schutzbedürftigen Staaten zur Aufgabe seiner Unabhängigkeit oder Neutralität zwingen könnte. In der sowjetischen Definition war dieses die Ausnutzung des Gebietes und der Streitkräfte des betreffenden Staates zu einer Aggression gegen ihn selbst oder gegen eine der Vertragsmächte. In der englischen Formel wurde nur vom Verlust der Unabhängigkeit oder Neutralität gesprochen. Daher erklärte Molotow am 17. Juli, die englisch-französische Bestimmung der indirekten Aggression sei zu unklar und zu eng. Da die sowjetische Formel auf einen Beschluß der Regierung der Sowjetunion zurückgehe, ließ Molotow sich auf keinerlei Auseinandersetzungen über sie ein (BrFP. VI, Nr. 338, Abs. 3, S. 375). Bei diesen Gegensätzen blieb es, obwohl das französische Außenministerium, geradezu von einer Panik ergriffen, England dringend zum Nachgeben zu bewegen suchte. Bonnet teilte Corbin telefonisch mit, daß er sich gezwungen sehe, der sowjetischen Bestimmung der indirekten Aggression zuzustimmen (S. 198). Am 19. Juli erklärte die französische Botschaft in London der britischen Regierung, daß die Zustimmung zur sowjetischen Formel einem Abbruch der Verhandlungen vorzuziehen sei, und bat sie, unverzüglich entsprechende Weisungen nach Moskau zu übermitteln (BrFP. VI, Nr. 357, Abs. 2 und Schluß, S. 396 und 397).

Währenddem hielten die Baltischen Staaten auch im Juli an der strengen Ablehnung jeglicher Garantien fest. Sie verfolgten ihre Politik der strikten Neutralität weiter, d. h. sie hüteten sich sorgfältig vor dem Anschluß an irgendeine ideologische oder politische Mächtigkeitsgruppe. – Auf englischer Seite gab man zwar dem französischen Druck nicht nach, erklärte sich aber bereit (23. Juli), Dreimächtepakt und Militärabkommen gleichzeitig abzuschließen, und am 25. Juli ermächtigte Halifax Seeds, auch auf die neue, von Molotow vorgebrachte Forderung nach sofortigem Beginn militärischer Besprechungen einzugehen (BrFP. VI, Nr. 414, Abs. 5 und 6, S. 457. – Nr. 435, Abs. 1, S. 478). Nach Empfang der ersten Mitteilung stellte Molotow überraschenderweise fest, daß die Meinungsverschiedenheiten über Artikel 1 und das Geheimprotokoll doch keine „unüberwindlichen Schwierigkeiten“ darstellten; es bestünden bloß „geringe Unterschiede der Gesichtspunkte“, und die Sowjetregierung sei der Meinung, daß diese Fragen „leicht“ erledigt werden könnten (BrFP. VI, Nr. 414, Abs. 5, 6, 8 und 10, S. 456–458). Durch diese Erklärung meinte Molotow wohl der britischen und der französischen Regierung die Zustimmung zum sofortigen Beginn militärischer Besprechungen zu erleichtern.

Am 29. Juli übersandte dann Strang einen Vertragsentwurf vom 23. Juli in englischer und französischer Sprache. Als noch strittig bezeichnete er die Bestimmung der indirekten Aggression in Artikel 1 und die Konsultationsklausel im Geheimprotokoll. Diese besagte, daß im Fall einer Aggression gegen einen in der Geheimliste (von acht Staaten) nicht genannten Staat die drei Vertragsmächte zu einer Beratung über die zu ergreifenden Maßnahmen zusammentreten sollten (BrFP. VI, Nr. 493, S. 539–542).

Die etwas unklare Darstellung von Bonnet (S. 201) hat (so in der älteren Abhandlung von Meißner) zu der Annahme geführt, der Vertragsentwurf sei am 24. Juli paraphiert worden. Jedoch betont Bonnet in der ausführlichen Inhaltsangabe der einzelnen Kapitel am Ende seines Buches ausdrücklich: „Le 23 juillet, l'accord politique est enfin réalisé. . . Va-t-on parapher l'accord politique désormais terminé? Non. Molotow demande d'attendre la fin des conversations entre militaires.“ (S. 424.) Auch sind in den einleitenden Worten Bonnets zur französischen Fassung des Vertragsentwurfs (S. 401) die Worte „nous devons même“ (le parapher) mit „wir sollten sogar“ oder allenfalls mit „wir waren sogar bereit“, aber nicht mit „wir mußten sogar“ zu übersetzen. Bonnets Buch erschien 1948, und damit verlieren die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten E. Daladier aus dem Jahre 1946 in der „Minerve“ vom 4. April und in der französischen Verfassungsgebenden Versammlung am 18. Juli, der Entwurf sei paraphiert worden, völlig an Bedeutung¹⁷. Der von Bonnet gebotene Vertragsentwurf ist wohl als Zusammenfassung all der Punkte anzusehen, über die, nach Naggiars Meinung, eine Einigung erzielt worden war. Nach Molotows Erklärung vom 23. Juli glaubte er offenbar, daß auch die Bestimmung der indirekten Aggression zu diesen Punkten gerechnet werden könne. Die Konsultationsklausel dagegen, zu der Molotow sich nicht geäußert hatte, läßt Naggiar weg. Weshalb er Litauen in der Staatenliste nennt, bleibt unklar.

Daß in der Frage der Bestimmung einer indirekten Aggression keine Einigung erzielt worden war, zeigt auch der weitere Verlauf der Verhandlungen. Als Molotow am 27. Juli von Seeds und Naggiar die Mitteilung über den Beschluß der britischen und der französischen Regierung erhielt, sofort militärische Besprechungen in Moskau zu beginnen (BrFP. VI, Nr. 473, Abs. 1, S. 521), wurde er in der Frage der indirekten Aggression sogleich zurückhaltender (das., Abs. 1–9, S. 521f.). Am 2. August fand eine weitere Unterredung Molotows mit Seeds, Naggiar und Strang statt, die ihre letzte blieb. Molotow war abweisend und kalt und erklärte zweimal, er habe keine neuen Vorschläge zu machen (BrFP. VI, Nr. 525, Abs. 7 und 15, S. 572 und 573). Aber auch Seeds und Naggiar blieben fest, und so endete die Unterredung ohne jedes Ergebnis. Seeds schloß seinen Bericht mit der Feststellung, Molotow sei ein anderer gewesen als bei der vorhergehenden Unterredung, und die Verhandlungen hätten einen schweren Rückschlag erlitten (das., Abs. 20, S. 574). In

¹⁷ Documents on International Affairs 1939–1946, Vol. I, March–Sept. 1939, S. 429. – Die Nichtparaphierung hebt auch v. Rimscha hervor (a. a. O., S. 299). – Die noch bestehende Strittigkeit des Begriffs „indirekte Aggression“ wird in den Strang-Texten durch die zweimalige Anmerkung bezeugt: „Anglo-French draft: still under discussion.“ (Hg.)

Erwartung des Beginns der militärischen Besprechungen setzten die politischen aus, ohne daß eine gemeinsame Formel zur Bestimmung der indirekten Aggression gefunden worden war (BrFP. VI, Nr. 527, Abs. 1, S. 575). Am 7. August kehrte Strang nach London zurück¹⁸.

Während der Verhandlungen mit England und Frankreich hatte die Sowjetunion natürlich auch ihre Beziehungen zu Deutschland nicht aus dem Auge gelassen. Mitte Juni gab der zeitweilige sowjetische Geschäftsträger in Berlin Astachow durch den bulgarischen Gesandten der deutschen Regierung auf Umwegen zu verstehen, daß der Sowjetunion „gefühlsmäßig“ eine „Annäherung an Deutschland am nächsten“ liege. Hindernd sei aber die Furcht vor einem deutschen Angriff entweder durch die Baltischen Staaten oder durch Rumänien. . . . Wenn Deutschland die Erklärung abgeben wollte, daß es die Sowjetunion anzugreifen nicht beabsichtige oder mit ihr einen Nichtangriffspakt abschliesse, so würde die Sowjetunion wohl von dem Vertragsabschluß mit England absehen. Die Sowjetunion wisse aber nicht, was Deutschland eigentlich wolle (DtAP. VI, Nr. 529, S. 607 f.). Am 28. Juni hatte dann Schulenburg eine Unterredung mit Molotow; auf seinen Bericht hin erhielt er vom Auswärtigen Amt am 30. Juni die Mitteilung, „daß auf politischem Gebiet nunmehr bis auf weitere Weisung genügend gesagt sei“ und daß „im Augenblick das Gespräch“ von deutscher Seite „nicht wieder aufzunehmen wäre“. Über die Wirtschaftsverhandlungen seien „Instruktionen abzuwarten“ (DtAP. VI, Nr. 588, S. 680).

Diese kamen allmählich in Gang; am 22. Juli brachte die Sowjetpresse eine amtliche Meldung darüber (DtAP. VI, Nr. 699, S. 802). Unterdessen war man in Deutschland zu der Überzeugung gelangt, daß es notwendig sei, auch die politischen Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Ribbentrop erklärte am 18. August Schulenburg: Das deutsch-sowjetische Verhältnis müsse vor dem drohenden Ausbruch eines deutsch-polnischen Konflikts geregelt werden (DtAP. VII, Nr. 113, S. 100–102). Auch den bevorstehenden Militärbesprechungen zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion kam bei diesen Erwägungen ohne Zweifel ihre Bedeutung zu. So ist es denn jetzt Deutschland, das Verhandlungen mit der Sowjetunion über politische Fragen in die Wege zu leiten beginnt und sie allmählich immer heftiger vorwärts treibt. Schon am 22. Juli war Schulenburg mitgeteilt worden, daß die am 30. Juni für politische Gespräche vorgeschriebene „Wartezeit“ nunmehr abgelaufen sei. Er wurde ermächtigt, „ohne irgendwie zu drängen, den Faden . . . wieder weiter zu spinnen“ (DtAP. VI, Nr. 700, S. 803).

Welche Rolle spielten dabei die Baltischen Staaten? Am 26. Juli hatte der Leiter des Referats Osteuropa der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. K. Schnurre, eine Unterredung mit Astachow und dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin, Babarin (DtAP. VI, Nr. 729, S. 846–849). Er erklärte dabei, „die Wiederherstellung guter politischer Beziehungen“ zwischen Deutschland

¹⁸ Schultheß a. a. O. 1939, S. 545. – Am 31. Juli hatte der Vertreter des britischen Außenministers, Mr. Butler, die Summe gezogen: „Die Hauptfrage ist, ob wir die Unabhängigkeit der Baltischen Staaten beeinträchtigen sollten. Wir sind uns darüber . . . einig, daß wir dies nicht tun sollten.“ (BrFP. VI, Nr. 530, S. 578. – Hg.).

und der Sowjetunion durch „eine Neuordnung unter Berücksichtigung der beiderseitigen lebenswichtigen politischen Interessen“ sei durchaus möglich. Denn „außenpolitische Gegensätzlichkeiten, die eine solche Ordnung . . . ausschließen, beständen . . . auf der ganzen Linie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und dem Fernen Osten nicht“ (Abs. 1, S. 847). In bezug auf die Baltischen Staaten begnügte sich Schnurre mit dem Hinweis, daß Deutschland die „Integrität der Baltischen Staaten und Finnlands respektieren“ würde (Abs. 3, S. 848).

Aber auch der Sowjetunion war an einer Bereinigung ihrer Beziehungen zu Deutschland viel gelegen. Ende Juli war in ihr von neuem die Furcht vor einer Verständigung zwischen England und Deutschland erwacht. Anlaß dazu waren die Besprechungen, die Ministerialdirektor Wohlthat vom Amt des Beauftragten für den deutschen Vierjahresplan hauptsächlich über wirtschaftliche, aber auch über wichtige politische Fragen in London geführt hatte und über die – durch die Schuld eines englischen Verhandlungspartners – entstellende Nachrichten in die Presse gelangt waren (DtAP. VI, Nr. 698, S. 802. – Nr. 708, S. 813. – Nr. 716, S. 823–828).

So berichtete Schulenburg am 3. August, daß Molotow „aus seiner sonstigen Reserve“ herausgetreten sei und sich „ungewöhnlich aufgeschlossen“ gezeigt habe (DtAP. VI, Nr. 766, Anf. S. 892). Sein Eindruck war, daß „die Erklärungen über das Baltikum“ Molotow „bis zu einem gewissen Grade befriedigt“ hätten. Nur wünsche dieser zu wissen, ob von deutscher Seite auch Litauen zu den Baltischen Staaten gerechnet werde (DtAP. VII, Nr. 61, Abs. 3, S. 55). Über seine Antwort sagt Schulenburg nichts. Zusammenfassend meint er, daß die Sowjetunion „entschlossen“ sei, „mit England und Frankreich abzuschließen, falls diese sämtliche sowjetischen Wünsche erfüllen“ würden (DtAP. VI, Nr. 766 Schluß, S. 894). In der Tat trafen die englische und die französische Militärmission am 11. August in Moskau ein. Am 12. begannen die Besprechungen mit den militärischen Vertretern der Sowjetunion (BrFP. VII, Nr. 45, Abs. 2 und 5, S. 45 und 46)¹⁹.

Deutschland entwickelte nunmehr eine fieberhafte Rührigkeit, um zu einer politischen Verständigung mit der Sowjetunion zu gelangen. Nach Weisung Ribbentrops sollte Schulenburg Molotow mündlich eine längere Mitteilung machen und vor allem darauf hinweisen, daß es „zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine Frage gebe“, die „nicht zur Zufriedenheit beider Länder geregelt werden könnte“. Zur schnelleren „Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses“ sei Ribbentrop bereit, „zu einem kurzen Besuch nach Moskau zu kommen“ (DtAP VII, Nr. 56, Abs. 2 und 6, S. 51 und 52). In der daraufhin stattfindenden Unterredung mit Molotow am 15. August (DtAP. VII, Nr. 70, S. 63f. – Nr. 79, S. 72–75. – Nr. 88, S. 82f.) war, wie Schulenburg meldete, der sowjetische Außenminister „ganz außerordentlich entgegenkommend und aufgeschlossen“ (Nr. 88, S. 82f.), habe aber u. a. ergänzend wissen wollen, wie Deutschland zu einem Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion stehe und ob eine „etwaige gemeinsame Garantierung der Baltenstaaten in den Bereich deutscher Erwägungen“ gehöre (Nr. 70, S. 64).

¹⁹ Am 15. August wurde von London aus die Instruktion, „langsam zu gehen“ (s. o.), widerrufen. (BrFP. VII, Nr. 6, S. 8. – Hg.)

Auf seinen Bericht erhielt Schulenburg die Weisung, sofort eine neue Unterredung mit Molotow herbeizuführen. Er solle Deutschlands Bereitschaft erklären, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt zu schließen und „die Baltischen Staaten gemeinsam mit der Sowjetunion zu garantieren“. Ribbentrop könne jederzeit vom 18. an im Flugzeug nach Moskau kommen (DtAP. VII, Nr. 75, S. 70). Die neue Unterredung Schulenburgs mit Molotow fand am 17. August statt (DtAP. VII, Nr. 92, S. 85). Dabei überreichte Molotow die offizielle Antwort der Sowjetregierung auf die Mitteilungen Schulenburgs vom 15. August. Es heißt dort u. a.: „Für die Herstellung neuer verbesserter politischer Beziehungen“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion seien „die Voraussetzungen“ vorhanden. Der erste Schritt dazu könnte der Abschluß eines „Handels- und Kreditabkommens“ sein. Der zweite wäre der Abschluß eines Nichtangriffspaktes oder „die Bestätigung des Neutralitätspaktes von 1926“. Auf die weiteren Einzelheiten der Verhandlung braucht hier nicht eingegangen zu werden. Betont sei, daß am 19. August Schulenburg beauftragt wurde, auch Hitlers Einverständnis mit dem Gedanken eines Nichtangriffspaktes und der Garantierung der Baltischen Staaten zu erklären (DtAP. VII, Nr. 113, S. 100–102). Am gleichen Tage war in Berlin der Handels- und Kreditvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion unterzeichnet worden (DtAP. VII, Nr. 131, S. 118–123. – Nr. 135, S. 127), und am 21. nachts erfolgte in Berlin und am 22. morgens in Moskau die Mitteilung über den bevorstehenden Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden Mächten (BrFP. VII, Nr. 153, S. 132)²⁰.

Ribbentrop traf am 23. August vormittags in Moskau ein. Am frühen Nachmittag fand die erste Besprechung unter Teilnahme von Stalin statt. Als „entscheidender Punkt für das Endergebnis“ stellte sich die Forderung Stalins heraus, „die Häfen Libau und Windau“ als „Interessensphären“ der Sowjetunion „anerkannt zu sehen“. Von deutscher Seite waren also Finnland, Estland und das nördliche Lettland bis zur Düna als sowjetische Interessensphäre vorgeschlagen worden²¹. Indem Stalin Libau und Windau forderte, ging er im Baltikum aufs Ganze. Bekanntlich stimmte nach telefonischer Rückfrage Hitler auf gleichem Wege bedingungslos der Forderung Stalins zu (DtAP. VII, Nr. 210, S. 187). So wurde nach einer zweiten Besprechung in der Nacht zum 24. der Vertrag unterzeichnet. Er bestand aus einem Nichtangriffspakt, auf den wir nicht einzugehen brauchen, und einem „geheimen Zusatzprotokoll“ vor allem zur „Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären“ in Osteuropa „für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung“ (Nichtangriffspakt: RGBl. 1939, II, S. 968 f. – Zusatzprotokoll: DtAP. VII, Nr. 229, S. 206). In den Baltischen Staaten sollte die sowjetische „Interessensphäre“ einschließlich Finnlands bis zur nördlichen Grenze Litauens reichen, wobei dessen Interesse am Wilnaer Gebiet anerkannt wurde.

Die politischen Verhandlungen mit England und Frankreich wurden danach

²⁰ Schultheß a. a. O. 1939, S. 160 und 546.

²¹ Wenn in den Vorverhandlungen von „gemeinsamer Garantie“ der Baltischen Staaten die Rede gewesen war, so suchte Ribbentrop zunächst noch mit der Dünagrenze eine Teilung durchzusetzen. (Hg.)

natürlich nicht mehr aufgenommen. Die militärischen waren am 22. August von der Sowjetunion abgebrochen worden, weil Polen sich weigerte, im Fall eines Krieges mit Deutschland sowjetischen Truppen das Durchmarschrecht zu gewähren (BrFP. VII, Nr. 164, S. 141 und Nr. 165, S. 142f.). – Die Verhandlungen mit Deutschland hingegen machten in einem neuen geheimen Zusatzprotokoll am 28. September auch noch Litauen zur sowjetischen „Interessensphäre“²²).

Es ist von Meißner 1952 auf noch unzureichender Quellengrundlage die Ansicht vertreten worden, von England und Frankreich „sei bereits der Preis festgesetzt“ gewesen, den „auch Hitler“ habe „bieten“ müssen (a. a. O., S. 299). Insbesondere „mit der Aufnahme der Baltischen Staaten in das geheime Zusatzprotokoll“ (vom 1., 6. und 23. Juli) hätten England und Frankreich „faktisch die Baltischen Staaten – und damit auch Finnland – als Bestandteil der sowjetischen Interessensphäre anerkannt“ (S. 248). Auch nach dem jetzt vorliegenden Material hat Meißner noch geglaubt, von der Anerkennung einer „Vormachtstellung“ der Sowjetunion in Finnland, Estland, Lettland und Litauen durch England und Frankreich sprechen zu können (S. 48). Dem ist schon von Rimscha (a. a. O., S. 281 ff.) entgegengetreten worden.

In der Tat kann von solcher Anerkennung als vollzogen nicht die Rede sein. Wie wir sahen, verlangte Molotow für die drei Vertragsmächte – wobei jedoch eigentlich nur die Sowjetunion in Betracht kam – das Recht, in Finnland, Estland und Lettland sogar auch dann einzugreifen, wenn keine Gewaltandrohung eines Angreifers vorlag. Es brauchten von der Sowjetunion nur Scheingründe vorgebracht zu werden – etwa, daß diese Staaten Vorbereitungen dazu trafen, ihr Territorium oder ihre Streitkräfte einem künftigen „Agressor“ zur Verfügung zu stellen. England und Frankreich wollten diesen „Preis“ nicht zahlen, ein Eingreifen sollte nur bei einer Gewaltandrohung eines „Aggressors“, im gegebenen Falle Deutschlands, zulässig sein, und der angegriffene Staat mußte sich dabei zu einem Verhalten gezwungen sehen, durch das er seine Unabhängigkeit oder Neutralität preisgeben würde. Das ist das Gegenteil einer offenen oder verhüllten Anerkennung der drei Staaten als „Interessensphäre“ der Sowjetunion, worunter in deren Terminologie die „Freiheit der Besitznahme“ zu verstehen ist, wie Rimscha treffend dargelegt hat (S. 294). Die die Baltischen Staaten betreffenden Angebote Englands und Frankreichs haben also keinerlei Rolle bei der Festlegung des Preises gespielt, der von Hitler der Sowjetunion „gezahlt“ wurde.

Zum gleichen Ergebnis führt es, wenn man die Einbeziehung der Baltischen Staaten in das Geheimprotokoll vom 23. August 1939 verfolgt. Zum erstenmal in den Verhandlungen Deutschlands mit der Sowjetunion werden die Baltischen Staaten in der Unterredung von Schnurre mit Astachow vom 26. Juli erwähnt. Hier wird nur gesagt, daß Deutschland die „Integrität“ dieser Staaten achten würde.

²² Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1948 bis zur Gegenwart, Bd. V, Nr. 46a, S. 131–133.

Sobald aber Molotow im weiteren Verlauf der Verhandlungen konkretere Forderungen stellt, gibt Hitler jedesmal ohne weiteres nach. Zunächst sollten die drei Staaten Garantien erhalten, dann verlangte Molotow ein geheimes Zusatzprotokoll, und Hitler stimmte allem zu. Nirgends ist ein Hinweis darauf zu finden, daß er sich dabei von dem Verlauf der Verhandlungen Englands und Frankreichs mit der Sowjetunion beeinflussen ließ. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt der Schlußakt seine Bedenkenlosigkeit. Wie wir sahen, waren in Ribbentrops Entwurf des Geheimprotokolls am 23. August als deutsche „Interessensphäre“ die Gebiete südlich der Düna vorgesehen. Stalin forderte aber auch noch Kurland für die Sowjetunion. Sofort erhielt er die bejahende Antwort Hitlers. Es kam diesem vor allem darauf an, überhaupt eine Verständigung mit der Sowjetunion zu erreichen, bevor er Polen angriff. Stalin und Molotow wußten das und gingen mit immer neuen Forderungen vor. Wenn – nach Kleist – Ribbentrop während eines Abendessens in der deutschen Botschaft am 23. August beiläufig gesagt haben soll, die Baltischen Staaten seien von England und Frankreich bereits „restlos an die Sowjets verkauft worden“²³, so war das ein Rechtfertigungsversuch mit untauglichen Mitteln.

Eine andere Frage aber ist, ob England seinen Standpunkt nicht schließlich noch geändert und der Sowjetunion nachgegeben hätte, falls die politischen Verhandlungen fortgesetzt worden wären. Am 17. August übersandte Halifax Seeds vier neue Formulierungen zur Bestimmung der „indirekten“ Aggression (BrFP. VII, Nr. 43, S. 42–44. – Nr. 44, S. 44f.: Text der Formeln). Im Text unterscheidet man zwei Teile, von denen der erste in allen vier Formeln unverändert bleibt: nach ihm ist die indirekte Aggression eine „action by a European Power which clearly threatened, directly or indirectly, the independence of the State concerned and was resisted by that State“. Halifax hielt hier also nach wie vor daran fest, daß von einer direkten oder indirekten Aggression, bei der dem angegriffenen Staat Beistand geleistet werden müsse, nur dann die Rede sein könne, wenn eine Gewaltandrohung des Angreifers vorliege. Im zweiten Teil der Formeln wird die Gewaltandrohung näher bestimmt. Sie kann „offen“ oder „verhüllt“ sein (threat of force, overt or covert – zweiter Teil der ersten und vierten Formel). Zu alledem war Halifax bereit, im zweiten Teil der ersten Formel die Gewaltandrohung durch den schwer faßbaren Begriff „Druck“ (pressure) zu ersetzen. Im zweiten Teil der dritten Formel wird nur von den Umständen gesprochen, unter denen die Tschechoslowakei im März 1939 von Deutschland zur Unterwerfung gezwungen wurde. Molotow sind diese Formeln nicht vorgelegt worden, da die politischen Verhandlungen Englands und Frankreichs mit der Sowjetunion nicht mehr fortgesetzt wurden. Wenn Halifax auch an der Forderung des Tatbestandes einer Gewaltandrohung noch festhielt, so läßt sich doch nicht leugnen, daß er diesen Begriff in seinen letzten vier Formeln außerordentlich verwässert hat.

In der Tat hat W. Strang in seinem Erinnerungsbuch von 1956 erklärt, er glaube, daß ein Kompromiß in der Bestimmung der indirekten Aggression gefunden wor-

²³ Kleist a. a. O., S. 58.

den wäre, falls die militärischen Verhandlungen zu einem Resultat geführt hätten²⁴. Die politischen Verhandlungen seien bloß ausgesetzt, nicht aber aufgegeben worden. Die Lösung der unentschieden gebliebenen wichtigen Frage hätte nicht mehr Schwierigkeiten verursacht als die Lösung anderer hartnäckiger Meinungsverschiedenheiten während der Verhandlungen. Man mag darin ein Stück Selbstverteidigung eines erfolglos gebliebenen Diplomaten erblicken, aber mit Recht betont auch Strang, daß die vier letzten Formeln von Halifax den Begriff der Gewaltandrohung wesentlich entkräftet und sich dem Standpunkt der Sowjetunion stark angenähert hätten (S. 190).

Der Zweifel ist daher kaum abzuweisen, ob nicht auch England – wie Frankreich schon bereit war, dies zu tun – die schiefe Bahn des Nachgebens der Sowjetunion gegenüber bis ans Ende gegangen wäre. Das führt indessen auf das Gebiet der Spekulation. Was historisch feststeht, ist, daß bis zur Unterbrechung der politischen Verhandlungen mit der Sowjetunion England bemüht war, bei seiner Bestimmung des Begriffs Aggression eine Formulierung zu finden, deren Auslegung der Sowjetunion keine Möglichkeit geboten hätte, sich in die inneren Verhältnisse der in der Geheimliste angeführten Staaten nach eigener Willkür einzumischen. Das nationalsozialistische Deutschland hatte hingegen keinerlei Skrupel, leichter Hand und ohne Bedenken Länder des westeuropäischen Kulturkreises wie Finnland, Estland, Lettland und Litauen dem Bolschewismus preiszugeben. Und zu welchem Zweck geschah das! Zunächst, um unter dem Schutz wohlwollender bolschewistischer Neutralität ein weiteres westeuropäisches Land – Polen – zu überfallen und mit der Sowjetunion zu teilen, dann aber, um dem nationalsozialistischen Deutschland im Kampf mit dem übrigen Europa den Rücken zu sichern.

Keiner der beiden Vertragschließenden hat wohl dem anderen getraut. Für die Annahme Kleists jedoch, daß Hitler bereits beim Abschluß des Vertrages vom 23. August die Absicht gehabt hätte, die der Sowjetunion abgetretenen Gebiete zurückzuerobern²⁵, fehlt jegliche konkrete Unterlage. Die nächste Wirkung jedenfalls war, daß sich für Stalin der Deich nach Westen öffnete. Und neben Polen waren die Baltischen Staaten das erste Opfer dieses Dammbruchs.

Ihre Tragik bestand darin, daß sie gemäß der geographischen Lage in den Brennpunkt der Berührung des europäischen Nordostens mit dem Westen rückten. Sie waren weder imstande, die Politik der bestimmenden Großmächte zu beeinflussen, denn dazu war ihr politisches Gewicht zu gering, noch konnten sie aus eigener Kraft ihre Unabhängigkeit verteidigen. Sie hatten sich dem Völkerbund angeschlossen, dessen Mitglieder zu gegenseitigem Beistand verpflichtet waren, und vertrauten auf die Möglichkeit eines organisierten Friedens. Aber der Völkerbund zerfiel, und Europa bot bald das Bild einander befehdender Staaten und Staatengruppen. So sahen die Baltischen Staaten nach dem Abschluß der deutsch-sowjetischen Verträge vom August und September 1939 sich schutzlos der Willkür ihrer beiden großen Nachbarn ausgesetzt.

²⁴ Strang, *Home and Abroad*, London 1956, S. 189.

²⁵ Kleist, *Auch Du warst dabei*, Heidelberg 1952, S. 246f.

ALFRED VAGTS

UNCONDITIONAL SURRENDER – VOR UND NACH 1943

Gleich anderen Ideen, die die Gesellschaft bewegen und sich durch die Gesellschaft bewegen, haben auch Gedanken über Kriegführung, solche über den Abschluß von Kriegen eingerechnet, von Zeit zu Zeit ihren Gehalt, ihr habitat, ihr droit de cité gewechselt. In Perioden totalen Krieges, ob dieser nun von primitiven oder hochentwickelten Gesellschaften durchgeföhrt wurde, war kein anderer Abschluß denkbar als des Gegners Vernichtung, im engsten Sinne des Wortes oder doch beinahe so – ob es sich nun um den „heiligen Krieg im alten Israel“ (5. Mose 20, 13 ff. z. B.)¹ oder anderswo handelte oder neuerdings um jenen „Kreuzzug“, der mit Amerikas Eintritt in den Krieg im Jahre 1941 begann.

Als Mäßigung in die Kriegführung Eingang fand, scheint sie durchaus von der Spitze der sozialen und militärischen Hierarchie und nicht von ihren Unterklassen angeregt und betrieben. Thukydides etwa meinte, der weise Feldherr müsse kühn in der Kriegführung sein und maßvoll beim Friedensschluß; daher seine Mißbilligung der von Kleon erregten intransigenten Forderungen der athenischen Demokratie gegenüber Mytilene (427 v. Chr. Geb.) und Sparta, als letzteres, dem seine besten Truppen in Pylos-Sphakteria eingeschlossen worden waren, ein Friedensangebot machte; dieses wurde abgelehnt und die Garnison gezwungen, sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben (425 v. Chr. Geb.).

Das archetypische Bild der bedingungslosen Kapitulation im Mittelalter ist das der aus ihren Toren ausziehenden Bürger von Calais mit dem Galgenstrick um den Hals, ein Vorgang aus dem Jahre 1346, der Rodins Statue zugrunde liegt. Das gleiche archetypische Bild der verhandelten Übergabe ist Velasquez' „Übergabe von Breda“ im Jahre 1625: Dem Besiegten werden alle Ehren erwiesen; die Symbolhandlung liegt in der Überreichung des Degens². Eine neue – oder eigentlich erste – Periode der Mäßigung im Kriegführen hatte endgültig eingesetzt, angefangen von den Condottieri des 15. und 16. Jahrhunderts. Sie arrangierten Übergaben, zumeist von befestigten Plätzen, auf Grund von Bedingungen, nach denen das Leben aller, und nicht nur der Adligen, die Lösegeld zahlen konnten, geschont werden sollte. Es gab allerdings auch Fälle, in denen eine Besatzung „sich, wie man in der Soldatensprache sagt, bedingungslos ergab“ und dann massakriert wurde³, nicht selten auf Betreiben der beutegierigen Gemeinen. Die Frage, welcher Form der Beendigung einer Kampfhandlung der Vorzug zu geben sei, der bedingungslosen Kapitulation – seit je ein in sich widerspruchsvoller Terminus – des sich auf Gnade und Ungnade Ergebens, des unconditional surrender, des *se rendre à discrétion*, oder der

¹ G. von Rad, *Der heilige Krieg im alten Israel*, Zürich 1951.

² Die verhandelte Übergabe von Breda war ein besonderer Gegenstand spanischen Stolz, u. a. in Calderons „*Sitio de Breda*“ zum Ausdruck gekommen. Ramon Menéndez Pidal, *The Spaniards in Their History*, London 1950, S. 121.

³ 1485. Stefano Infessura, *Diario delle città di Roma*. Deutsche Übers. Jena 1915, S. 175.

verhandelten Übergabe, stellte sich namentlich den Befehlshabern im Feld – weit weniger oft ihren Regierungen, die nur zu gut wußten, daß die Forderung nach unbedingter Übergabe in vielen, wenn nicht den meisten Fällen verlängerten Widerstand nach sich ziehen würde: „Nothing less than an unconditional surrender being required of them, they absolutely refused it and declared that they would defend themselves to the last“, um eine typische Beschreibung anzuführen⁴. Widerstand gegen verhandelte Übergabe erhob sich wiederholt im eigenen Lager: So schon im alten Rom, wo „normalerweise während der Feldzüge ein Interessengegensatz zwischen Feldherrn und Soldaten herrschte, da die Reichtümer einer eroberten Stadt dem Heere zufielen, während eine sich übergebende Stadt Beute des Feldherrn wurde“^{4a}. Die Söldner wollten nicht um die diversen Kriegsprofite betrogen sein⁵. Bruch der Kapitulation war kein ganz seltener Vorfall, sei es, weil die Soldateska den Tod eines geliebten Führers rächen wollte⁶, sei es, weil sie religiös fanatisiert worden war, wie zu Zeiten von Cromwells Kampagnen in Irland: Ein fliegendes Blatt von dort aus dem Jahr 1642 stellte dar „the bloody and barbarous murders the Rebels put the Protestants to and that altho they pretend and promise quarters upon condition, yet they falsifye their word and vow contrary to the lawes of the land and the law of armies“, – Grund genug für die Truppen des Parlaments, zu Vergeltungsmaßnahmen zu schreiten, bei denen Frauen, die an der Verteidigung von Städten beteiligt gewesen, und Kinder, die Pardon suchten, nicht geschont wurden⁷. Noch weniger oft als in lokalen Aktionen suchten die Krieg- und Friedensmachenden später Jahrhunderte die Kapitulation ganzer Heere zu erzwingen. Die des 18. Jahrhunderts zumal zeigten die größte Bereitwilligkeit, auf Verhandlungen über Kapitulation einzugehen, die Belagerer fast so oft wie die Eingeschlossenen, vielfach aus Gründen der Kriegsökonomie, gelegentlich verbunden mit dem Wunsch, den künftigen Frieden nicht durch ehrenwidrige Forderungen an den Gegner zu erschweren. Dies Entgegenkommen ging so weit, daß – wie Carnot, der selbst 1814 Antwerpen „bis zum letzten“ verteidigen sollte, es einigermassen empört hinstellte – in den Militärschulen des ancien régime „nicht mehr die Kunst gelehrt wurde, befestigte Plätze zu verteidigen, sondern eher die, solche unter ehrenhaften Bedingungen, nach Erfüllung gewisser konventioneller Formen, zu übergeben“⁸.

Von den taktischen Kapitulationen, d. h. von solchen von Teilkraften, haben die

⁴ Francis Grose, *Military Antiquities respecting a History of the English Army*, London 1788. I, S. 184.

^{4a} Frederik Poulsen, *Römische Kulturbilder*, Kopenhagen 1949, S. 24.

⁵ Für Einzelheiten und Beispiele vgl. M.-la-Maude-Clavière, *La diplomatie au temps de Machiavel*, Paris 1892. I, S. 204ff., ferner die *Mémoires-Journaux de Pierre de l'Estoile* (Paris 1875, I, S. 187, 190), der ein paar besonders krasse Beispiele aus dem Jahr 1577 für die Einstellung der Söldner bringt, die sich durch Kapitulationen „par composition“ in ihren Einkünften betrogen fühlten.

⁶ 1608. Public record Office, *Calendar of State Papers and MSS.* – Venice XI, S. 196.

⁷ Sven Ranulf, *Moral Indignation and Middle Class Psychology*, Kopenhagen 1938, S. 83f.

⁸ De la défense des places fortes. 1812. Zit. bei J. F. C. Fuller, *A Military History of the Western World*, New York 1955. II, S. 346.

im Feld verhandelten im Gegensatz zu denen von Festungen im allgemeinen keine Form gefunden, ebensowenig wie Ergebenheiten nach völliger Vernichtung des einen Gegners, wie etwa Karthagos oder kolonialer Völker. Von strategischen Kapitulationen ist zu reden,

„wenn eine militärische Kampfhandlung oder ein Krieg durch ein Abkommen beendet wird, auf Grund dessen aktive Feindseligkeiten aufhören und die Kontrolle über des Verlierers noch vorhandene militärische Kräfte an den Sieger übergeht. In solchen Fällen erzielt die eine Seite ein Monopol bewaffneter Macht, während die andere auf Verteidigungslosigkeit reduziert wird, womit denn das klassische Ziel des totalen Sieges, die ‚Vernichtung‘ der Militärmacht des Gegners, erreicht sein würde“⁹.

In welchem Grade einer Kapitulation die Erschöpfung der militärischen Kräfte des Verlierers voraus geht, wie stark die Kräfte auch des Siegers ihrer Erschöpfung nahegekommen sind, wird von Fall zu Fall verschieden sein: Frankreich im Jahr 1940 und selbst Italien im Jahr 1943 waren weniger erschöpft als das Dritte Reich 1945. Im allgemeinen sind Sieger und Besiegte – nicht Hitler, wohl aber die Wehrmacht – sich unausgesprochenerweise einig darüber, daß eine Kapitulation eintreten soll, ehe die letzten Kräfte, vielleicht nur mehr das nackte Leben, von der Kriegführung in Anspruch genommen werden.

„Strategische Übergabe ist ein politischer Akt sowohl wie ein militärischer“ (Kecskemeti), und zwar ein höchst extremer. Das militärische Gleichgewicht, in den Schlachten so lange in der Schwebelage, ist vernichtet. Soll das politische ihm folgen, die Grundlage – für alle traditionelle Diplomatie wenigstens – des künftigen Friedens? Wird dieser durch die Bedingungen des Kriegsabschlusses nicht erschwert? Kant war als Friedensphilosoph durchaus unutopisch, wenn er verlangte, daß im währenden Kriege nichts getan werde, was den künftigen Frieden unmöglich mache oder erschwere. Die beste Diplomatie seines Jahrhunderts handelte danach. Als zu Anfang des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges Spanien die Intervention gegen England vorschlug, mit der Begründung, daß dies die Gelegenheit böte, England, den langjährigen Feind des Bourbonenhauses, zu „ekrasieren“, wollte der französische Außenminister Vergennes davon nichts hören. In den vierzig Jahren seiner diplomatischen Tätigkeit seien immer wieder Allianzen gebildet worden zu dem Zweck, diese oder jene Macht zu zerschmettern; keiner von ihnen sei dies gelungen; vielmehr sei dabei ein gut Teil gegenseitiger Zerstörung erfolgt, das dann zum Frieden geführt habe, da beide Teile nahezu gleichmäßig erschöpft gewesen seien. „England hat einen zu bedeutsamen Platz in der allgemeinen Balance inne, als daß wir daran denken könnten, es ungestraft zu vernichten.“ Deshalb, so schloß Vergennes, sei nicht mehr anzustreben als ein substantieller Machtverlust Englands in Gestalt seines Verzichts auf die 13 nordamerikanischen Kolonien. Obendrein würde es schlechte psychologische Kriegführung sein, den Gegner wissen zu lassen, daß er gedemütigt werden solle – er werde dann nur um so erbitterter

⁹ Paul Kecskemeti, *Strategic Surrender. The Politics of Victory and Defeat*, Stanford, California, 1958, S. 5, 11.

kämpfen¹⁰. Das Gleichgewicht schloß bedingungslose Übergabe aus. Die neuen Vereinigten Staaten verdankten somit ihre Entstehung einer Forderung, die erheblich hinter unconditional surrender zurückblieb und ein neugeordnetes Gleichgewicht bestehen ließ. Eine Lehre für ihre spätere Politik zog die neue Republik aus diesem Gründungsumstand nicht. Gleichgewicht galt den meisten ihrer leitenden Männer als die Ursache fortgesetzter Kriege und in den beiden Fällen der Intervention in Europa versuchten sie, eine über den Krieg hinauswährende „community of power“ – so Wilson, so Cordell Hull – der Sieger herzustellen statt einer „balance of power“¹¹.

Einige Merkmale des ehrenhaften und darum maßvollen Krieges waren im Kampf um die amerikanische Unabhängigkeit über Bord gegangen. Dies geschieht nur zu leicht, wenn ein Krieg den Charakter des Bürgerkriegs annimmt, wie im Feldzug gegen die Französische Revolution. In ihrem, von französischen Emigranten verfaßten Manifest von 1792 drohten die Alliierten, Paris dem Erdboden gleichzumachen, wenn Frankreich nicht zur alten Loyalität zurückkehre. Diese Drohung war wenig im Sinne des Oberbefehlshabers, des Herzogs von Braunschweig, eines der humansten Generale der Feldzüge Friedrichs des Großen, der, wie er später seinem Generalstabschef bekannte, gern sein Leben hingegeben haben würde, hätte er dieses unselige Manifest damit ungeschehen machen können¹². Solche Drohungen kamen den Auffassungen und Absichten der Revolutionäre, der zivilistischen weit mehr als der militärischen, nur allzusehr zugute. Vierzehn Tage vor dem Fall von Nieuport (18. Juli 1794) hatte der Konvent dekretiert, daß den Belagerten, wenn sie nicht innerhalb von 24 Stunden der Aufforderung zur Übergabe nachkämen, keinerlei Kapitulation zugestanden werden würde, sie vielmehr über die Klinge springen mußten. Gleichwohl ließen die örtlichen Befehlshaber sie mit dem Leben davonkommen. Als die Nachricht vom Fall des Platzes nach Paris kam, fragte Robespierre: „Hat man die Garnison massakriert?“ Antwort: „Man hat sämtliche Emigranten getötet; die übrigen sind Gefangene; man hätte die Garnison nicht über den Degen springen lassen können, ohne zuvor den Platz erstürmt zu haben, und das würde uns 6000 Mann gekostet haben.“ – „Eh, was bedeuten 6000 Mann, wenn es um ein Prinzip geht. Ich meinerseits sehe in der Einnahme von Nieuport ein großes Malheur“¹³. Wenn die zivilistischen Kombattanten des totalen Kriegs an die Front gingen, so versuchten sie, sein „Prinzip“ zur Anwendung zu bringen. Saint-Just war als Kommissar bei der Armee, als der österreichische Gouverneur des belagerten Charleroi anbot, in Übergabeverhandlungen einzutreten. Seinen Brief sandte Saint-Just uneröffnet zurück: „Ich will von Ihnen kein Papier, ich will die Festung.“ – „Ja, aber wenn meine Garni-

¹⁰ Henri Doniol, *Histoire de la participation de la France à l'établissement des Etats-Unis d'Amérique*, Paris 1886 ff. II, S. 261 ff.; IV, S. 45, 453.

¹¹ Zum Problem des Verf. Aufsatz „The United States and the Balance of Power“, *Journal of Politics*, vol. III 1941, S. 401 ff.

¹² Eduard Vehse, *Geschichte des preußischen Hofes*, Hamburg 1851. V, S. 121 ff.

¹³ So die Erzählung Carnots. Daniel Guérin, *La lutte des classes sous la première République*, Paris 1946. II, S. 236.

son sich à discrétion ergibt, so ist sie entehrt.“ – „Wir können sie weder ehren noch entehren, so wenig wie Sie die französische Nation ehren oder entehren können. Wir haben nichts mit ihnen gemein.“ Als der Österreicher insistierte, brach Saint-Just kurzerhand die Verhandlung ab: „Gestern hätten wir vielleicht auf Sie gehört, heute müssen Sie bedingungslos kapitulieren. Ich habe gesprochen.“ In Saint-Just's eigener Utopie, „La cité future“, war jedem Bürger aufgegeben, im Krieg Ehre zu suchen: „Französische Garnisonen müssen eher untergehen als sich gefangen geben“¹⁴.

Die Zivilisten der Revolution drangen mit ihren Unbedingtheitsforderungen, einschließlich der Abschaffung der bisher international akzeptierten Ehrbegriffe und Regeln für die Kriegführung, bei den Feldheeren nie völlig durch. Weder diese noch die napoleonischen Armeen wollten eine Intensivierung der Kriegführung über ein bestimmtes Maß hinaus, auch wenn sie sich Übergriffe gegenüber dem Privateigentum erlaubten, die peinlich abstachen vom Wohlverhalten der Heere des anciens régimes. (Wie sehr gerade diese Übergriffe und die napoleonische „Reparationspolitik“ das nichtfranzösische Bürgertum zur Teilnahme an den Befreiungskriegen treiben mußten, hat die bisherige Geschichtsschreibung wohl unterbetont.) Jene Heere und die Soldaten des 19. Jahrhunderts im allgemeinen betrugen sich zwar nie so gut, wie es die Romantiker der Restauration von ihnen erwarteten, für die „der wahre Krieg nur unter Staaten von annähernd gleicher Art möglich ist, bei denen etwas von der mittelalterlichen Ritterlichkeit oder vom christlichen Völkerrecht fortlebt, wie es die großen Verträge des 18. Jahrhunderts aufgerichtet haben“ (Adam Müller)¹⁵; sie führten sich aber auch nicht so übel auf, wie die diversen Propagandisten es behaupten wollten.

In keinem der Kriege des 19. Jahrhunderts, von den kolonialen abgesehen¹⁶, ist der Sieg so total angestrebt¹⁷ oder so vollständig erreicht worden, daß bedingungslose Kapitulation – wenige lokale Aktionen ausgenommen – gefordert worden wäre. Selbst die sog. „Vernichtungsstrategie“, die eigentlich mit dieser Forderung als Schlußakt des Krieges hätte enden sollen, sah von ihr ab, während die „Ermattungsstrategie“ sie gar nicht erst in Betracht zog. Wo die Militärs den Sieg total hätten machen wollen oder können, wie 1866 und 1871, griff der Staatsmann ein, der die Friedensmöglichkeiten nicht versperrt wissen wollte¹⁸.

¹⁴ Albert Ollivier, *Saint-Just et la force des choses*, Paris 1954, S. 431 f., 475.

¹⁵ In Rückübersetzung. Louis Sauzin, Adam-Heinrich Müller, Paris 1957, S. 499.

¹⁶ Die wohl einzige Ausnahme, in die halb-koloniale Sphäre gehörig, bilden die im Kriege von Brasilien–Argentinien–Uruguay gegen den Diktator Lopez von Paraguay, einen Urwald-Hitler, gestellten und auch durchgekämpften Kapitulationsforderungen (1864–70).

¹⁷ Das schließt nicht zornmütige Äußerungen von „jusqu'au boutistes“ aus, wie die des Zaren Nikolaus I., der auf die Nachricht von der türkischen Kriegserklärung im Oktober 1853 sich verschwor, es sollte der Krieg ein solcher der Ausrottung werden. Earl of Malmesbury, *Memoirs of an Ex-Minister*, London 1884. I, S. 407.

¹⁸ Für Moltkes Entschlossenheit nach Sedan, wo er sich von Wimpffen für „die schonende Weise“ hatte danken lassen, „in welcher diese schmerzliche Verhandlung“ der Kapitulation geführt worden sei, einen „Exterminationskrieg“ zu führen und Bismarcks Opposition vgl. Rudolf Stadelmann, *Moltke und der Staat*, Krefeld 1950, S. 45, 239, 245 f., 250 f., 254, 501.

Eine Art von Krieg allerdings mußte notwendigerweise mit bedingungsloser Kapitulation enden – der Bürgerkrieg. Ausnahmen von dieser Regel sind selten, die des Edikts von Nantes etwa, das länger vorhielt als mancher sonstige Friede, nämlich von 1598 bis 1685. Wer immer in solchem Krieg Sieger bleibt, der Verteidiger des status quo oder der Revolutionär, wird zunächst unbedingte Kapitulation fordern und erst danach, wenn überhaupt, milde Behandlung gewähren. In seinem im Interesse der Tory-Regierung geschriebenen Pamphlet „The Patriot“ von 1774 versuchte Dr. Johnson „to justify the attempts to reduce our fellow-subjects in America to unconditional submission“, wie sein Biograph Boswell schreibt, der allerdings meinte, gerade diese Stellen seien nicht mit seiner gewohnten „energetic vivacity“ geschrieben¹⁹. Anders als der amerikanische Unabhängigkeitskrieg haben die meisten Bürgerkriege mit bedingungsloser Kapitulation geendet, oft in Begleitung von Grausamkeiten wie gemeinhin in den spanischen, deren letzten die englische Diplomatie 1939 durch Verhandlungen zu beenden wünschte. Ciano lehnte das ab: Es komme gar nicht in Frage, Franco einen Waffenstillstand vorzuschlagen, es sei denn auf Grund bedingungsloser Übergabe seitens der Roten, in welchem Falle Italien einen mäßigenden Einfluß ausüben werde²⁰. Die am Osteraufstand von 1916 beteiligten Sinn Feiner mußten sich am Ende auf Gnade und Ungnade ergeben, worauf 15 von ihnen verurteilt und erschossen wurden; das Gedächtnis ihres Todes verbitterte die späteren Kämpfe sehr und erschwerte die Verhandlungen um Irlands Unabhängigkeit. Ähnliche Kapitulationen wurden von den Teilnehmern am Aufstand der Kronstadter Matrosen gegen die bolschewistische Regierung erzwungen – Trotzki gab nur denen Aussicht auf Gnade, die sich sofort ergaben – oder von den Teilnehmern am Kapp-Putsch: Als einer der mit den Putschisten sympathisierenden Reichswehrgenerale, Maercker, zu ihren Gunsten zu intervenieren und sogar politische Konzessionen im Sinne ihrer Forderungen zu erreichen suchte, forderte die legale Regierung „unbedingte Kapitulation“, worauf die Putschisten, die zunächst „ohne politische Zugeständnisse und die Zusage ihrer Amnestie nicht nachgeben wollten“, ins Ausland flohen²¹. Es ist das wohl nur vorläufige Ende dieser historischen Linie, wenn im jüngsten Bürgerkrieg, dem in Indonesien, die alte Regierung erklären ließ, es könnten über keine der strittigen Fragen, lokale Autonomie und Verwendung der Staatseinkünfte, Verhandlungen stattfinden, ehe nicht die Führer des Aufstandes „yield in unconditional surrender“²².

Auch verschiedene Phasen des „Klassenkampfes“, wenn denn Lohnkämpfe dazu gehören, stellen das Problem der Beendigung, des Abbruchs. In zunehmendem Maße sind Streiks auf dem Wege von Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern beigelegt worden, mit ebenfalls zunehmender Vermittlung von Regierungsseite. Politischen Krisencharakter gewinnen die wenigen Fälle von Generalstreiks. Die Frage stellt sich alsdann: Können oder sollen Verhandlungen mit den

¹⁹ Boswells Life of Johnson, ed. G. Birkbeck Hill. II, S. 327.

²⁰ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Ser. D., I, S. 926.

²¹ Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler, Hamburg 1950, S. 88.

²² Time, 3. März 1958.

Streikenden stattfinden, ehe diese den Streik abbrechen? Bestand in Nicht-Labour-Kreisen während des britischen Generalstreiks von 1926 durchweg Übereinstimmung darüber, daß die Streikenden „not within the limits of constitutional action“ geblieben seien, so waren die Meinungen sehr geteilt, ob Verhandlungen vor bedingungsloser Einstellung des Streiks erfolgen sollten oder, wie Churchill und andere Diehards forderten, erst nachher²³.

Kein Bürgerkrieg ist jemals an Extensität, weniger vielleicht an Intensität, dem nordamerikanischen gleichgekommen. Nach manchen Anzeichen zu urteilen haftet er auch stärker im amerikanischen Volksgedächtnis als andere Zeiten seiner Geschichte, mit Emphasen, die durchaus auf der Erfahrung der schließlichen Aussöhnung der beiden Teile und erstaunlich wenig auf dem kriegsgeschichtlichen Faktum liegen, daß dieser Krieg in bezug auf Menschen und Material den größten Verschwendungskoeffizienten aufzuweisen hat. Während der Norden von Anfang an darauf bestand, daß sowohl in lokalen Aktionen wie auf dem Gesamtkriegsschauplatz unbedingte Kapitulation erfolge, wollte der Süden, vorab sein Präsident Jefferson Davis, „go down in defeat rather than accept any terms that did not recognize Southern independence“²⁴. Die Kriegsartikel der konföderierten Staaten sahen Todesstrafe vor für jeden, der Kapitulation vorschlug. In seiner Entschlossenheit durchzuhalten war Davis ebensowenig gewillt wie Hitler, das Faktum der militärischen Niederlage zuzugeben, über die ihn General Lee so wenig in Zweifel ließ wie die verantwortungsbewußteren der deutschen Generale Hitler. Ihr Dilemma war 1944/45 das gleiche wie dasjenige Lees von 1865: Welche Loyalität rangierte höher, die gegenüber der legalen Regierung – welche Lee weit rückhaltloser anerkannte als viele Wehrmachtsgenerale die Hitlers – oder gegenüber den längst sinnlos hingeopferten Männern und Staaten des Südens, deren Kapitulation für Davis so undenkbar war wie die des Dritten Reiches für Hitler? Sollte der Kampf trotzdem und in Übereinstimmung mit den stärker als im Norden ausgebildeten Ehrbegriffen des Südens weitergehen, die schon bisher in Verhandlungen mit General Grant – „Unconditional Surrender Grant“ beibenannt – hart mitgenommen worden waren? Als General Simon Bolivar Buckner das Fort Donelson bedingungslos übergeben mußte, bezeichnete er Grants Forderungen als „ungenerous and unchivalric“²⁵. „Was wird die Geschichte sagen zu der Kapitulation der Armee im Feld?“, so remonstrierten mit Lee seine Stabsoffiziere, die an Duponts Kapitulation bei Bailen (1808) gedacht haben mochten. Aber ganz und gar unhistorisch in der Konfrontation mit der Geschichte entschloß sich Lee, mit seiner Armee von Nordvirginien zu kapitulieren; nicht für diese und für sich selbst den Tod zu suchen, der so leicht zu finden gewesen wäre, sondern mit den Überlebenden des Südens fortzuleben und ihnen im schweren Leben zu helfen.

²³ R. F. Harrod, *The Life of John Maynard Keynes*, New York 1951, S. 375f. Zum Problem allgemein W. H. Crook, *The General Strike, Labors Tragic Weapon in Theory and Practice*, Durham, N. C. 1951.

²⁴ Hierfür und für das Folgende vgl. Douglas Southall Freeman, *R. E. Lee*, Bd. IV (N. Y. 1956).

²⁵ Zitiert nach: *Newsweek*, 20. Januar 1958.

Trotz der sehr weitgehenden Militarisierung des Sezessionskrieges blieben die politische Leitung und Entscheidung und gerade auch die Intransigenz bei den Zivilisten in der Regierung und im Kongreß. Sie stellten, wie in den späteren Kriegen der wiedervereinigten Union, den Militärs einen Fonds von Menschen und Material mit einer Freigebigkeit zur Verfügung, die sowohl allen preußischen Begriffen von Kriegsökonomie, wie sie sich in Bismarcks drei Kriegen dartat²⁶, als auch allen europäischen Vorstellungen vom Amerikaner als homo oeconomicus stracks ins Gesicht schlägt. Der dafür den Militärs abverlangte Preis war der Respekt vor dem Primat der politischen Entscheidung, selbst wenn infolgedessen die Kosten des Sieges wuchsen, der Krieg verlängert wurde und, mehr inzidentell, die humanitäre Seite der Kriegführung zu kurz kam. Wenn ihrer überhaupt gedacht wurde, so geschah es eher von seiten der Militärs als der Zivilisten, wie etwa des Marinesekretärs Gideon Welles²⁷. Die Washingtoner Regierung von 1865 lehnte es ab, die etwas unter dem Maß des absoluten unconditional surrender bleibenden Bedingungen zu billigen, welche der tiefer im Süden operierende General Sherman der noch halbwegs intakten konföderierten Armee von Joseph E. Johnston gewährt hatte. Ob großer, ob kleiner Krieg, eine amerikanische Tradition der Forderung nach unbedingter Kapitulation als Kriegsabschluß bildete sich heraus: Bei der Präsidentschaftswahl von 1868 wurde Grant, der Kandidat der Republikaner, als der Erzwinger der bedingungslosen Übergabe verherrlicht, so in einem „cartoon“ von Thomas Nast²⁸. Und als es mit dem schon lange kämpfenden Apachenhäuptling Geronimo zu Verhandlungen kam (1885/86), gestand der örtliche Befehlshaber diesen Bedingungen zu – während Präsident Cleveland im fernen Washington noch unconditional surrender verlangte – und brachte so einen sehr schwierigen Krieg zum Abschluß²⁹.

Im Burenkrieg, den die eine Partei als Rebellion ansah und die andere als Krieg mit einem fremden Gegner, lag die Intransigenz bei den Übergabeforderungen wiederum auf zivilistischer Seite, auf der von Milner, und nicht der Generale Roberts und Kitchener³⁰. Ein Jung-Tory indes, der gerade vom Kriegsschauplatz kam, Winston S. Churchill, hatte in seiner Jungfern-Rede gefordert, „to make it easy and honourable for the Boers to surrender, and painful and perilous for them to continue in the field“³¹.

²⁶ Es würde hier zu weit führen festzustellen, wo in den Kriegen des 19. Jahrhunderts die nach unbedingter Übergabe verlangende Intransigenz ihren Sitz hatte – in den deutschen Kriegen jedenfalls nicht bei Bismarck. Vgl. etwa die Ansicht Hermann Onckens (Politik und Kriegführung. Schriften der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft, Reihe D, Jahrgang 2, 1927–28): „Wie sollte man mit der Kapitulationsverhandlung – wegen Paris – die Sache der Militärs war, die Friedensverhandlung verbinden, die Sache des Staatsmanns war? ... Der militärischen Denkweise lag das Diktat nahe: bedingungslose Unterwerfung.“

²⁷ Vgl. dessen Diary, hrsg. von J. T. Morse. Boston und New York 1911.

²⁸ Albert Bigelow Paine, Th. Nast. His Period and his Pictures, New York 1904, S. 128.

²⁹ Hermann Hagedorn, Leonard Wood, New York 1931, I, S. 104.

³⁰ Für die Einzelheiten vgl. Sir George Arthur, Life of Lord Kitchener, London 1920, Bd. II.

³¹ Zitiert in Time, 2. Januar 1950.

Soweit es erlaubt ist, vom zweiten Weltkrieg als einem „Weltbürgerkrieg“ zu sprechen – es wäre dann einer mit drei Parteien, von denen zwei koalitiert waren –, steht die Forderung nach bedingungsloser Übergabe seitens der Westmächte ganz in Übereinstimmung mit früheren Bürgerkriegen. Und wenn weiterhin die heutige Situation des „kalten“ Kriegs als „Weltbürgerkrieg“ gesehen wird³², so wird bei seinem Abschluß des unconditional surrender entweder als eines Vorbildes oder als eines abschreckenden Beispiels zu gedenken sein.

Schon in seiner Planung und mehr noch in seiner Durchführung gewann der erste Weltkrieg stärker einen totalen Charakter als seine unmittelbaren Vorgänger. Mußte nicht der Schlieffen-Plan mit seiner Cannae-Schlacht in unbedingter Übergabe enden? (Die Ausmalung der Folgen eines solchen Sieges fehlt bei Schlieffen.) Aber auch sonst war das Ziel eines Siegfriedens bestimmend, und der Gedanke eines Remis als Grundlage des Friedens fand wenig Eingang, am ehesten noch beim Hochadel (Lansdowne, Prinz Alexander von Hohenlohe, Max von Baden). Das Massenempfinden, in demokratisch und autokratisch regierten Ländern gleichermaßen propagandaüberhitzt, erwartete totalen Sieg und diktierten Frieden³³. Als Deutschland als erste Macht in die Lage kam, einen Frieden zu diktieren, legte es die beiden Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest nieder, ohne zuvor, im Waffenstillstand, auf unbedingter Übergabe bestanden zu haben.

Längst vor der deutschen Niederlage war eine amerikanische Tradition der Kriegsbeendigung für diesen Fall parat – „unconditional surrender“. Politiker beider Parteien stellten diese Forderung auf – mit viel mehr Entschiedenheit als zunächst der Präsident Wilson –, alle überzeugt, wie der Senator Lodge an den Ex-Präsidenten Roosevelt schrieb, „that the American people want a complete victory and an unconditional surrender. They want to win their fight on German soil“³⁴. Ein erst wenig bekanntes Mitglied des Kongresses, Cordell Hull, wollte nichts hören von „peace by negotiation . . . How can you negotiate any question with scoundrels and villains, with assassins and free booters, with highwaymen and desperadoes! They must first either be killed or disarmed, and then let honorable men speak and act for their nation at the peace table“³⁵.

1918 war ein Lehrjahr für die amerikanischen Staatsmänner des zweiten Weltkriegs, die Demokraten wie Hull und Franklin D. Roosevelt, in dessen Gedächtnis nach Aussage eines intimen Mitarbeiters „the phrase stuck“³⁶. Ihrer beider verehrtes Vorbild, Woodrow Wilson war, zunächst wenigstens, weit weniger geneigt,

³² Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Ausg. der Fischer-Bücherei, Frankfurt u. Hamburg 1958, S. 11.

³³ Für Forderungen nach unbedingter Übergabe in Großbritannien siehe E. D. Morel, Truth and the War, London 1918, S. 161, 220.

³⁴ 7. Oktober 1918. J. B. Bishop, Theodore Roosevelt and his Time shown in his own Letters, New York 1920, II, S. 540.

³⁵ 10. September 1918. Cordell Hull, Memoirs, New York 1948, I, S. 97 f. Für die „unconditional surrender“-Ideen des 1. Weltkriegs vgl. Earl S. Pomroy, Sentiment for a Strong Peace South Atlantic Quarterly, Okt. 1944.

³⁶ Jonathan Daniels, The End of Innocence, Philadelphia 1954, S. 271.

solche Forderungen aufzustellen und zu vertreten: Ihm mußte erst von seinem Adlatus Colonel House bedeutet werden, das amerikanische Volk sei „war mad“ und wolle von nichts anderem hören als von Kapitulation: die Antwort Wilsons auf das deutsche Friedensangebot müsse dessen und der künftigen Novemberwahlen eingedenk bleiben³⁷. Infolge dieser Warnung beschloß Wilson, seinerseits so weit als möglich aus den Waffenstillstandsverhandlungen herauszubleiben, diese, wie traditionell, den Generalen und Admiralen zu überlassen, deren Forderungen die Häupter der Regierungen voraussichtlich als allzu scharf zu modifizieren haben würden³⁸.

Unter den von den alliierten Regierungen über die deutschen Waffenstillstandsanträge und die deutsche Widerstandskraft befragten Generalen war Haig, der britische Oberbefehlshaber an der Westfront, eigentlich als einziger der Auffassung, daß der Gegner „was not ready for unconditional surrender“ (19. Oktober) und daß der Entschluß, ihn dazu zu nötigen, nicht die vielen britischen Opfer wert sei, die dies noch kosten würde. Die britische Regierung stimmte ihm im wesentlichen bei; unter den britischen Generalen forderte fast allein Henry Wilson „complete surrender“ – sollte das den Krieg verlängern, um so besser, denn dann würde die allgemeine Wehrpflicht doch noch auf das bis dahin eximierte Irland ausgedehnt werden können³⁹. Sein Freund Foch war weniger starr: Was er für die künftige Sicherheit Frankreichs suchte, gedachte er auch ohne demütigende Waffenstillstandsbedingungen sicherstellen zu können. Er wie Haig hatten lange genug im Krieg gestanden, um sein baldiges Ende anzustreben. Nicht so General Pershing, von den drei Oberbefehlshabern der, welcher am entschiedensten den „völligen Sieg“ wollte und, wie andere amerikanische Offiziere einschließlich des langjährigen Militärattachés in Paris, Colonel T. Bentley Mott⁴⁰, damit in einer amerikanischen Tradition blieb. Sie bedauerten schon 1918 und später, daß die Alliierten nicht die Forderung der unbedingten Übergabe gestellt hätten. Nach dem Urteil dieser Friedensmacher würde das „a greater deterrent against possible future German aggression“ abgegeben haben⁴¹. Aus einer Geschichte der Friedensschlüsse, dieser „verlorenen Kunst“, kann mit mindestens der gleichen Sicherheit gesagt werden, daß es die damaligen und künftigen Deutschen noch mehr verbittert, eher noch mehr revanchegesinnt gemacht hätte⁴². Hätten die Regierungen auf Forderungen wie die Pershings gehört, so würde, nach Ansicht des besten historischen Kenners der Waffenstillstandsfragen von 1918, „der Krieg 1918 nicht geendet haben“⁴³, auch wenn man sich dafür nicht auf den Befehl der Obersten Heeresleitung vom 24. Ok-

³⁷ Charles Seymour, *The Intimate Papers of Colonel House*, Boston und New York 1926–28, IV, S. 77f., 83. Für Einzelheiten Alma Luckau, *The German Peace Delegation at Versailles*, New York 1941, S. 8, 10ff. etc.

³⁸ Für Einzelheiten vgl. John L. Snell im *Journal of Modern History* XXVI 1954, S. 364ff.

³⁹ Duff Cooper, *Haig*, Garden City, N. Y. 1936, S. 335ff.

⁴⁰ *Twenty Years as Military Attaché*, New York 1937, Kap. XXVI.

⁴¹ John L. Pershing, *My Experiences in the World War*, New York 1931, II, S. 355, 359, 363ff., 368.

⁴² Hans v. Hentig, *Der Friedensschluß. Geist und Technik einer verlorenen Kunst*, Stuttg. 1952.

⁴³ Harry Rudin, *Armistice 1918*, New Haven 1944.

tober stützen will, der in der Antwort Wilsons auf das deutsche Waffenstillstandsangebot die Forderung nach „militärischer Kapitulation“ sah und sie deshalb als „für uns Soldaten unannehmbar“ bezeichnete⁴⁴.

Was die Alliierten und Assoziierten von deutscher Seite forderten und erlangten, war tatsächlich weniger als unbedingte Übergabe. Dies hinderte sie nicht, militärisch eine Stellung einzunehmen, von der aus sie, nach den Worten eines amerikanischen Mitglieds der Waffenstillstandskommission, es vermochten „to dictate as if to an enemy that had surrendered unconditionally“⁴⁵, in Versailles auf „unconditional signature“ des Friedensvertrags zu bestehen⁴⁶, ebenso bedingungslos wie gegenüber den Verbündeten Deutschlands, die nach dem Urteil des vornehmsten Historikers der Friedenskonferenz die Waffen niedergelegt hatten „on the basis of unconditional surrender“⁴⁷.

Bedingungslos oder nicht – für Hitler war das kaum mehr als eine Nuance. Für ihn galt, daß Deutschland 1918 kapituliert habe. Aber

„ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Aber es wird nicht dazu kommen . . . Oder es müßte mir schon alles mißglücken. Und dann hätte ich mir diesen Platz“ – als Kanzler – „zu Unrecht angemacht . . . Wir werden nicht kapitulieren. Wir können untergehen, vielleicht. Aber wir werden eine Welt mitnehmen. Muspilli, Weltenbrand“⁴⁸.

Für den Fall eines Scheiterns seiner Spekulationen also stellte Hitler den Zweifel an seiner Legitimität frei.

Bei einigen wenigen Politikern und Soldaten der Siegermächte hielt sich das Bedauern und verstärkte sich noch mit dem Aufstieg Hitlers, daß den Deutschen 1918 nicht die bedingungslose Übergabe abgefordert worden sei. Das habe den deutschen Heeren erlaubt, als intakte Körper, mit fliegenden Fahnen und Musik, scheinbar frei vom Stigma der Niederlage im Feld, nach Hause zurückzukehren, und es damit der deutschen Propaganda ermöglicht, Deutschland als unbesiegt hinzustellen. Schuld daran trügen die Staatsmänner und Generale der Siegermächte, mit der einzigen Ausnahme Pershings, der, wie seine Memoiren neuerdings erwiesen, allein die Lehren der Geschichte – welche eigentlich? – herangezogen und ganz allein vorausgesehen habe, „that any termination of the war short of complete surrender would be unfortunate“⁴⁹. So der frühere amerikanische Militärattaché in Paris, J. Bentley Mott, der im Jahre 1937 seine Memoiren veröffentlichte und damals wie auch später als Traditionsträger der „unconditional surrender“ und der bedingungslosen Frankophilie in den Washingtoner Ämtern spukte. Mit wiedergekehr-

⁴⁴ Arthur Rosenberg, Die Entstehung der deutschen Republik, Berlin 1928, S. 240. Vgl. A. Griebel, Das Jahr 1918 im Lichte neuer Publikationen, in dieser Zeitschrift 6 (1958) S. 373 ff.

⁴⁵ Samuel G. Shartle, Spa, Versailles, Munich. Philadelphia 1941, S. 44.

⁴⁶ Luckau a. a. O., S. 110.

⁴⁷ Harold Temperley, How the Hungarian Frontiers were drawn, in: Foreign Affairs, April 1928, S. 432; vgl. auch B. Schwertfeger, Das Weltkriegsende, Potsdam 1937, S. 152.

⁴⁸ So zu Hermann Rauschning (Gespräche mit Hitler, 2. Aufl., New York 1940, S. 115, 11), im August 1932 und Anfang 1934.

⁴⁹ Mott a. a. O., S. 272 f.

tem Krieg mehrten sich, zumal in Frankreich, solche Stimmen, die während des „Sitzkriegs“, in Betrachtung des Waffenstillstandsjahrestages etwa, forderten, daß diesmal von den Deutschen „totale Übergabe“ verlangt werde⁵⁰.

Die Führer der Achsenmächte ließen ihren Gegnern draußen und daheim und ihren Völkern einschließlich ihrer Armeen keinen Zweifel darüber, daß sie „niemals, niemals kapitulieren“ würden, daß es für Deutschland „niemals wieder ein Jahr wie 1918 geben“ würde. „Denn niemals werde ich meine Fahne niederholen“ (Hitlerreden vom 8. November 1939 und 30. Januar 1942). Dies war nach seiner Behauptung im Sinne der „breiten Masse“, von dieser gewollt, wie Hitler in „Mein Kampf“ erklärte; sie wollten bedingungslose Übergabe und nicht Diplomatie und Verhandlung, welche dem führerlichen „Sozialdarwinismus“ nicht entsprachen. Diese Masse „ist nur ein Stück der Natur, und ihr Empfinden versteht nicht den gegenseitigen Händedruck von Menschen, die behaupten, Gegensätzliches zu wollen. Was sie wünscht, ist der Sieg des Stärkeren und die Vernichtung des Schwachen oder seine bedingungslose Unterwerfung“⁵¹. Die Früchte der ersten Siege wurden ganz im Sinne dieser angeblichen Massenüberzeugung geerntet: der polnischen Armee wurde nicht einmal gestattet, Kapitulationsurkunden zu unterzeichnen, sie wurde lediglich vernichtet, nachdem der Führer „entschieden hatte, daß Polen sich bedingungslos ergeben würde und müsse“⁵². Der belgischen Armee wurde die bedingungslose Übergabe abverlangt⁵³. Das Waffenstillstandsabkommen mit Frankreich war bewußt nach dem Muster des deutschen von 1918 gestaltet. Die französischen Generale nahmen dies um so eher hin, als damit die ihnen – von ihrer Regierung eher als von Hitler – abverlangte capitulation en rase campagne, als extremer Fall des Ehrenverlustes, erspart blieb⁵⁴. Die Jugoslawen, Regierung und Armee, mußten ein Kapitulationsabkommen unterzeichnen, auf Grund dessen die jugoslawische Wehrmacht „den Kampf einstellte und bedingungslos die Waffen niederlegte“⁵⁵.

Den noch Unbesiegten war kein besseres Los zgedacht. Als Himmler und Ley Ende 1939 in Rom waren, verkündeten sie dort, England würde „pastoralisiert“, um einen späteren Ausdruck zu verwenden, würde in eine grüne Insel verwandelt werden⁵⁶. Das Echo solcher Wünsche waren Churchills Erklärung nach Dünkir-

⁵⁰ Eine Sammlung solcher Stimmen in New York Times, 11. Nov. 1939.

⁵¹ Mein Kampf, München 1935, S. 371 f.

⁵² Vor dem 12. Sept. 1939. Aussage des Generals Lahousen. Nazi Conspiracy and Aggression, Washington 1946, VIII, S. 590.

⁵³ Militärwissenschaftl. Rundschau 1941, 3. Heft, S. 285.

⁵⁴ Weygand, Mémoires, Paris 1950, III, S. 251. Generalmajor Sir Edward Spears, Assignment to Catastrophe, New York 1954, I, S. 192.

⁵⁵ So die Verteidigung von Generalfeldmarschall List im OKW-Prozeß Nürnberg, Fall XII, Prot. (d.) S. 9589.

⁵⁶ E. von Rintelen, Mussolini als Bundesgenosse, Tübingen 1951, S. 80. Für eine knappe Formulierung der Absichten Hitlers England gegenüber, dessen „surrender“ er gewünscht hätte, nicht jedoch dessen „destruction“, vgl. Gordon A. Harrison, Cross-Channel Attack, Washington 1951, S. 129.

chen: „We shall fight on the beaches, we shall fight in the fields, we shall never surrender“ (4. Juni 1940), sowie die Verweigerung eines mit Hitler verhandelten Friedens. Vor dem – bald – erwarteten Fall von Leningrad und dem – späteren – von Moskau hatte der Führer „erneut entschieden“, daß (seitens des Heeres) eine Kapitulation dieser Städte, auch wenn angeboten, „nicht anzunehmen ist“. Es müsse mit der Auslegung von Zeitzündern und schwerer Seuchengefahr in diesen Hauptstädten gerechnet werden, deren Bevölkerung nicht zu den deutschen Linien zugelassen, sondern ins Innere des Landes abgedrängt werden sollte, um so zu verhindern, daß sie deutschen Behörden zur Last falle. „Das Chaos in Rußland wird um so größer, unsere Verwaltung und Ausnützung der besetzten Ostgebiete um so leichter werden, je mehr die Bevölkerung der sowjetrussischen Städte nach dem Innern Rußlands flüchtet.“⁵⁷ Mit anderen Worten: Die Ostpolitik Hitlers wollte *tabula rasa*. Er mußte aber nur zu bald erkennen, daß ihm selbst kein Verhandlungstisch mehr bereitet war, kein „round table“, an dem ein ihm „vernünftig“ erscheinender Frieden zu schließen gewesen wäre, so daß ihm, seiner inneren Logik gemäß, nichts übrig blieb als – wie in einem anarchistischen Fort Chabrol – „bis zum letzten zu kämpfen“⁵⁸.

Japanische Ankündigungen, daß nie eine eigene Kapitulation erfolgen werde, waren nicht minder schrill als diejenigen Hitlers, die proklamierten Kriegsziele für Asien nicht minder total als die des Dritten Reiches für Europa, das Verhalten gegenüber besiegten Teilkraften, englischen und amerikanischen, nicht minder brutal. Als der Kommandant von Singapore Aufschub der Kapitulation forderte, erklärte der japanische Kommandeur General Yamashita, daß alle Antworten auf seine Forderungen „kurz und relevant“ gehalten sein müßten, daß er „lediglich unbedingte Übergabe akzeptieren“ und erneut zum Angriff übergehen werde, wenn sich die Antwort verzögere.⁵⁹ Während der Übergabe-Verhandlungen auf den Philippinen kombinierten die Japaner die Forderung der bedingungslosen Übergabe mit einer Erpressung: Sie nötigten den General Wainwright, nicht nur für die seinem unmittelbaren Befehl unterstehenden Streitkräfte zu kapitulieren, sondern auch für alle auf dem Archipel befindlichen – „or else the blood of the entire garrison would be on my head“ (Wainwright)⁶⁰.

Vergleichsweise waren die Kriegsziele der Japaner in der Regierung weit weniger intransigent als die der lokalen Befehlshaber und der Tokioer Militärs und Seeleute, die diese Ziele in der Öffentlichkeit propagierten⁶¹. Die Absichten der

⁵⁷ Jodl an Ob.d.H., 7. Okt. 1941. IMT (deutsch), Bd. XXXIV, S. 426 f.

⁵⁸ Für eine der letzten Deklamationen Hitlers „Ich kapituliere nicht, niemals“ vom 13. März 1945 vgl. Meißner a. a. O., S. 609. Von den Unterführern des Nationalsozialismus waren, im letzten Kriegsjahr wenigstens, Speer und Göring „Befürworter einer rationalen Übergabe oder eines verhandelten Friedens“, Bormann und Goebbels die Gegner solcher Gedanken. H. R. Trevor-Roper in seiner Einleitung zu *The Bormann Letters*, London 1954, S. XIII.

⁵⁹ New York Times, 16. Februar 1942.

⁶⁰ Ebd. 15. Dezember 1952.

⁶¹ Die von einem Vizeadmiral Tanetsagu formulierten, durch die offizielle Nachrichtenagentur Domei verbreiteten Kriegsziele Japans waren: völlige Vernichtung der amerikani-

Regierung, soweit sie wirklich regierte, waren von Anfang an auf weniger als die totale Niederlage der Amerikaner gerichtet, nur ließ sich dies öffentlich nicht gut sagen. Nach gewichtigen Anfangserfolgen der japanischen Waffen, so ging die Berechnung, würden die Amerikaner den Krieg nicht in die Länge ziehen wollen – namentlich nicht, wenn die Japaner ein äußeres Glacis der Verteidigung und eine auf dem Öl, dem Gummi und sonstigen Rohstoffen aus den neuerobernten Gebieten gegründete Kriegswirtschaft eingerichtet haben würden –, sondern sich auf Verhandlungen über einen für Japan günstigen Frieden einlassen⁶². Der feine, überfein gesponnene Plan, der sichtlich auf einer napoleonischen Verachtung des Kaufmannsgeistes – *sono mercanti* – basierte, hätte die amerikanische Kriegsmentalität nicht falscher einschätzen können.

Als Franklin D. Roosevelt in Casablanca die bedingungslose Übergabe der drei Achsenmächte als Kriegsziel der Alliierten verkündete, gab es dafür neben den neuerlichen „Provokationen“ auch frühere: Erinnerungen an den ersten Weltkrieg, den er als Unterstaatssekretär der Marine erlebt hatte, und an die noch ältere amerikanische Tradition des „unconditional surrender“. Er war längst, lange vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg, überzeugt, daß kein Verhandlungsfriede mit den Achsenmächten denkbar sei⁶³. Wie er einen komplizierten historischen Prozeß vereinfacht sah: die am Ende des ersten Weltkriegs den Deutschen erteilte „Lektion“ – bildlich dargestellt in einem Seestück „The Surrender of the German Fleet at Scapa Flow“, Roosevelts Lieblingsstück in seinen Hyde Park-Sammlungen⁶⁴ –, diese Lektion hatte nicht gefruchtet und mußte darum wiederholt werden. „Practically all Germans deny the fact that they surrendered in the last war“, erklärte er seinem engeren Stab im Weißen Haus, „but this time they are going to know it. And so are the Japs“⁶⁵. Die Grant-Lee-Verhandlungen von 1865 waren ihm gegenwärtig und trugen eingestandenermaßen zur Formulierung einer neuen Forderung nach unbedingter Übergabe bei⁶⁶.

„Die psychologische Motivierung“ dieser Forderung, so bescheidet sich eine deutsche Untersuchung ihrer Vorgeschichte, „eröffnet zwar interessante Aspekte, kann

schen Seemacht, des amerikanischen Überseehandels, Zerstörung der Werften mit Ausnahme der für Fluß- und Küstenschiffahrt tätigen, Abschaffung der Privatbanken, der Gewerkschaften, Aufrichtung einer politischen Autorität, unbeeinflusst durch wirtschaftliche Interessen und nach dem Modell der „reinen Souveränität“ Japans zum Zweck der Oberaufsicht über die Vereinigten Staaten für zehn oder mehr Jahre, wenn nicht auf unbestimmte Zeit. Otto D. Tolischus, *Through Japanese Eyes*, Washington 1946, S. 10 f.

⁶² Louis Morton, *The Japanese Decision for War*. U. S. Naval Institute Proceedings, Bd. LXXX, S. 1327 ff.

⁶³ Vgl. dafür etwa den sog. „fireside chat“ vom 29. Dezember 1940. Compton Mackenzie, *Mr. Roosevelt*, New York 1944, S. 251.

⁶⁴ Das Bild, von Bernard F. Gribble gemalt, trägt die Inschrift: „This was one of President Roosevelt's favorite naval paintings“.

⁶⁵ Daniels a. a. O., S. 271.

⁶⁶ Robert E. Sherwood, *Roosevelt and Hopkins*, New York 1948, S. 695 ff.; Hull, *Memoirs*, S. 1574, 1576.

aber letzten Endes den Historiker nicht befriedigen⁶⁷.“ Vielleicht war es zu weit hergeholt, wenn noch während des Krieges in amerikanischen Gesprächen die Forderung nach unbedingter Übergabe erklärt wurde mit dem späten Bedürfnis demokratischer Politiker, endgültig „ihre“ Niederlage von 1865 auszuwetzen. Zu weit hergeholt? Vielleicht aber tief hergeholt...

Solchen Motivationen standen in Washington zunächst keine abmahnenden Stimmen im Wege. Ein frühzeitig eingerichtetes Subcommittee on Security Problems, gedacht für die Besprechung von Fragen nationaler Sicherheit nach Kriegsende, mit dem Diplomaten Norman Davis im Vorsitz und der Beteiligung des Generalstabschefs General George T. Marshall und Admiral A. J. Hopkins als militärischen Mitgliedern, war zu dem Schluß gekommen (21. Mai 1942), daß Deutschland für diesmal nicht mit Bedingungen davonkommen dürfe, daß vielmehr „on the assumption that the victory of the United Nations will be conclusive, unconditional surrender rather than an armistice should be sought from the principal enemy states except perhaps Italy“⁶⁸. Der Präsident ist durch Davis über diese Schlußfolgerungen des Komitees informell unterrichtet worden; wenn auch das State Department an dessen Arbeiten wesentlich beteiligt war, so hatte es doch seinerseits keine solche Empfehlung der unbedingten Übergabe an das Staatsoberhaupt gerichtet⁶⁹.

Am 7. Januar 1945 kündigte dann der Präsident den amerikanischen Generalstabschefs (Joint Chiefs of Staff) bedingungslose Übergabe an als „the proper aim of Allied war effort“; er erklärte ihnen, er werde demnächst mit Churchill besprechen, wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien Stalin zusichern würden, daß beide den Krieg weiterführen würden, bis sie Berlin erreicht hätten und daß ihre einzige Bedingung die der bedingungslosen Kapitulation sein würde⁷⁰. Obwohl zufolge der amtlichen Geschichtsschreibung die Militärs meinten, daß das „ein Gegenstand sei, dem bisher keinerlei wirkliche militärische Stabsarbeit zugewendet“ worden, nahmen sie jene Ankündigung widerspruchlos hin, vielleicht in einer amerikanischen Tradition befangen – ohne bei dieser Gelegenheit oder später sich darüber zu äußern, ob eine solche Forderung an den Gegner nicht der Absicht der Regierung und dem angekündigten Ziel der Militärs zuwiderliefe, „to win the war in the way most efficient“ – und das hieß auch: auf dem am wenigsten kostspieligen Wege – „from a strictly military view“⁷¹. Irgendeine Untersuchung darüber, welche Bedeutung denn die Formel der unbedingten Übergabe für die faktische Krieg-

⁶⁷ Günter Moltmann, Die Genesis der unconditional surrender-Forderung, Wehrwiss. Rundschau 6 (1956), S. 179.

⁶⁸ Herbert Feis, Churchill-Roosevelt-Stalin. The War They Fought and the Peace They Sought, Princeton 1957, S. 108 ff.

⁶⁹ Department of State: Postwar Foreign Policy Preparation, 1939–1945. Publication 5580. Washington 1949 (released Febr. 1950), S. 127.

⁷⁰ Maurice Matloff u. Edwin M. Snell, Strategic Planning for Coalition Warfare 1941–1942, Washington 1953, S. 380.

⁷¹ Ray S. Cline, Washington Command Post. The Operations Division, Washington 1951, S. 216 f., 313.

führung gewinnen werde, wurde weder damals noch nach Casablanca von seiten der Washingtoner Generalstäbe angestellt⁷².

Die vielfach gehegte Annahme, daß die Erklärung von Casablanca eine Rooseveltsche Improvisation darstelle, ist also unzutreffend. Eher gilt, daß sie in vielem undurchdacht war, anders ausgedrückt, daß die Argumente für und wider sich erst hinterher in vollem Umfang einstellten; daß nämlich das Schlagwort erforderlich gewesen sei 1. um die Einigkeit der Heimatfront zu erhalten und zu festigen, auch gegenüber der feindlichen Propaganda⁷³, 2. um die Koalitionsfront zu erhalten und zu festigen. Unconditional surrender trat an die Stelle der Versicherung der Partner früherer Koalitionen, daß sie keinesfalls vor dem Siege aus dieser austreten würden; bei seiner Scheu gegenüber Verträgen hätte Amerika diese Zusicherung nicht gut im Vertragsweg geben können. Unconditional surrender bildete, an Stalins Adresse gerichtet, auch den Ersatz für oder die Vertröstung auf die beharrlich geforderte „zweite Front“, welche die westlichen Alliierten zur Zeit von Casablanca noch nicht eröffnen konnten. Die Forderung würde ferner allen vorzeitigen und unbequemen, wenn nicht gefährlichen, Kriegszielsdiskussionen einen Dämpfer aufsetzen. Die Kosten und Mehrkosten, die ein Festhalten an der Kapitulationsforderung mit sich bringen würde, ihr unelastischer Charakter, wurden demgegenüber von der Rooseveltschen Administration gar nicht erst in Rechnung gesetzt.

Churchill – erst in den Anfangstagen der Begegnung von Casablanca, und nicht schon vorher, über die beabsichtigte Forderung der unbedingten Übergabe unterrichtet – erhob keinerlei Widerspruch, und ebensowenig das von ihm befragte Kriegskabinet in London. Dieses bestand sogar darauf, daß entgegen Churchills Vorschlag, solches nicht von Italien zu verlangen – „the omission would be to encourage a break-up there“ –, dieses Land, das so manchen Krieg auf der ursprünglich gegnerischen Seite beendet hatte, ebenfalls unbedingte Übergabe akzeptieren müsse⁷⁴. Die zivilistische Intransigenz wäre auch hier anzumerken. Den Pressevertretern in Casablanca gegenüber gerierte sich Churchill, nachdem Roosevelt seinerseits die Formel öffentlich proklamiert hatte, als „wären es die Wähler von Epping“, denen es zu erklären galt, daß dies der Alliierten „one design and purpose“ sei – „the unconditional surrender of the criminals who have plunged the world into storm and ruin“⁷⁵.

Lange, so lange etwa, wie der härteste Kampf im Felde währte, war Stalin nicht gerade ein begeisterter Anhänger des ihm nach dem Treffen von Casablanca mit-

⁷² Matloff u. Snell a. a. O.

⁷³ Diese Funktion unterstrich Roosevelt in einer Ansprache an die White House Correspondents' Association zweieinhalb Wochen nach Casablanca: Es sei geboten, die Einheit beider Fronten zu wahren gegenüber der feindlichen Propaganda, die die Verdächtigung ausstreue, daß nach erfolgtem Siege die jetzigen Alliierten in einen Hund-und-Katze-Streit über die Beute geraten würden. Samuel I. Rosenmann, *Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, New York 1938 ff., Band für 1943, S. 74 ff.

⁷⁴ Winston S. Churchill, *The Second World War*, Bd. V (Closing the Ring), S. 686.

⁷⁵ Philip Jordan, *Tunis Diary*, London 1943, S. 151 f.

geteilten Prinzips der unbedingten Übergabe; er hatte weniger dafür übrig, als Roosevelt in Casablanca annahm, wo er meinte:

“It’s just the thing for the Russians. They couldn’t want anything better. ‘Unconditional surrender’, he repeated . . . ‘Uncle Joe might have made it up himself’ “⁷⁶.

Bei der Begegnung in Teheran bezweifelte der Marschall die Ratsamkeit des Prinzips mit seinem ungeklärten Inhalt, was alles nur dazu dienen könne, das deutsche Volk fester zusammenzuschließen, während eine Spezifizierung den Tag der deutschen Kapitulation eher beschleunigen würde⁷⁷. Erst nachdem das Prinzip seinen destruktiven Charakter voll offenbart hatte – der geborene Europäer gedenkt mit Schaudern der Tage des amerikanischen „unterbewußten Bolschewismus“, der ahnungslos, ja sehnsüchtig, den „marche Slave“ Tschaikowskij und Stalins über sich ergehen ließ –, nahm auch Stalin das Prinzip in vollem Umfang an, „wahrscheinlich weil ein völlig zerstörtes Deutschland Rußlands Programm der Nachkriegsexpansion erleichtern würde“, wie es ein früh von der „seltsamen Allianz“ enttäuschter amerikanischer General ausdrückte⁷⁸. Finnland und Bulgarien gegenüber, deren Kapitulation er entgegennahm, bestand Stalin nicht auf deren Unbedingtheit, während er meinte, die Japaner wären leichter ohne den Gebrauch der Worte „unconditional surrender“ zur Kapitulation zu bewegen – „they could be given, the works‘ once we get to Japan “⁷⁹.

In den Vereinigten Staaten fand die Forderung nach unbedingter Übergabe so wenig Widerstand und Kritik wie die sonstige Kriegspolitik der Rooseveltischen Administration. Ein Altliberaler wie Senator Norris (von Nebraska), der 1917 gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den europäischen Krieg gestimmt hatte, hatte solche Kapitulation schon vor Casablanca gefordert, zusammen mit totaler Abrüstung als „essential for permanent peace“⁸⁰. Eine Meinungsbefragung nach Casablanca stellte fest, daß 81% der Befragten der Forderung nach unbedingter Übergabe zustimmten⁸¹. Für die amerikanische Demokratie war wie der erste auch der zweite Weltkrieg ein „war to end war“, das schlechthin höchste Motiv, um überhaupt einen Krieg zu unternehmen, dessen letzte Wurzeln man diesmal glaubte durch eine völlige Besiegung, eine völlige Entmachtung und Umerziehung des Gegners ausrotten zu können – *debellatio* ein für allemal. Alles auf der feindlichen Seite, Personen wie Einrichtungen, schien „tainted with aggression“ – daher denn auch von seiten der westlichen Alliierten keine Bemühung um Kontakte mit oppositionellen Elementen, d. h. deren Anerkennung.

⁷⁶ Elliott Roosevelt, *As He Saw It*, New York 1946, S. 117.

⁷⁷ Sherwood, Roosevelt and Hopkins, Bantam ed. II, S. 407.

⁷⁸ General John R. Deane, *The Strange Alliance*, New York 1947, S. 162.

⁷⁹ The Forrestal Diaries, ed. by Walter Millis, New York 1951, S. 68.

⁸⁰ New York Times, 7. Dezember 1942.

⁸¹ Thomas A. Bailey, *A Diplomatic History of the American People*, 4. Aufl., New York 1950, S. 814f. Im Kongreß verlangte das Kongreßmitglied Hinshaw am 2. Dezember 1943, daß Japan bedingungslos kapituliere, so wie es Pershing 1918 von Deutschland gewollt hatte. *Congressional Record*, Bd. 89, Teil 8, S. 10236ff.

„Der wesentliche Gedanke, der hinter dieser Politik stand, war der leidenschaftliche Glaube, daß je mehr der Gegner bei Abschluß der Feindseligkeiten aller Macht beraubt wäre, desto sicherer der Friede hergestellt werden würde . . . Selbst der geringste Rest von Macht und Einfluß, der dem Verlierer verbleiben mochte, wäre zu fürchten als möglicher Infektionsherd, von dem die Krankheit des Kriegs neuerdings ausstrahlen“ könnte, der Glaube, daß „ein kausaler Zusammenhang bestehe zwischen maximaler Zerstörung im Kriege und dem dauernden Frieden, der ihm folgen möchte“⁸².

Es sollte tabula rasa geschaffen werden, für alle Zukunft, gegen alle Vergangenheit. Je schneller die Feinde dies einsahen, um so besser für sie: „The quicker they unconditionally surrender the cheaper will be unconditional surrender“ (Senator Vandenberg, 10. 1. 45)⁸³.

Einer der ganz wenigen Kritiker dieser Politik war im Kongreß Senator Wheeler, der wegen seiner Angriffe auf die Administration und ihre „eselhafte Politik“ der unbedingten Übergabe, die nicht einmal berücksichtige, daß Verhandlungen mit dem Feinde eines Tages eben doch stattfinden müßten, prompt nicht wiedergewählt wurde⁸⁴. Ihm nahe standen in dieser Kritik die in Chicago und Washington erscheinenden Zeitungen der Familie McCormick-Patterson, „reaktionäre“ Organe nach Meinung der Politiker des „New Deal“, denen die „Chicago Tribune“ und andere Blätter vorhielten, daß sie „in their desire to go on to unconditional surrender will have powerful weapons in the natural human lust for revenge“, statt auf die Stimmen der „Weisheit und Mäßigung“ zu hören, wie solche vom Papst und den Neutralen zu vernehmen waren⁸⁵. Wann und wo die Kritik des Senators Taft an der Formel der unbedingten Übergabe begann, während des Krieges oder erst nachher, ist noch nicht näher festgestellt⁸⁶.

Die englische Kritik an der Formel war eher weiter verbreitet und ausgesprochener – ob sie zum schnellen Sturz Churchills im Sommer 1945 beigetragen hat, mag dahingestellt bleiben. Crowther, der Herausgeber des weit über die Wirtschaftskreise hinaus gelesenen „Economist“, attackierte, ebenso wie den Morgenthau-Plan und das „saturation bombing“, auch die Annahme der Formel als eines der Zeichen britischer Unterwürfigkeit gegenüber Amerika⁸⁷. Und als ein wenigstens in seinen Ausdrücken wählerischer Publizist selbst in einer Zeit des unwählerischen Wortgebrauchs war Harold Nicolson, obwohl er dem Gedanken eines totalen und vollständigen Sieges zustimmte,

„never enamored of that careless Yankee phrase which has from the first seemed to me illogical, unwise and inexact. Even the most crushing armistice contains conditions . . . The phrase is in fact so devoid of all logical interpretation that a

⁸² Kecskemeti a. a. O., S. 237f., 167.

⁸³ Forrestal Diaries, S. 23. V. war von den Republikanern im Senat ungefähr am wenigsten „Isolationist“.

⁸⁴ New York Times, 7. Januar u. 28. Februar 1945.

⁸⁵ John Tebbel, *An American Dynasty*, New York 1947, S. 314.

⁸⁶ Vgl. dafür etwa New York Times, 7. Juni 1952.

⁸⁷ Ebd., 7. Januar 1945; Newsweek, 9. Januar 1956.

Minister of the Crown recently referred, without blushing, to the 'terms of unconditional surrender' ⁸⁸."

Dergleichen Proteste konnten von Roosevelt und Churchill leichter überhört werden als die anderer, zum Problem der unbedingten Übergabe ebenso wenig befragter Stellen und Persönlichkeiten. Im State Department, weitgehend entmachteter, waren Hull und verschiedene seiner Beamten „basically opposed to the principle“ – es könnte den Krieg verlängern durch Verhärtung des Widerstandes von seiten der Achse zu einem Widerstand der Verzweiflung und in seiner Anwendung nach Kriegsende die Sieger dazu nötigen, die Verwaltung der eroberten Länder zu übernehmen, eine Aufgabe, für welche sie in keiner Weise vorbereitet seien⁸⁹. Eine weitere diplomatische Erwägung, die Vernichtung Deutschlands, Japans und Italiens als Faktoren eines weltweiten Mächtegleichgewichts, floßte Hull keine Bedenken ein – als alter Wilsonianer rechnete er mit einem endgültigen Begräbnis dieses von jeher friedengefährdenden Systems und seiner Ablösung durch ein System der Mächte-Vereinigung, der Mächte-Harmonie, der United Nations. Einige der Neutralen indes, weniger optimistisch, bedauerten die zu gewärtigenden revolutionären Folgen einer unbedingten Übergabe und das damit verknüpfte Verschwinden der Gegengewichte, etwa im östlichen Europa, wo gerade diese drohende Gefahr die vorsichtigen Türken davon abhielt, auf seiten der Alliierten in den Krieg einzutreten⁹⁰.

Die erste Besorgnis Halls wurde durchaus geteilt von den mit „political warfare“, der feindwärts gerichteten Propaganda, betrauten Persönlichkeiten und Stellen. Eingesetzt hatte diese Propaganda, namentlich in England, zunächst mit einer sog. „hope clause“ für Deutschland, der Eröffnung einer Hoffnung für die Nichtnationalsozialisten unter den Deutschen, „for whom we have no bitter feeling“, welches letzteres vielmehr allein einem „tyrannous and foresworn regime“ gelte. Dies war eine Linie der Propaganda, an die man sich zur Erleichterung von Goebbels – der sich dazu gratulierte, daß die Gegner diesmal „keine Wilsonschen 14 Punkte haben“⁹¹ – in der Folge nicht hielt⁹², nach Casablanca nicht mehr halten konnte.

Gegenüber den immer wiederholten Anträgen der Männer der Propaganda⁹³,

⁸⁸ The Spectator, 23. März 1945, wiederabgedr. in Comments, 1944–1948. London 1948, S. 77 (Hervorhebung von mir).

⁸⁹ Hull, Memoirs, Kap. 113.

⁹⁰ John Ehrmann, Grand Strategy, Bd. 5 (London 1956) S. 90. Für die Be- und Verurteilung der Forderung nach unbedingter Übergabe seitens der deutschsprachigen Presse in der Schweiz, ihrer Negativität, die zu Anarchie und Revolution in Westeuropa führen würde, mit schlimmen Auswirkungen auch für die Schweiz, vgl. Ernst-Otto Maetzel, Die deutsch-schweizerische Presse zu einigen Problemen des Zweiten Weltkriegs, Tübingen 1955. Für des Papstes „bekannte kritische Haltung gegenüber der Formel der unbedingten Übergabe“ vgl. etwa New York Times, 31. Januar 1945.

⁹¹ 25. Januar 1942. The Goebbels Diaries, 1942–1944. New York 1948, S. 47, 144f.

⁹² Die Zitate nach einer Radio-Ansprache Chamberlains vom 4. September 1939. Darüber und über das Spätere Fuller, Military History III, S. 378, 506ff.

⁹³ Die mit der Propaganda betrauten Washingtoner Ämter waren von der auch an sie gestellten Forderung der „unconditional surrender“ so überrascht, daß noch Ende 1943 keine

eine „Hoffnungsklausel“ verwenden zu dürfen, von oberster Stelle eine genauere, dem Feind mitzuteilende Erläuterung der Kriegsziele der Alliierten zu erlangen, um so „die guten Deutschen“ – wenn es ihrer genug gebe, um den Versuch der Mühe wert zu machen – von den schlimmen zu trennen, hielt Roosevelt (Churchill war Mitläufer, aus Temperament und als gebundener Bundesgenosse) unerschütterte an der Forderung nach unbedingter Übergabe fest, fester wohl als an allen anderen Stücken seiner Politik. Ihn berührte es nicht, wenn ihm berichtet wurde, daß die Aufrechterhaltung seiner Forderung Goebbels erlaube, „to explain it to his own people as the official avowal of the Allied intention to destroy Germany“⁹⁴, eine Absicht, wie sie durch den Morgenthau-Plan oder den Vorschlag eines New Yorker Anwalts, die Deutschen en masse zu kastrieren, erhärtet zu sein schien.

In ihrer Stellungnahme gegen die intransigente Forderung nach unbedingter Übergabe fanden sich die Männer der feindwärts gerichteten Propaganda in Amerika und England, Wallace Carroll, James P. Warburg, Bruce Lockhart, mit den Befehlshabern der Alliierten im Feld, von denen einige diese Forderung „den ärgsten psychologischen Mißgriff des Krieges“ nannten. Unter ihnen war Eisenhower, nicht der behutsame Memoirenschreiber, wohl aber der in Italien kommandierende General, der gern den dortigen Feldzug durch das Angebot einer „ehrenhaften Kapitulation“ an die Italiener abgekürzt gesehen hätte, und der auch den Vertretern des „psychological warfare“ in seinem Hauptquartier erlaubte, den Italienern gegenüber eine „weichere Linie“ zu verfolgen, bis er von Churchill wegen Einmischung in politische Angelegenheiten einigermaßen schroff zur Ordnung gerufen wurde⁹⁵. Er hat nach den Aufzeichnungen seines persönlichen Adjutanten geglaubt, man könne durch Einräumung ehrenhafter Bedingungen an die Italiener

Übereinstimmung darüber bestand, wie man in der nach Deutschland gerichteten Propaganda den Ausdruck, wenn überhaupt, übersetzen sollte. In einer Korrespondenz des Verf. mit der Anthropologin Ruth Benedict, damals im Office of War Information, von Dezember 1943 schrieb letztere: „I thoroughly agree with you about the inadvisability of the term ‚U.S.‘ from every point of view. Perhaps the State Department will eventually do something to eliminate it.“ Man einigte sich, unter Zustimmung des State Department, auf „bedingungslose Waffenniederlegung“, also nicht, wie in der Radiopropaganda betont wurde, bedingungslose Übergabe „des Volkes“. Wallace Carroll, *Persuade or Perish*, Boston 1948, S. 321.

⁹⁴ Wie weit in der Goebbelschen Propaganda die u.s.-Forderung unterstrichen wurde, (darüber u. a. Carroll a. a. O., S. 323 f.; die Untersuchung von Ernst Kris und Hans Speier, *German Radio Propaganda*, N.Y. 1944, erwähnt das Motiv überhaupt nicht), wäre noch genauer zu untersuchen. Die nur lückenhaft erhaltenen Tagebücher (*The Goebbels Diaries*, ed. Louis P. Lochner) nehmen nur selten Bezug darauf, etwa in den Eintragungen vom 18. April und 27. Mai 1943: „Churchill behauptet immer noch, daß bedingungslose Übergabe das Kriegsziel der angelsächsischen Mächte sei. Er wird lange warten müssen, bis er das Ziel erreicht“, und vom 28. November 1943, bezüglich der russischen Forderung in diesem Sinne, a. a. O., S. 334, 398 f., 492, 556. Die Goebbelschen Tagebücher bezeugen im Original ein größeres Augenmerk auf „bedingungslose Kapitulation“, als die Lochnersche Edition annehmen ließ; der Propagandaminister fürchtete etwa die „infamen Pläne“ einer etwaigen Abmilderung der Kapitulationsforderung (s. bes. Eintragung vom 4. Dez. 1943). In den Hitlerschen Tischgesprächen findet sich kein Bezug auf die Forderung.

⁹⁵ Vgl. Carroll a. a. O., S. 171 f., 313 f.

den Krieg verkürzen, der dabei eingesparten Leben nicht zu gedenken (17. August 1943). Als endlich nach wochenlangen Verzögerungen, die durchweg zu Lasten der Regierungen fallen, endlich der Waffenstillstand mit der Regierung Badoglio unterzeichnet war, fand Eisenhower die Bedingungen „unnötig hart“ und argwöhnte sogar, daß „unsere Regierungen zu Hause einen Galapropagandatag veranstalten wollen, indem sie aller Welt die unnachgiebigen Bedingungen der Übergabe ankündigen“⁹⁶.

Vor Beginn der Landungen in der Normandie hätte Eisenhower gern versucht, „einem deutschen Badoglio“ den Weg zu bereiten und dabei die Forderung der unbedingten Übergabe abzuschwächen. Aber Roosevelt und Churchill wollten von diesem Plan – der neuerdings von einer typischen, übernationalen Tendenz der Generalstäbe zur Beendigung des Krieges zu sprechen erlaubt – nichts hören. Im November 1944, nachdem der Morgenthau-Plan an die Öffentlichkeit gelangt war, klagte Eisenhower bei den Joint Chiefs of Staff, daß „der deutsche Widerstand sehr zäh sei und daß er, wenn der Ausdruck unconditional surrender nicht noch modifiziert werden könne, kein Ende des Krieges absehe außer nach einem langen und erbitterten Kampfprozeß“. Aber an höchster Stelle wurde erneut entschieden, es sei nun zu spät, von der Forderung abzugehen, auch würde jede Änderung unfehlbar als Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden⁹⁷. Beratungen von Vertretern des Staats-, Kriegs- und Marineministeriums von Mitte Januar 1945, denen ein neuerlicher Vorschlag der Psychological Warfare-Abteilung in Eisenhowers Hauptquartier vorlag, grundsätzlich zu scheitern zwischen deutscher Regierung, dem Oberbefehl und der NSDAP einerseits und dem deutschen Volk andererseits, mußte abgelehnt werden – „the definition of the phrase ‚unconditional surrender‘ and the policy of trying to convey our views to the German people was necessarily a matter of high policy“, die auf einer höheren Ebene als derjenigen der Departementsleiter zu entscheiden sei, was auch immer die gerade vom Marinesekretär bedauerten Mehrkosten des Krieges angehe, die aus der Sachlage erwachsen⁹⁸. Das Prinzip blieb dem Kompetenzbereich des Präsidenten vorbehalten, der starr an ihm festhielt. Er hatte nichts eingewendet, als Rußland im März 1944 mit Finnland in Waffenstillstandsverhandlungen eingetreten war und diese nicht auf der Grundlage bedingungsloser Übergabe vor sich gingen: „From time to time there will have to be exceptions not to the surrender principle but to the application of it in specific cases. That is a very different thing from changing the principle“, welches gegenüber Deutschland und Japan fortbestehen müsse⁹⁹.

⁹⁶ Harry C. Butcher, *My Three Years with Eisenhower*, New York 1946, S. 390, 405. Die beste militärgeschichtliche Kritik an den Prozeduren der italienischen Kapitulation bei Samuel Eliot Morrison, *Sicily-Salerno-Anzio (History of U.S. Naval Operations in World War II, Bd. IX, Boston 1954)*, S. 237.

⁹⁷ Carroll a. a. O., S. 322 f. Für die Ansichten und Bemühungen der „psychologischen Kriegsführung“ vgl. außer Carroll: J. Bruce Lockhart, *Comes The Reckoning*, London 1947, und James P. Warburg, *Germany – Bridge or Battleground*, New York 1947.

⁹⁸ Forrestal Diaries, S. 25.

⁹⁹ Hull, *Memoirs*, S. 1575 ff.

Das war am Vorabend von Jalta, wo neuerdings an der bedingungslosen Übergabe festgehalten wurde, gerade auch von Churchill, wenn er erklärte, „unconditional surrender gave us the right to determine the future of Germany... We reserve under these terms all rights over the lives, property and activities of the Germans“¹⁰⁰ – wo die Partner sich verschworen, noch über den Tag der Kapitulation hinaus festzuhalten an „plans for enforcing the unconditional surrender terms which we shall impose together on Nazi Germany after German armed resistance has been finally crushed. These terms will not be made known until the final defeat of Germany has been accomplished“¹⁰¹. Diese Bedingungen – nach dem Eingeständnis der Alliierten in Jalta so hart, daß ihr Bekanntwerden selbst zu dieser späten Stunde noch „would make the Germans fight all the harder... Eisenhower does not want that“ (Churchill)¹⁰² – waren von einer in London tagenden European Advisory Commission der drei, später vier Siegermächte seit Juli 1944 ausgearbeitet, einschließlich einer „unqualified acknowledgement on the part of Germany of the complete defeat of the German armed forces on land, at sea and in the air“¹⁰³, und wurden dann in Reims am 7. Mai 1945 von den Vertretern der Wehrmacht unterzeichnet, die, wie es in der Urkunde heißt, „hereby surrender unconditionally“.

Bereits in den ersten Wochen nach dem Tod Roosevelts – dessen Nachfolger bei Amtsantritt zunächst öffentlich erklärt hatte: „Unsere Forderung ist und bleibt unbedingte Übergabe“¹⁰⁴ – gewann die Anschauung, „daß es für uns das beste wäre, wenn die Japaner in eine Form bedingungsloser Übergabe willigten, die ihnen nach ihrer eigenen Meinung einiges ‚Gesicht‘ und einige Ehre beließe“¹⁰⁵, in den Washingtoner Ämtern Boden. Sie wurde gestützt durch Diplomaten wie den Unterstaatssekretär Joseph C. Grew, die aus ihrer Stationierung in Japan einige Kenntnis japanischer Mentalität, japanischer politischer und militärischer Denkprozesse besaßen, dann auch durch die Generalstabsplaner einer japanischen Invasion, die jetzt erstmals die voraussichtlich hohen Kosten einer Invasion Japans in Rechnung setzten; und sie wurde schließlich auch von dem neuen Präsidenten akzeptiert. In Verfolg eines Antrags der militärischen Planungsstellen auf öffentliche Erklärung der Kriegsziele, „in effect giving definition to unconditional surrender“¹⁰⁶, wurde schließlich den Japanern eine Art von bedingter bedingungsloser Übergabe zugestanden¹⁰⁷. Das erlaubte der Friedenspartei in Tokio, sich des Widerstandes der fanatischen und selbstmörderischen Durchhalter in der Armee zu erwehren; ihn

¹⁰⁰ Foreign Relations of the United States: The Conferences at Malta and Yalta, Washington 1955, S. 614.

¹⁰¹ Communiqué vom 12. Februar 1945.

¹⁰² The Conferences at Malta and Yalta, S. 627.

¹⁰³ Ebd., S. 113.

¹⁰⁴ Truman vor dem Kongreß, 16. April 1945.

¹⁰⁵ 11. Mai. So der Vorschlag des Vizeadmirals Richard S. Edwards, Vice Chief of Naval Operations: Forrestal Diaries, S. 55.

¹⁰⁶ Cline a. a. O., S. 345 ff.

¹⁰⁷ „Japan surrendered when she perceived that the principle of unconditional surrender could be applied conditionally.“ Hull a. a. O., S. 1582.

zu brechen vermochte nur das Machtwort des Kaisers, dem zu ihrem eigenen Glück und Vorteil die westlichen Alliierten die weitere Existenz verstattet hatten¹⁰⁸. Niemand stieß sich an der *contradictio in adiecto* dieses Kriegsschlusses, ausgenommen vielleicht Kommunisten. Völkerrechtler mochten zu dem Schluß kommen, daß „Japans Übergabe faktisch eine verhandelte Übergabe war“¹⁰⁹, während den Massen in den Proklamationen des V-J-Tages, des Tages des Sieges über Japan, erklärt wurde, daß man den totalen Sieg und die unbedingte Übergabe erzielt habe. Bedeutete das für sie ein *happy ending*? Vielleicht doch nicht. „Multitudes are really competing with ghosts, with early fraternal or parental rivals. They are never happy because they can never achieve what they want: namely, absolute victory“¹¹⁰.

Solch immer wachsender Zweifel am totalen Sieg und der unbedingten Übergabe als seiner Vorbedingung, von einem psychologisierenden Rabbiner in der Stunde des Sieges geäußert, ergriff bald weite Kreise¹¹¹. Am schärfsten wurde die Kritik an der Roosevelt-Churchillschen Politik in den Kreisen englischer und amerikanischer Militärs und Militärschriftsteller – durchweg ehemaliger Offiziere – formuliert, während sie am ehesten noch von Historikern, wie Wheeler-Bennett und Namier, und „political scientists“ verteidigt oder beschönigt wurde¹¹². Auch am 10. Jahrestag des europäischen Sieges noch fand ein – übrigens in den Südstaaten lehrender – Professor der politischen Wissenschaft, daß „surely the President's political genius never burned brighter than when he rescued this phrase – unconditional surrender – from oblivion and made it serve American purposes“¹¹³, ohne der Starrheit und Sturheit zu gedenken, mit welcher der sonst so bewegliche meisterhafte Politiker auf die Formel von Casablanca festgelegt blieb. Bei anderen Historikern und Publizisten haben Idee und Praxis der unbedingten Übergabe scharfe Kritik erfahren, wie

¹⁰⁸ Für die japanische Kapitulation vgl. im einzelnen Robert C. Butow, *Japan's Decision to Surrender*, Stanford 1954.

¹⁰⁹ Joseph C. Grew in *New York Times*, 10. September 1950.

¹¹⁰ Joshua Loth Liebman, *Peace of Mind*, New York 1946, S. 100.

¹¹¹ Ein literarisches Denkmal dieser Enttäuschung wäre John Dos Passos' Roman „*The Great Days*“ (New York 1958), mit seinem Haupthelden, der dem verstorbenen Sekretär für Verteidigung Forrestal nachgebildet ist, der vergebens versucht, seinen Kabinettskollegen klarzumachen, daß die Verknüpfung von „bedingungsloser Übergabe“ und „Vertrauen auf die Sowjets“ das Mächtegleichgewicht in der Welt in solche Unordnung bringen würde, daß wenigstens zwei Generationen mit seiner Wiederherstellung würden zu tun haben.

¹¹² Für eine Verteidigung der bedingungslosen Kapitulationsforderung im gewesenen, nicht jedoch im künftigen Kriege, vom Standpunkt des Kriegspropagandisten vgl. Elmer Davis, *What are wars for? Or, How not to do it next time*, in: *Harper's Magazine*, Januar 1949. Davis war Leiter des Office of War Information in Washington.

¹¹³ John L. Chase, *Unconditional Surrender Reconsidered*. *Political Science Quarterly*, Juni 1955, S. 274. Für die negative Beurteilung der u.s.-Forderung gegenüber Japan vgl. das Urteil eines englischen Historikers in: F. C. Jones, *Japans' New Order in East Asia, its Rise and Fall 1937–1945*, New York 1954. An sonstigen historischen Behandlungen des Themas seien noch erwähnt Günter Moltmann: *Die Genesis der u.s.-Forderung*. *Wehrwiss. Rundschau* 6 (1956), S. 105ff., 177ff., und Henri Calvet, *La rendition inconditionnelle – idée Rooseveltienne*. *Revue d'Histoire de la deuxième guerre mondiale*, Bd. 5, Nr. 20 (Okt. 1955), S. 43ff.

etwa bei dem Australier Chester Wilmut, in „The Struggle for Europe“ (New York 1952) und, auf eigene langjährige Regierungspraxis gegründet, bei Lord Hankey (Politics, Trials and Errors, Chicago 1950), beim amerikanischen Publizisten William Henry Chamberlain (America's Second Crusade, New York 1950) und bei dem emigrierten deutschen Nationalökonom Moritz J. Bonn (Wandering Scholar, New York 1958, S. 380 ff.).

Als Historiker des deutschen Widerstands betont Hans Rothfels nicht nur die Folgen der „Einfrierungs“-Formel für die Kriegführung der Alliierten, nämlich die wahrscheinliche Verlängerung des Krieges, sondern auch ihre Auswirkung auf die Bemühungen der Opposition, mehr „widerstrebende Generale zu sich herüberzuziehen“, die jedoch angesichts dieser Forderung einem militärisch aussichtslos gewordenen Widerstand immer noch den Vorzug vor einer politisch völlig aussichtslosen Kapitulation geben wollten und so in der Linie Hitlers und seines desperaten Endkampfes blieben: dafür hätte Hitler den westlichen Alliierten Dank sagen können, wenn das in seiner Art gelegen hätte. Trotz allem, was diese von der deutschen Opposition wußten oder wissen konnten, verschlossen sie sich ihr weitgehend und der japanischen, mit der sie gar nicht erst Kontakte suchten, gänzlich; sie taten nichts, jene Opposition zu ermutigen, sie namens der Ideale des Westens sozusagen zu beglaubigen, und trieben sie in den verzweifeltsten Versuch von 1944, einem vollends verderbenbringenden Regime, das so sinnlos geworden war wie die Verteidigung des anarchistischen Fort Chabrol, ihrerseits ein Ende zu bereiten¹¹⁴.

Wie schon nach dem Widerstreben der im Felde kämpfenden Militärs gegen die Forderung der unbedingten Übergabe zu erwarten war, kam die schärfste Kritik an ihr von seiten schreibender Militärs, nicht so sehr der eilfertigen Memoirenschreiber als der berufsmäßigen Kritiker. „Diese beiden Worte – ein stinkender Albatros am Hals von Amerika und Großbritannien“, so General J.F.C. Fuller¹¹⁵; einer der mannigfachen „großen Fehler des Krieges“, so Hanson Baldwin, der Militärkorrespondent der New York Times, nach dessen Ansicht die Anglo-Amerikaner, nachdem sie die Wilsonschen Vierzehn Punkte „durch das extreme Negativ“ ersetzt hatten, „bei Kriegsende zum führenden Exponenten der schrecklichen Kunst des totalen Kriegs geworden waren“¹¹⁶. Für Captain B. H. Liddell Hart war die Forderung nach bedingungsloser Übergabe ein weiterer Schritt des Niedergangs zivilisierter Formen der Kriegführung.

„Es ist die Kombination eines unbegrenzten Ziels mit einer unbegrenzten Methode, die Adoption einer Forderung nach unbedingter Übergabe kombiniert mit einer Strategie der totalen Blockade und der Verwüstung durch Bombardierung . . ., welche in diesem Krieg unvermeidlicherweise eine zunehmende Gefährdung der, relativ gesprochen, wenig tiefen Fundamente zivilisierten Lebens herbeigeführt hat . . . Unter den Umständen dieses Krieges war es schwierig für uns zu vermeiden,

¹¹⁴ Rothfels a. a. O., S. 156 ff.

¹¹⁵ The Second World War, London 1948, S. 258 f. Die Anspielung geht auf die Horrors des Coleridge'schen Gedichtes vom „Ancient Mariner“ zurück.

¹¹⁶ Great Mistakes of the War, New York 1950, und The Price of Power, New York und London 1947.

diese Mittel zum Extrem zu treiben, wenn wir nun einmal die bedingungslose Übergabe der feindlichen Mächte als Ziel gesetzt hatten . . . Das ändert nichts an der Tatsache, daß diese Politik paradoxerweise den Versuch mit sich brachte, die europäische Zivilisation zu erhalten durch Anwendung der unzivilisiertesten Kriegführung, welche die Welt seit den Verheerungen durch die Mongolen gesehen hat¹¹⁷.

Kein uns bekannter Militärschriftsteller, ob rückwärts- oder vorwärtsschauend, hat sich zum Verteidiger der bedingungslosen Kapitulation gemacht. Colonel F. O. Miksche, ein nach England emigrierter Tscheche, der Ende 1951 aus dem Militärlager von Cumberley schrieb, ging so weit, dies „die Hauptwurzel des Übels der heutigen Welt“ zu nennen und Jalta als „eine Art unconditional surrender der Westmächte an Rußland“ zu bezeichnen. Wenn die vor und seit 1945 begangenen Irrtümer wiedergutmacht werden sollen, „so werden wir, so widerwärtig auch immer diese Pille ist, ‚unbedingten Frieden‘ mit Deutschland schließen müssen, wollen wir anders aus unserer eigenen unconditional surrender“ – an Rußland nämlich – „herauskommen“¹¹⁸. Die Nachkriegsbemühungen gerade der Militärs um die „Remilitarisierung“ Deutschlands schwingen in dieser Verurteilung der Forderung von Casablanca ebenso mit wie die amerikanischen Erfahrungen im Korea-Krieg – in dem die Vereinigten Staaten „es vorsätzlich unternahmen, einen größeren Krieg in geringerem Umfang durchzuführen, als wir dazu imstande gewesen wären“ – und in der Ansicht eines jüngeren amerikanischen Seeoffiziers, des Commanders Ralph E. Williams, über den letzten, nicht verhinderten Weltkrieg: „In diesem verleitete uns eine moralische Hysterie zu der sinnlosen, paranoischen Behauptung, daß 80 Mill. Deutsche und 70 Mill. Japaner unsere Todfeinde seien und vernichtet werden müßten, wo immer man auf sie stoße, ganz gleich unter welchem Kostenaufwand“¹¹⁹.

Die von den Militärschriftstellern versuchten Erklärungen und ihre völlige Verurteilung der Politik wie der Prozeduren der „unbedingten Übergabe“ dürften letzten Endes zurückzuführen sein auf den ihnen gemeinsamen Horror vor dem totalen Krieg, dem gewesenen und künftigen, den seit je – trotz Ludendorff – die zivilen Gewalten mehr gesucht oder gefördert haben als die militärischen. Es sollte der Klärung des militärischen Denkens dienen, wenn die Rand Corporation als „part of the research program undertaken for the United States Air Force“ – und das heißt durchaus: in deren Auftrag – eine Untersuchung der unbedingten Übergabe als Fall von „strategic surrender“ durchführte und in diesem Jahr veröffentlichte: Paul Kecskemetis Buch dieses Titels. Von der Tätigkeit der Rand Corporation sei hier nur so viel angemerkt, daß ihre durchweg zivilen Mitglieder nicht wenige der Probleme künftig möglicher Kriege durchdenken, die früher – und zwar ganz geheim – einem Generalstab oblagen, dann aber wegen der Ruhelosigkeit der häufig versetzten

¹¹⁷ The Revolution in Warfare, London 1946, S. 60.

¹¹⁸ Unconditional Surrender, London 1952. In diese Reihe gehört ferner der britische Captain Russell Grenfell: German War Guilt and the Future of Europe. Unconditional Hatred, New York 1953 oder die scharfe Kritik an der Forderung seitens eines der Lehrer an der Militärkadettenschule in West Point: Military Affairs, Bd. XVIII, S. 24.

¹¹⁹ In einem in den United States Naval Institute Proceedings Bd. 80 (1954) veröffentlichten und mit einem Preis gekrönten Aufsatz.

Berufsmilitärs und ihrer technologischen Präokkupationen einem Zivilstab zur Bearbeitung zugewiesen wurden^{119a}.

Jene Untersuchung kommt zu durchaus kritischer Beurteilung der Kapitulationspolitik der westlichen Alliierten, zu dem Ergebnis etwa,

„daß der Krieg womöglich unnötigerweise verlängert wurde durch die Politik des unconditional surrender, nicht wegen des Effekts des Schlagwortes – bei den Gegnern der United Nations –, sondern weil die Festlegung auf die Bedingungslosigkeit die Alliierten daran hinderte, kapitulationsreife Situationen – wie solche gegenüber Italien und Japan bestanden – in der sachdienlichsten und schnellsten Weise auszunutzen“, mit der Folge, daß im italienischen Fall die Deutschen dank der alliierten Verschleppungen Italien völlig zu besetzen vermochten, im japanischen die Russen sich in diesen Krieg einzudringen vermochten.“ (S. 228f.)

Der große Irrtum der „Allied policymakers“ lag darin, daß „sie keinen Unterschied machten zwischen dem Problem, dem Gegner die strategische Niederlage aufzuzwingen, und dem anderen, ihn zur Übergabe zu bewegen... Zu versuchen, die Übergabe zu erreichen, und gleichzeitig prinzipiell jegliche Verhandlung mit ihm auszuschließen, ist eine *contradictio in adjecto*“ (S. 236). Selbst wenn die künftige Schwächung der Feinde, unternommen in der Absicht, zu verhindern, daß sie je wieder den Frieden bedrohten, ein gültiges Kriegsziel gewesen wäre (was angesichts der sehr günstigen Aussichten für ihre spontane „Reorientierung“ nicht der Fall ist), so war unconditional surrender nicht der Schlüssel hierzu. Hätten die Führer des Westens die Geschichte richtig gelesen, so hätten sie erkennen müssen, eine wie wenig dauerhafte Sache das in Kriegszeiten erzielte Monopol militärischer Stärke ist¹²⁰. Zwei Fragen stellten sich zur Herstellung eines dauernden Friedens nach Abschluß des zweiten Weltkriegs: War, wie angenommen, eine deutsche und japanische Revanche die hauptsächlich abzuwendende Gefahr? Und wenn ja, war eine feste und stabile Koalition dagegen verfügbar? Unglückseligerweise beantworteten die Führer der Alliierten die erste Frage mit Ja, obwohl die richtige Antwort Nein gewesen wäre. Und die zweite Frage warfen sie gar nicht erst auf, da sie nicht sahen, daß Frieden eine Sache des zwischenstaatlichen Gleichgewichts ist. Sie verließen sich stattdessen auf unconditional surrender und gingen dabei in der Schleifung der deutschen und japanischen Machtstruktur bis zur äußersten Grenze. Sie simplifizierten das Problem der Verhinderung künftiger Kriege dahin, daß sie den Friedensstörern eine Lektion verabfolgten, die sie niemals mehr vergessen würden (S. 238f.).

^{119a} Diese Arbeitsteilung erinnert nebenher daran, daß die bisherige Militärliteratur dem Problem der Terminierung von Kriegen kaum je Beachtung geschenkt hat und immer stärkstens der Abfassung von Siegesrezepten zugewandt geblieben ist. Der ältere Moltke erwog wohl in einem auch bei ihm seltenen Augenblick, was etwa im Fall der eigenen Niederlage zu tun wäre. „Gesetzt den Fall, wir unterlägen...“ Kessel, Moltke und der Staat, S. 46.

¹²⁰ Der erste Gedanke, dieses Monopol nach erfolgter Unterzeichnung des deutschen Waffenstillstandes zu durchbrechen, kam zum Ausdruck in Churchills Anweisung an Montgomery, die eingesammelten deutschen Waffen nicht zu zerstören, sondern zu lagern, „so daß sie an deutsche Soldaten ausgehändigt werden könnten, mit denen wir werden zusammenwirken müssen, wenn das sowjetische Vordringen weitergeht“. New York Times, 24. und 26. November, 5., 8. und 10. Dezember 1954.

Publizisten, die nach Kriegsende schrieben – in der Situation der abgründigen Teilung der Welt, ohne Aussicht auf friedliche Koexistenz, soweit es sich um grundsätzlich verschiedene Ideologien handelte –, sahen den totalen Krieg voraus, ohne ihn zu wünschen: „absolute war... in a bipolar world... with the forces of the world concentrated at two strategic centers, lunging at each other in unrestrained fury, each demanding total victory and the annihilation or unconditional surrender of the enemy“¹²¹. Demgegenüber gab ein militärisches Denken, wenn auch nicht generell, zu oder gab seine beratende Stimme dahin ab, daß selbst bei Verwendung der modernsten Waffen von den beiden Alternativen „conditional surrender or unlimited destruction“ die erstere vorzuziehen wäre¹²². Und in seiner Aussage vor einem Ausschuß des amerikanischen Senats im Februar 1951 erklärte Admiral Sherman, Chief of Naval Operations, daß er „im Fall eines allgemeinen Kriegs“ erwarte,

„daß wir alle Mittel und alle Kräfte, die wir besitzen, in Anwendung bringen würden, und daß wir hofften, den Krieg zum Abschluß zu bringen, ohne zuvor alles Feindgebiet überlaufen und besetzen zu müssen... Die Idee, weiterzukämpfen, bis der letzte Ar besetzt worden ist, ist eine ziemlich moderne Erfindung und keine besonders gute“¹²³.

Zum gleichen Problem des „globalen“ Krieges und seines voraussichtlichen Abschlusses meinte Feldmarschall Montgomery im November 1954, ein solcher würde enden mit einer „Phase der Verhandlungen (bargaining), sobald einmal das Land des Gegners und alles, was darin, auf Gnade und Ungnade der Luftmacht des Westen ausgeliefert sind. Wir werden alsdann den Luftangriff bis zu dem Punkte vortragen, wo der Feind unsere Bedingungen annimmt“¹²⁴. „Also: vollständiger Sieg und doch auch Verhandlungen.“

Der Abschluß des Korea-Krieges, der wohl die langwierigsten Waffenstillstandsverhandlungen aller militärischen Geschichte mit sich brachte, konnte von keiner Seite in der Form unbedingter Übergabe erwartet werden, ausgenommen vielleicht von Präsident Syngman Rhee, der sich eine unbedingte Kapitulation der nordkoreanischen Kommunisten erhoffte¹²⁵. In den Vereinigten Staaten führten diese Verhandlungen auch auf nichtmilitärischer Seite zu einer Auseinandersetzung über „new concepts of terminating war other than by unconditional surrender“ (Senator Fulbright), über „a reasonable conclusion“, anstatt derjenigen, „mit welcher man Deutschland heimgesucht hatte“ (Senator McMahon). Während die Vorschläge MacArthurs, als des Vertreters einer älteren Generation, auf eine Ausweitung des

¹²¹ Quincy Wright, *Problems of Stability and Progress in International Relations*, Berkeley 1954, S. 150.

¹²² Captain Carl H. Amme, U.S. Navy, in *U.S. Naval Institute Proceedings*, Juni 1950. Captain W.D. Puleston (*The Influence of Force, in: Foreign Relations*, New York 1955) meinte, die unbedingte Übergabe eines Heeres werde auch in Zukunft gefordert werden müssen, nicht aber die eines Staates.

¹²³ 82. Congress, 1. Session: *Hearings on Sen. Con. Res. 8 betr. „Assignment of Ground Forces of the United States to Duty in the European Area“*, S. 215.

¹²⁴ Vor dem California Institute of Technology, 29. November 1954. Wortlaut in *U.S. News and World Report*, 17. Dezember 1954.

¹²⁵ *New York Times*, 29. September 1950.

koreanischen Krieges hinausliefen, war die jüngere Offiziersgeneration in Washington sich mit den zivilen Organen darin einig, einen Abschluß zu suchen, der ein vernünftiges Mächtegleichgewicht bestehen ließ, „without knocking out, emasculating, ruining, killing off all your enemies“. So General Vandenberg, damaliger Generalstabschef der amerikanischen Luftwaffe¹²⁶.

Das Problem der Kriegsbeendigung ist auch bei den Klassenkämpfern nicht unbeachtet geblieben. Für den Marxismus-Leninismus kann es vor erfolgtem Endsieg der Arbeiterklasse eigentlich nur Kampfpausen und Waffenstillstände und für den Sieg nichts als Vernichtung und unbedingte Übergabe des letzten Gegners geben. Hieran hält etwa die von dem nichtmilitärischen Sowjetmarschall Bulganin im Herbst 1945 der Sowjetkriegsakademie vorgelegte These fest, die unter dem Beifall Stalins verlesen wurde und Bulganin für den Marschallstab qualifizierte. Darin erklärte er, daß die Herstellung des Friedens nach Ende des zweiten Weltkriegs nur auf der Grundlage unbedingter Übergabe des Dritten Reiches, der gerichtlichen Verfolgung der Führer des Krieges, deren Hinrichtung und der Beseitigung des bestehenden Regimes habe stattfinden können; die russische Beteiligung habe jede anderweitige Lösung ganz und gar ausgeschlossen. Sollte ein neuer Krieg kommen, so würden die gleichen Bedingungen aufgestellt werden, nur noch unerbittlicher. An die Stelle der liquidierten Regierung würde eine neue treten, den Bevölkerungsschichten entnommen, die dem Sieger genehm wären. Neutrale werde es im künftigen Kriege nicht mehr geben, sie würden das gleiche Schicksal erfahren wie die Besiegten¹²⁷.

In der Praxis der „friedlichen Koexistenz“ jedoch haben die Sowjets als unsichtbare Belligerenten in den Kriegen in Korea und Indochina deren Abschluß auf der Grundlage von Verhandlungen und Bedingungen zugestimmt. Unbedingte Übergabe ist seit 1945 nur mehr in reinen Bürgerkriegen gefordert worden – „reine“ Bürgerkriege sind heute seltener als zuvor –, bei der Bekämpfung der Huks auf den Philippinen (1954) oder bei der Niederwerfung von Dissidenten in Indonesien (1958). Aber selbst eine Kolonialmacht wie Frankreich wollte nicht mehr darauf bestehen, wenn etwa der Ministerpräsident Laniel dem Parlament im November 1953 erklärte, die Regierung suche in den von Kommunisten geführten und unterstützten Kämpfen in Indochina keineswegs bedingungslose Übergabe, sondern würde sich glücklich schätzen, „eine ehrenhafte Lösung“ des Konflikts zu finden – und dies wenige Tage, nachdem der amerikanische Vizepräsident Nixon den französischen Kämpfern an Ort und Stelle zugerufen hatte, die Waffen nicht eher ruhen zu lassen, als der völlige Sieg errungen sei¹²⁸. Ebenso wenig ließe sich sagen, daß die Kämpfe in Algerien auf unbedingte Kapitulation abzielen.

¹²⁶ Für diese Diskussionen vgl. 82. Congress, 1. Session, Senate Committee on Armed Forces and Foreign Relations: Military Situation in the Far East, Washington 1951, bes. S. 644ff., 960, 1416, und ferner Brigadier-General Dale O. Smith, U.S. Military Doctrine, New York 1955, S. 70ff.

¹²⁷ Die Zeit, 19. Juli 1951.

¹²⁸ New York Times, 15. November 1953.

An diesem vorläufigen Endpunkt der Entwicklung des „unconditional surrender“ steht seine weitgehende Desavouierung seitens der Mehrzahl der heute Regierenden sowie der Militärtheoretiker, von den Feldsoldaten gar nicht zu reden, die vor Zeiten als „Habebald und Eilebeute“ ihre Nutznießer gewesen sein mochten¹²⁹. Bei Kriegsende hatte die Mehrzahl der im politischen Regiment Sitzenden, die Nationalsozialisten im Grunde eingeschlossen, sie noch gewollt, offenbar jedoch nicht die Mehrzahl der führenden Militärs – es gibt unter ihnen Ausnahmen wie den im Pazifik kommandierenden, „Bull“ beibenannten Admiral Halsey¹³⁰ –, der feindwärts wirkenden Propagandisten und eine Minderheit oppositioneller Politiker. Seit 1945 ist eine Tendenz (wohl exkulpierender Natur) erkennbar geworden, den Sitz der unconditional surrender-Idee – als einer der sogenannten fixen Ideen – bei den breiten Massen zu suchen und ihre Wirksamkeit, statt etwa den Demagogen als Inspiratoren und Bearbeitern, diesen breiten Massen zur Last zu legen¹³¹, die bis zuletzt die unbedingte Übergabe gefordert hätten¹³². Amerikanischen Analytikern der „public opinion“ wie Walter Lippmann schien es noch lange hinterher „unmöglich, den Krieg energisch durchzuführen, ausgenommen durch Erregung des Volkes zu Paroxysmen des Hasses und zu utopischen Traumbildern¹³³“. Gewiß hat die blutdürstige Idee der bedingungslosen Kapitulation als *moyen de gouvernement* für Kriegszeiten gedient, ebenso wie auf der Gegenseite die Parolen des Widerstandes dagegen – „nie Kapitulation“! Aber die minder blutrünstige Idee der Atlantic Charter hat bei den in Amerika um ihre Meinung Befragten annähernd die gleichen Prozente der Zustimmung gefunden, was angesichts des Monopols der Propagandamittel in der Hand der Regierung nicht verwunderlich war. Aus solchen und verwandten Gründen ist die Selbständigkeit der Massenmeinung und ihr „vergiftender“ Einfluß auf die Entschlüsse der politischen und militärischen Führer bezweifelt, deren häufiger Mangel an Zivilcourage gegenüber dem Massensentiment beklagt wor-

¹²⁹ Vgl. dafür eine Depesche der New York Times vom 12. August 1945 aus Guam (nach der japanischen Kapitulation) über den im Ausdruck „Let 'em keep the Emperor“ zusammengefaßten Jubel der auf dem pazifischen Kriegsschauplatz kämpfenden amerikanischen Soldaten, die ihrerseits nicht daran denken wollten, auf Abdankung oder Bestrafung des Mikado als Zeichen des unconditional surrender zu bestehen.

¹³⁰ In einem Interview vom Februar 1945 erklärte H., es hieße „das größte Verbrechen in der Geschichte unseres Landes“ begehen, wenn dieses unterlasse, auf „der absoluten und bedingungslosen Übergabe Japans“ zu bestehen. New York Herald Tribune, 19. Februar 1945.

¹³¹ Der Mayor der multinationalen Stadt New York, Fiorella La Guardia, ein sonst eher liebenswürdiger Kleon, verlangte noch am Vorabend der Kapitulation Japans deren unbedingten Charakter einschließend der Auslieferung des Kaisers, den, besser noch, das japanische Volk töten solle, ehe noch die Amerikaner dazu genötigt würden. New York Times, 2. August 1945.

¹³² Einer amerikanischen Meinungsbefragung von Ende Mai 1945 zufolge sprachen sich damals noch über 80% der Befragten für „unconditional surrender – everywhere“ aus. Time, 4. Juni 1945.

¹³³ Vgl. seine „Essays in the Public Philosophy“, Boston 1955 oder seinen mehrfach gedruckten Aufsatz „The Lesson of Unconditional Surrender“ in: New York Herald Tribune, 10. Februar 1953.

den, und zwar gerade auch in den Fällen, wo nach Lippmann die Massenleidenschaften mit ihrer Anfälligkeit für das Schlagwort sich am verhängnisvollsten ausgewirkt hätten: nämlich im Frieden von Versailles, in der Kapitulation vor Hitler in München 1938 und in der Forderung der bedingungslosen Kapitulation im zweiten Weltkrieg¹³⁴.

Hat mit diesen Vorgängen und Auseinandersetzungen bereits eine Periode des – wieder – „begrenzten Krieges“ eingesetzt?¹³⁵ Diese Annahme muß zunächst Unglauben begegnen angesichts der sich schroff gegenüberstehenden politischen Weltanschauungen – nur mehr zwei statt der drei bis 1945 – und der ihnen zu Gebote stehenden Vernichtungsmittel¹³⁶. Eher noch diktieren letztere von sich aus, von ihren demonstrierbaren Schrecklichkeiten her, die Koexistenz, ungleich mehr als alle in den Weltanschauungen inhärenten Motive. Zu ihren Unvereinbarkeiten gehören auch die beiderseitigen Geschichtsanschauungen, und nur für den nunmehr wieder-vereinigten Westen hat wohl eine Reminiszenz wie an den Untergang von Karthago und den Untergang von Rom durch den Karthagos ihre Bedeutung und Relevanz. Roosevelt überflog auf dem Wege zur Konferenz in Kairo im Jahre 1943 die wüste Stätte in Nordafrika – „which had once been subjected to unconditional surrender“¹³⁷ –, ohne sich darüber weitere Gedanken zu machen. Aber die ihn Überlebenden gingen oder flogen nicht so leicht über die Erinnerung an jenen Pontifex Maximus Scipio Nasica hinweg, der Cato und den römischen Senat von der völligen Zerstörung hatte abbringen wollen, da er fürchtete, „daß nach der Beseitigung dieses großen Schreckens in Rom... die größten Übel des Bürgerkriegs und der Verrohung, kurz der Untergang der Virtus kommen würde, was auch geschah“. Der deutsche Mediko-Philosoph, der diese Nachkriegs-Reminiszenz in der Nachkriegssituation Deutschlands notierte, fand die gleiche Ansicht bei einem der siegreichen Generale – Nationalität nicht angegeben –, der ihm am Schluß des zweiten Weltkriegs sagte: „Ich will, daß wir siegen, aber nicht zu sehr“¹³⁸. Ein seltener Vogel, gewiß, aber der Beachtung der Auguren des Krieges wert.

¹³⁴ So Richard H. S. Crossman, Labor M. P., in einer Auseinandersetzung mit Lippmann. *New York Times*, 15. September 1955.

¹³⁵ Für diese Konzeption vgl. Robert Endicott Osgood: *Limited War. The Challenge to American Strategy*, Chicago 1957.

¹³⁶ Ausgelöst durch die mit Hilfe öffentlicher Mittel durchgeführte, schon vor sieben Jahren begonnene, theoretisch-historische Studie Kecskenetis (s. S. 304 u. Anm. 9) entwickelte sich in den letzten Tagen des 85. Kongresses eine erhitzte Debatte im Senat, in der alle Teilnehmer sich verschworen, eine amerikanische Kapitulation sei undenkbar, das „amerikanische Volk sei bereit zu kämpfen, ja wenn nötig zu sterben, eher denn zu kapitulieren“ (Senator Thye), die mit dem fast einstimmigen Beschluß endete, daß keinerlei öffentliche Mittel Verwendung finden dürften für eine Untersuchung darüber, wie die Vereinigten Staaten in einem künftigen Kriege eine Kapitulation eines Gegners durchführen würden. *New York Times*, 15.–18. August 1958.

¹³⁷ Sherwood, Roosevelt and Hopkins II, S. 391.

¹³⁸ Viktor von Weizsäcker, *Begegnungen und Entscheidungen*, Stuttgart 1949, S. 199f.

Miszelle

ERWIN KROLL

VERBOTENE MUSIK

Musik, die man verbot oder zu verbieten trachtete, hat es zu allen Zeiten gegeben. Im klassischen Griechenland hielt man viel von der sittlichen, läuternden, staats-erhaltenden Macht dieser Kunst, und im Staate Platos sollte alle Musik verbannt sein, die sich in einem wehleidigen, entnervenden Tongeschehen bewegte. Gegen die sündige weltliche Musik der Vaganten hat sich die Geistlichkeit des Mittelalters immer wieder gewehrt, und die ablehnende Haltung der englischen Puritaner ist bekannt. Aber auch bei den alten Musiktheoretikern spielte das Verbot eine große Rolle. Es betraf vor allem gewisse Intervalle und melodische Fortschreitungen innerhalb des mehrstimmigen Satzes. Quinten waren dabei besonders verpönt.

In Deutschland wurde während der auf die Freiheitskriege folgenden Restaurationszeit das Volkslied „Freiheit, die ich meine“ an vielen Orten unterdrückt, ähnlich ging es dem Studentenliede „Ein freies Leben führen wir“. Als Frankreich das Rheinland besetzt hielt, war natürlich das Lied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“ unerwünscht. Selbst Haydns Melodie zu „Gott erhalte Franz, den Kaiser“, unsere spätere Nationalhymne, mußte daran glauben und wurde 1866 während des preußisch-österreichischen Krieges auf den Index gesetzt.

Daß aber ein großer Staat den Begriff „Entartete Musik“ schuf und diese mit einem schweren Bannfluch belegte, das blieb erst dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland vorbehalten. Betroffen wurden von dem Verbot nicht nur die jüdischen, sondern auch manche „arischen“ Komponisten. Viele gingen deshalb außer Landes. So fiel Deutschland einer musikalischen Verarmung anheim, von der es sich nur langsam wieder erholen sollte. Auf der anderen Seite schlug jetzt die große Stunde jener Auchkomponisten, Intendanten, Dirigenten und Musikkritiker, die bis dahin im Schatten gestanden hatten. Sie hängten ihre Mäntelchen nach dem Winde, sie kamen empor durch die Organisationen der NS-Kulturgemeinde, der Hitlerjugend, des Unternehmens „Kraft durch Freude“, des Amtes Rosenberg und der Reichsmusikkammer. Sie beglückten uns mit „Blut und Boden“-Musik, mit Marschliedern, Siegeskantaten und Hitler-Hymnen.¹

¹ Wie sich die Dinge im Bereich der bildenden Kunst abspielten, hat mit umfassender Sachkenntnis Paul Ortwin Rave in seinem Buche „Kunst diktatur im Dritten Reich“ geschildert. (Hamburg 1949.) Seine aufschlußreiche Darstellung enthält folgenden abschließenden Satz, der auch für die Musik gilt: „Der Kampf um die Kunst im Dritten Reich, dessen Hauptschlacht ein Pyrrhus-Sieg war, ging, wie im großen staatlichen Geschehen, letzten Endes verloren. Die Kunsterneuerung wurde nicht erreicht.“ – Eine diesem Raveschen Buche gleichwertige Darstellung der Ereignisse im Musikleben der Hitlerzeit gibt es noch nicht. Viel einschlägiges Material findet sich in den Jahrgängen 1933 ff. der „gleichgeschalteten“ Zeit-

Natürlich gab es viele, die sich damals innerlich gegen die neue Kunstdiktatur auflehnten, aber nur wenige wagten offenen Widerspruch. Zu diesen wenigen gehörte der Dirigent Wilhelm Furtwängler². Er hatte sich schon für viele in Schwierigkeiten geratene, „rassisch“ nicht einwandfreie Musiker eingesetzt und ließ sich trotz der Anpöbelungen des Geigers und „Kampfbund“-Dirigenten Gustav Havemann nicht zu einer Gleichschaltung des Berliner Philharmonischen Orchesters bewegen. Als die Übergriffe sich mehrten, richtete er am 12. April 1933 an Goebbels einen Brief, in dem er sich zu der Ansicht bekannte, daß es nur einen Trennungstrich zwischen guter und schlechter Kunst, nicht aber zwischen jüdischer und nichtjüdischer gäbe und daß „Männer wie Walter, Klemperer, Reinhardt usw. auch in Zukunft in Deutschland mit ihrer Kunst zu Worte kommen müßten“. Goebbels war klug genug, die Veröffentlichung dieses Briefes zu erlauben, ließ aber gleichzeitig einen Antwortbrief abdrucken, in dem er sich gleißnerisch an Furtwängler anbot, die empörenden Vorgänge bei der gegen die Juden gerichteten Boykotthetze bagatellierte, im übrigen aber statt des Furtwänglerschen Trennungstriches zwischen guter und schlechter Musik den zwischen völkischer und nicht-völkischer forderte.

Die Gegensätze verschärften sich, als ausländische Künstler, und zwar „arische“ und „nichtarische“, sich in aller Öffentlichkeit gegen den nationalsozialistischen Terror wandten und ihre solistische Mitwirkung bei den Konzerten des Philharmonischen Orchesters ablehnten. Furtwängler führte den Kampf für seine gute Sache mutig weiter, geriet dabei mit Hitler auf dem Obersalzberg heftig aneinander, ließ sich aber durch Scheinsiege immer wieder zuversichtlich stimmen. Inzwischen zogen sich um den Komponisten Paul Hindemith die Wolken am deutschen Kunsthimmel immer drohender zusammen. Im Novemberheft des Jahrgangs 1934 der Zeitschrift „Die Musik“ las man: „Die NS.-Kulturgemeinde lehnt die Aufführung der Kompositionen Paul Hindemiths in ihren Veranstaltungen grundsätzlich ab... Die Begründung dieser Stellungnahme stützt sich auf das Wirken Hindemiths im letzten Jahrzehnt. Wenn Hindemith heute in seinem ‚Mathis der Maler‘ positiver erscheint, so ist damit nicht bewiesen, daß er, der im Sinne der Gesetzgeber des nationalsozialistischen Deutschlands nichtarisch Versippte, sich innerlich gewandelt

schriften „Die Musik“ (Berlin, Max Hesse-Verlag, Herausgeber Herbert Gerigk) und „Zeitschrift für Musik“ (Verleger und Herausgeber: Gustav Bosse, Regensburg). – Zum Thema Kunst und Politik vgl. auch Paul Riesenfeld, „Politik und Musik“. Von großen Zeitaltern zu kleinen Gleichschaltern (Von Plato und Aristoteles bis zu Stalin und Hitler), 1. Band der Schriftenreihe der „Front des Geistes“. Chasit Haruach. Ramat Gan, Israel 1958. – Aufschlußreich die Zusammenstellung in der von Georg Karstädt herausgegebenen „Bibliographie des Musikschritts“ (Verlag F. Hofmeister, Leipzig). 3. Jahrgang 1939. Hier auf S. 18 ff. die 1938 erschienenen Aufsätze zum Thema „Rasse und Volkstum“. – Vgl. auch den ausführlichen Artikel „Kulturpolitik“ in: Fred K. Prieberg, Lexikon der Neuen Musik, Freiburg/München 1958, S. 238 ff.

² Furtwänglers Beziehungen zum Dritten Reich hat Berta Geißmar, seine Sekretärin, ausführlich geschildert in ihrem Buche „Musik im Schatten der Politik“, Zürich u. Freiburg i.Br., 3. Aufl. 1951. – Vgl. auch Curt Riess, „Furtwängler“. Musik und Politik, Bern 1953.

hat. Die Tatsache, daß er sich im Auslande noch nach der nationalsozialistischen Revolution mit zwei emigrierten Juden konzertierenderweise auf Schallplatten aufnehmen ließ, ist der klare Beweis für seinen schwankenden Charakter, der schon durch seine Gesinnungskameradschaft mit einem Bert Brecht dokumentiert hat, daß er ein Bannerträger des Verfalls war.“

Daraufhin veröffentlichte Furtwängler am 25. November 1934 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung einen Aufsatz, der den Titel „Der Fall Hindemith“ trug und in Zustimmung wie Ablehnung viel Aufsehen erregte. Furtwängler hatte einige Monate vorher Hindemiths Sinfonie aus der von Hitler verbotenen „Mathis“-Oper in der Philharmonie zur Uraufführung gebracht und versuchte jetzt den Komponisten, den die nationalsozialistischen Machthaber immer eifriger als „entartet“ ausriefen, für das deutsche Musikleben zu retten. Er verurteilte die Judenschnüffelei um Hindemith und wies auf den Entwicklungsgang des Komponisten hin, der sich von jugendlichem Sturm und Drang zur Schlichtheit und Einfachheit der Tonsprache durchgerungen habe. Man könne Hindemith keinerlei politische Betätigung vorwerfen. „Wo kämen wir überhaupt hin“, fragte Furtwängler, „wenn politisches Denunziantentum in weitestem Maße auf die Kunst angewendet werden sollte?“ Und am Schluß stand der Satz: „Wir können es uns nicht leisten, angesichts der auf der ganzen Welt herrschenden unsäglichen Armut an wahrhaft produktiven Musikern auf einen Mann wie Hindemith so ohne weiteres zu verzichten.“

Das Kesseltreiben um den Dirigenten und seinen Schützling ging indessen weiter. Die NS-Kulturgemeinde und das Amt Rosenberg taten sich dabei besonders hervor. Der Völkische Beobachter schäumte vor Wut und orakelte von den Hintergründen des Falles Hindemith. Da die politische Situation nicht geändert werden könne, wollten, so behauptete man, die Anhänger des Komponisten „auf der kulturellen Treppe in die Burgfestung der NSDAP gelangen“. Furtwängler erklärte darauf Anfang Dezember 1934 seinen Rücktritt von der Leitung des Berliner Philharmonischen Orchesters. Ihm schloß sich sofort Erich Kleiber, Dirigent an der Staatsoper Unter den Linden, an, der eben eine Konzertsuite aus der Oper „Lulu“ des gleichfalls als entartet verschrieenen Komponisten Alban Berg aufgeführt hatte. Der Rücktritt dieser beiden bedeutenden Musiker begann nun aber selbst im Nazilager Bedenken zu erregen. Sollte man auf einen so großen Aktivposten, wie ihn Furtwänglers Gastspiele im Auslande darstellten, verzichten? Es gelang den verschlagenen Argumenten von Rosenberg und Goebbels, den Dirigenten im März 1935 zum Widerruf zu bewegen. Er unterschrieb nach vielem Hin und Her eine Erklärung, die Goebbels eigenmächtig kürzte und dann der Öffentlichkeit übergab. Furtwängler blieb also in Deutschland. Am 25. April 1935 dirigierte er zum ersten Male wieder. Er tat es, um seinen Freunden weiter helfen zu können, und um der Sache der deutschen Musik willen. Mit Mut und List wußte er sich dabei immer wieder nationalsozialistischen Bevormundungen zu entziehen und ließ sich nicht an den Wagen Goebbelsscher Propaganda spannen. Aber es war unendlich schwer für ihn, in jedem einzelnen Falle der Stimme seines Gewissens zu folgen, und so konnte es nicht ausbleiben, daß man ihm nach dem deutschen Zusammenbruch mancherlei vorwarf. Als er sich dann Ende September

1946 in Berlin einem „Reinigungs“-Verfahren unterziehen mußte, wurde sein 1935 erfolgter Wiedereintritt ins deutsche Musikleben zwar kritisiert, aber man mußte dem Dirigenten zugestehen, daß er keinerlei Bindungen zu irgendeiner Gliederung der Partei gehabt, in zahlreichen Fällen dagegen Verfolgten Hilfe gewährt habe. Besonderen Eindruck machten folgende Sätze seiner Verteidigungsrede: „Meint Thomas Mann wirklich, daß man im Deutschland Himmlers nicht Beethoven musizieren durfte? Konnte er sich nicht denken, daß es Menschen nirgendwo nötiger hatten, Beethoven und seine Botschaft der Freiheit und Menschlichkeit zu hören als gerade in Deutschland, Menschen, die unter dem Terror Himmlers leben mußten? Die Sorge, mißbraucht zu werden, mußte für mich vor der größeren Sorge um das deutsche Musikleben zurücktreten. Wenn ich auch als Märtyrer gefeiert worden wäre, hinauszugehen wäre mir als schimpfliche Flucht erschienen. Ich bereue es nicht, es nicht getan zu haben.“ Im übrigen sprach es nicht für den guten Willen der Ankläger Furtwänglers, daß man ihm damals ausgerechnet jene letzten Worte seines DAZ-Artikels ankreidete, wo es hieß, Deutschland könne auf einen Mann wie Hindemith „nicht so ohne weiteres“ verzichten. „Nicht so ohne weiteres?“ fragte einer der Ankläger, das heiße doch wohl, später könne man auf ihn verzichten, und damit habe sich, meinte man, Furtwängler zur Kunstanschauung der Nationalsozialisten bekannt!

Was Hindemith betrifft, so verbot man öffentliche Aufführungen seiner Werke, ging aber dabei nicht einheitlich vor. Die verschiedenen nationalsozialistischen Aufsichtsorgane waren geteilter Meinung. Schließlich bedeutete Hindemiths Musik im Ausland nicht wenig, und so schlüpfen auch im Inland immer wieder Aufführungen durch, nach denen das Publikum demonstrativ klatschte. Im stillen aber, in studentischen Kreisen, bei Freunden neuer Hausmusik, wurden die Werke des Komponisten überall in Deutschland eifrig gespielt. Weshalb man Hindemiths Oper „Mathis der Maler“ nicht zuließ, leuchtet ein. Man spürte, daß sich hier geheimer Widerstand gegen die neuen Machthaber regte. In der Tat spielt ja der Komponist in den Szenen der Bücherverbrennung auf den nationalsozialistischen Terror an, und darüber hinaus rechnet er mit der nazistischen Forderung der „Volksverbundenheit“ des Künstlers ab. Sein Mathis ringt sich zur Erkenntnis durch, daß er dem Volke am besten diene, wenn er sich selbst und seiner Kunst treu bleibe. Trotz des Verbotes – die Uraufführung des „Mathis“ fand nicht in Berlin, sondern in Zürich statt – konnte der Komponist zunächst noch seine höchst erfolgreiche Tätigkeit als Kompositionslehrer an der Berliner Musikhochschule ausüben, ging dann aber 1936 mit Billigung der deutschen Regierung, die wahrscheinlich froh war, ihn los zu sein, nach Ankara. Er wurde schließlich in Amerika heimisch, von wo aus er erst einige Jahre nach dem Kriege nach Europa zurückkehrte. Es gelang aber nicht, ihn wieder dauernd an Deutschland zu fesseln, so sehr sein erster Besuch in der Heimat einer Triumphfahrt glich.

„Was unerwünscht ist, wird verboten, und was verboten ist, wird ausgemerzt“ – so hieß es bei den nationalsozialistischen Kunstlenkern. Es war also von der Reichsmusikkammer gar nicht so sehr weit bis zur Gaskammer. Am unmittelbarsten traf

das für die Juden zu, und jenes „Lexikon der Juden in der Musik“, das der Verlag Bernhard Hahnenfeld in Berlin 1940 herausgab, wird ewig ein Schandfleck der deutschen Geistesgeschichte bleiben. Verfasser waren Theo Stengel und Herbert Gerigk, Mitarbeiter Wolfgang Bötticher, Hermann Killer und Lilly Fiebig-Michaelis³. Von Felix Mendelssohn bis zu Gustav Mahler und Arnold Schönberg wurden hier die Komponisten jüdischer Herkunft aufs übelste beschimpft – ganz im Sinne der pseudomythischen Theorien Rosenbergs und seiner Trabanten.

Aber es ergaben sich auch hier Schwierigkeiten. In der ersten Auflage des genannten Machwerkes waren Namen von Künstlern enthalten, die ihre „arische“ Herkunft nachweisen konnten, und so mußten zahlreiche Berichtigungen erfolgen. Weiter aber: welche Musik sollte bei Aufführungen von Shakespeares „Sommer-nachtstraum“ gespielt werden? Eilfertige Komponisten, die sich mit Wonne gleichgeschaltet hatten, boten ihre Ware an, und es ergingen offizielle Aufträge an Julius Weismann und Rudolf Wager-Regeny. Aber wer konnte mit Mendelssohn wett-eifern? Und wie stand es um Arnold Schönberg? Gewiß, er war Jude, aber wie sollte man beweisen, daß seine atonale Musik als entartet zu gelten habe? Die NS-Ästhe-tiker hatten es damals nicht leicht. Gewiß, die Formulierung „jüdisch gleich ent-artet, entartet gleich verbotspflichtig“, war propagandistisch brauchbar. Woher aber im einzelnen die Begründungen nehmen?

Die nationalsozialistischen Kulturwächter brüteten lange über einer großen Ak-tion, durch die man der entarteten Musik endgültig den Garaus machen würde, und es fand sich auch ein Mann für diese Aktion, ein „alter Kämpfer“, der General-intendant des Deutschen Nationaltheaters in Weimar, „Staatsrat“ Hans Severus Ziegler, ein Freund des Ministers Goebbels. Während man in Zürich zur Urauffüh-rung der Oper „Mathis der Maler“ rüstete, bereitete er, der gar kein Fachmusiker war, nach dem Muster der Münchener Ausstellung „Entartete bildende Kunst“ eine Ausstellung „Entartete Musik“ vor, die 1938 zunächst bei den Reichsmusiktagen in Düsseldorf und dann auch in Weimar gezeigt wurde. Aber in der Stadt Goethes und Schillers weigerte sich Peter Raabe, Präsident der Reichsmusikkammer, die Eröff-nungsrede zu halten, und Ziegler mußte in letzter Stunde einige seiner Opfer, z. B. den Komponisten Hermann Reutter, der eben zum Direktor der Musik-hochschule in Frankfurt a. M. ernannt worden war, vom „Schandmal“ losbinden. In Düsseldorf wurde den Besuchern eine grell aufgemachte Broschüre Zieglerscher Herkunft verkauft – in Schrift und Bild das Dokument einer wüsten Judenhetze –, die sich u. a. gegen die Komponisten Mahler, Schönberg, Schreker, Toch, Weill, Krenek, Webern, Groß, Antheil, Milhaud und Hindemith, dazu die Operetten-schöpfer Fall und Straus, ferner gegen den Dirigenten Klemperer und die Kritiker Kerr, Strobel, Pisling und Redlich richtete. Dabei versuchte Ziegler Judentum, Kunstbolschewismus und Atonalität auf eine Ebene zu bringen und spielte diese drei Mächte der „Entartung“, anknüpfend an frühere pseudoästhetische Ausführungen

³ Mehrere Auflagen bis 1943. – Ähnlich angelegt: Christa Maria Rock und Hans Brückner, „Das musikalische Juden-ABC“, München 1935. Dazu ein Nachtrag.

des Weimarer Dirigenten Ernst Nobbe, gegen die „arisch-germanische Tonordnung“ mit ihrem naturgewollten Dreiklang aus.

Ende April 1939 hielt Ziegler bei einer Gaukulturwoche in Altenburg einen ähnlich gerichteten Vortrag, aus welchem nach einem Bericht der Eisenacher Tagespost vom 25. April 1939 einige Sätze zitiert seien, die das geistige Niveau dieser Auseinandersetzung charakterisieren.

„Die aufschlußreiche Ausstellung ‚Entartete Musik‘, die auch in Weimar gezeigt wurde, stellt das Abbild eines wahren Hexensabbaths und des frivolsten geistig künstlerischen Kulturbolschewismus dar und ein Abbild des Triumphes von Untermenschentum, arroganter jüdischer Frechheit und völliger geistiger Vertrottung. Jüdische Musik und deutsche Musik bleiben zweierlei. Gewinnen nun aber in der Entwicklung jüdische Musikgesetze oder Gesetzeskonstruktionen und Scheindoktrinen, jüdische Klangphysik und Klangpsychologie eine bestimmte Vorherrschaft auch in der deutschblütigen Musikerschaft dergestalt, daß sich deutsche gedankenlose Nachbeter und Nachäffer den Einflüssen einer minderwertigen Rasse aus eigener Schwäche und mangelnder Schöpfer- und Einfallskraft nicht entziehen können, so entsteht zwangsläufig eine Entartung der deutschen Musikerschaft und des musikalischen Schaffens. Entartete Musik ist dann im Grunde entdeutschte Musik, für die das Volk in seinem gesunden Teil auch kein Empfangsorgan, keine Empfindung und Empfänglichkeit aufbringen wird. Sie ist zuletzt Gegenstand snobistischer Verhimmelung oder rein intellektueller Betrachtung von seiten mehr oder weniger dekadenter Literaten und Skribenten... Wenn die größten Meister der Musik in der Tonalität und aus dem ganz offenbar germanischen Element des Dreiklangs empfunden und mit ihrer unerschöpflichen Fantasiekräft geschaffen haben, dann haben wir ein Recht, und zwar aus unserem typisch germanischen Geniegläubigen heraus, diejenigen als Dilettanten und Scharlatane zu brandmarken, die diese Klanggrundsätze über den Haufen schmeißen und durch irgendwelche Klangkombinationen verbessern oder erweitern, in Wirklichkeit entwerten wollen. Ich bekenne mich mit einer Reihe führender musikalischer Fachmänner und Kulturpolitiker zu der Anschauung, daß die Atonalität als Ergebnis der Zerstörung der Tonalität Entartung und Kunstbolschewismus bedeutet.“

Das Beispiel Zieglers machte Schule. 1940 schrieb Walter Trienes ein Buch mit dem Titel „Musik in Gefahr“, für das sich der Verlag Gustav Bosse in Regensburg hergab. Hier wurde durch eine Menge geschickt verwendeter, gelegentlich auch verdrehter Zitate aus Büchern zahlreicher Autoren, die sich nicht hatten träumen lassen, auf diese Weise an den Wagen nationalsozialistischer Propaganda gespannt zu werden, und aus Selbstzeugnissen der Komponisten das Schreckensbild eines musikalischen Verfalls gemalt, der durch zahlreiche Notenbeispiele erläutert wurde. Schönberg, Webern, Wellesz, Krenek, Hauer, Mager, Toch, Hindemith, Schulhoff, Weill, Milhaud, Antheil, Eisler und andere Musiker wurden von Trienes mit Behagen als Schuldige bezeichnet. Musikkritiker, oder wie man sie jetzt offiziell nennen mußte: „Musikbetrachter“, wie Heinrich Strobel, Hans Heinz Stuckenschmidt und auch den Schreiber dieser Zeilen prangerte der Verfasser dabei als Vorkämpfer einer „kulturbolschewistischen Moderne“ an. Auch die Jazzmusik wurde als „Erzeugnis negroiden Untermenschentums und jüdischen Geschäftsgeistes“ verdammt. Die Flut der Verbote stieg immer höher. Die Internationale Gesellschaft für

Neue Musik mußte ebenso daran glauben wie der Allgemeine Deutsche Musikverein. Manche Komponisten, z. B. der Berliner Konrad Friedrich Noetel, wurden jahrelang beschattet, der Pianist Karl Robert Kreiten, der ebenso wie Noetel unvorsichtig am „Führer“ Kritik geübt hatte, wurde auf Grund der Denunziation einer Sängerin hingerichtet. Ein ähnliches Schicksal hatte der Pianist Pal Kiss. Hugo Distler, der Leiter des Berliner Domchores, geriet durch die Nötigungen einiger HJ-Führer in Verzweiflung und nahm sich das Leben. Er hat wesentlich zur Erneuerung der evangelischen Kirchenmusik beigetragen, die durch ihn und andere (z. B. Ernst Pepping) recht eigentlich eine Widerstandszelle wurde. Edmund v. Borck, gleich Noetel Schüler Hindemiths und ebenfalls ein entschiedener Gegner des Regimes, fiel im Osten. Anderen Komponisten aber, deren Schaffen sich von dem sog. „entarteten“ Stil gar nicht so weit entfernte, schien seltsamerweise die Sonne des Führers, so z. B. Werner Egk. Carl Orff, Egks Lehrer, hatte gleichfalls Glück. Man gab ihm Narrenfreiheit und überhörte seine Äußerungen in seinem Märchenspiel „Die Kluge“. Da heißt es nämlich: „Denn wer die Macht hat, hat das Recht, und wer das Recht hat, beugt das Recht.“

Tatsächlich hatte es in der Weimarer Ausstellung kleine Schallplattenkabinen gegeben, in denen man jeweils Bruchstücke aus der Musik der angeprangerten Komponisten hören konnte. Vor allem war Hindemith mit den Werken seiner ersten Schaffenszeit vertreten. Auch auf Strawinsky und Weill hatte man es abgesehen. Aber man beschränkte sich nicht auf die Verbote solcher entarteten Komponisten. Verboten wurde im Dritten Reiche noch manches andere, z. B. Händelsche Oratorien wegen ihrer alttestamentlichen Texte, Schumanns Lieder wegen der Heineschen Dichtungen. Die Hitlerjugend durfte die schönen alten Weihnachtslieder nicht singen und selbst Wagners „Parsifal“ hätte man am liebsten in Acht und Bann getan. Auch Joseph Haas' Oper „Tobias Wunderlich“ war Rosenberg und seinen Anhängern wegen der christlichen Mystik, die sich hier offenbarte, unbecquem. Von einer Geigenmusik Boris Blachers schrieb Herbert Gerigk in der Zeitschrift „Die Musik“, sie gemahne an das Miauen einer Katze.

Ein Glück dabei war, daß sich die Kulturwächter des Dritten Reiches oft nicht einig waren. So spielte man Pfitzner gegen Strauß, Strauß gegen Pfitzner aus, und je nach Bedarf wurde schamhaft verschwiegen oder laut ausposaunt, daß Strauß eine jüdische Schwiegertochter, Pfitzner aber eine nicht vollrassische Gattin hatte. Übrigens war Pfitzner unter allen deutschen Komponisten der leidvollen 12 Jahre derjenige, der den damaligen Machthabern gegenüber die mutigste Sprache führte. Ein klassischer Beweis dafür ist sein Brief an Hermann Göring vom 30. Januar 1935. Freunde Pfitznrs hatten nach dessen kränkender Entlassung aus dem Lehramt der Münchener Akademie der Tonkunst einen staatlichen Ehrensold für den Komponisten zu erwirken versucht, was Göring als „Schnorrerei“ bezeichnete. Dagegen wehrte sich Pfitzner in einem Brief an Göring, der Ausdrücke wie „ehrenrührige Vorwürfe“ und „unbegreifliche Behauptungen“ enthält und mit folgenden Worten schließt: „Ihren Brief vom 8. Januar 1935 an mich, der in Inhalt und Ton wie an einen Gauner gerichtet scheint, bewahre ich als Kulturdokument von unschätz-

barem Wert und als Seitenstück zu dem Fußtritt auf, den ein Salzburger Bischof einem W. A. Mozart ungestraft erteilen durfte. Die Schande liegt aber nicht auf Mozart. Heil Hitler! Dr. Hans Pfitzner⁴.“

Im Kriege, den Hitler anzettelte, wurden natürlich auch die Werke der Komponisten feindlicher Länder auf die schwarze Liste gesetzt. Tschaikowsky, Chopin, Bizet, Debussy, Ravel – sie waren mehr oder weniger verpönt. Aber auch hier konnte der Ring der Verbote nicht so eng gezogen werden, daß nicht gelegentlich einzelne Komponisten durchschlüpfen. Auch gab es Mächtige, wie den Generalgouverneur Frank in Krakau, einen ausgesprochenen Musiknarren, der sich an kein Verbot hielt und im Krakauer Schlosse sich höchstpersönlich an Chopinscher Musik versuchte...

Ob ausländische, ob deutsche Musik, so geflissentlich man auch in den 12 Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft um Verbote bemüht war, das Ende des Regimes bedeutete Befreiung auch für die Kunst. Ein großer Aufwand war von den nationalsozialistischen Kulturhütern sinnlos vertan worden. In den Konzertsälen und Opernhäusern konnten Komponisten wie Mendelssohn, Mahler, Hindemith, Bartok, Strawinsky, Schönberg, Webern und Berg sofort wieder in ihre Rechte treten. In den heutigen „autoritären“ Staaten aber, wo die Kunst der politischen Propaganda dienen muß, gibt es längst wieder verbotene bzw. unerwünschte Musik. Das haben in Rußland Komponisten wie Prokofieff und Schostakowitsch erfahren müssen⁵, die sich daraufhin „besserten“. Bert Brecht und Paul Dessau schufen 1951 in Ostberlin eine Oper „Das Verhör des Lukullus“, in der jeglicher Krieg abgelehnt wird. Sie wurde sofort verboten, worauf sich die beiden Verfasser zu einer Umarbeitung verstanden. In der Endfassung ihres Werkes, das nun den Titel „Die Verurteilung des Lukullus“ führt, ist der Verteidigungskrieg erlaubt. Aber auch in den autoritären Staaten ändert sich der Kanon der verbotenen Musikschöpfungen ständig. Die Jazzmusik z. B., die nach dem zweiten Weltkriege zunächst verboten war, ist heute dort schon wieder erlaubt. Das sind Methoden, für die man in Westeuropa kein Verständnis aufbringen kann. Musik – wie alle Kunst wird immer nur in Freiheit, in Eigengesetzlichkeit gedeihen. Zwang und Verbot töten sie. Hoffen wir also, daß sie bei uns in Deutschland fürderhin unangetastet bleibt. Nur so wird sie von der Sehnsucht, von der schöpferischen Kraft, vom geistigen Reichtum unserer Nation zeugen.

⁴ Hans Pfitzner, „Reden, Schriften, Briefe“. Unveröffentlichtes und bisher Verstreutes. Herausgegeben von Walter Abendroth. Hermann Luchterhand Verlag, Berlin 1955, S. 313.

⁵ Vgl. Igor Strawinsky, „Musikalische Poetik“, Mainz o. J. Edition Schott Nr. 3612. Hierin: „Die Wandlungen der russischen Musik“. S. 57 ff. Ferner: H. H. Stuckenschmidt, „Schöpfer der neuen Musik“, Suhrkamp Verlag 1958. S. 265 ff. (über Prokofieff und Schostakowitsch). Dazu Fred K. Frieberg a. a. O., S. 246 ff.

Dokumentation

ADAM VON TROTT UND DAS STATE DEPARTMENT

Vorbemerkung des Herausgebers

Unter dem Schutz einer Einladung zur Teilnahme an einer Konferenz des Institute of Pacific Relations in Virginia Beach fuhr Adam v. Trott im September 1939 nach den Vereinigten Staaten. Es gelang ihm, der britischen Blockade zu entgehen¹ und sodann in Washington, New York und Harvard mit Persönlichkeiten der deutschen Emigration wie auch des amerikanischen öffentlichen Lebens Kontakte aufzunehmen, bei denen er sich mehr oder weniger deutlich als Vertreter der innerdeutschen Opposition zu erkennen gab. Über seine Berührung mit amtlichen Stellen und insbesondere über die Denkschrift, die er an das State Department gelangen ließ, habe ich 1948 zuerst eingehendere Angaben machen können, da mir Paul Scheffer, dem ich für die Erstfassung meines Buches „The German Opposition to Hitler“ überhaupt viele Aufschlüsse verdanke, den in seinem Besitze befindlichen maschinenschriftlichen Entwurf der betreffenden Denkschrift überließ. Ich habe den Inhalt im Hauptgedankengang wiedergegeben (a. a. O., S. 136 ff.), ohne auf die Verfasserfrage näher einzugehen. Über sie hat Paul Scheffer aus Gründen, die dem Kenner der Person wie der inneramerikanischen Lage von 1939 sowohl wie von 1948 verständlich sein werden, sich ausgeschwiegen. Das hat zu einigem Rätselraten unter den näher Eingeweihten geführt². Sicher ist, daß Beratungen oder Gespräche über den Inhalt geführt worden sind, an denen Kurt Riezler, Hans Simons und – nach ausdrücklichem Zeugnis – auch Brüning, ebenso wie andere bekannte Deutsche teilgenommen haben³. Sicher ist aber gleichfalls, daß der eigentlich Treibende Trott war. Nichts indessen hätte seiner ganzen Art ferner gelegen, als sich mit fremden Federn zu schmücken. Wie sich aus Dok. 3 ergibt, hat er denn auch in der Unterredung von dem Memorandum nur gesagt, daß es im Ganzen seine Ansichten repräsentiere, und sich in einem bestimmten, sehr charakteristischen Punkt davon

¹ Daß er der Kontrolle in Gibraltar entgangen sei, indem er als alter Rhodes-Scholar einen „Binder in den Farben des Balliol College trug“ (J. Wheeler-Bennett in „Die Nemesis der Macht“, S. 510), dürfte auf Phantasie beruhen, wie durch das Zeugnis eines mitfahrenden deutschen Rhodes-Scholar erhärtet werden kann.

² Zu ihnen gehörte auch Wheeler-Bennett, der Trott und seinen Freunden bzw. ihren Bestrebungen damals sehr viel näher stand, als seine reservierte Darstellung vermuten läßt. Er nennt (a. a. O., S. 511) Kurt Riezler und Hans Simons als Ko-Autoren, was wohl Gerhard Ritter (Goerdeler, S. 495, A. 2) zu der irrigen Annahme einer „Riezler-Simons-Denkschrift“ veranlaßt hat.

³ In der nicht eingereichten Einleitung zum Memorandum hieß es: „The views put forward are the result of careful discussions among a small group of Germans with scholarly, publicist and political background.“ Diese Worte umschreiben den Teilnehmerkreis recht wohl, auch die Denkschrift selbst braucht gelegentlich die Wir-Form. Andererseits hat Paul Schwarz (bis 1933 Generalkonsul in New York) schon am 7. Oktober 1945 in der New Yorker „Staatszeitung und Herald“ (unter dem Pseudonym „Diplomaticus“) von der Denkschrift „eines in den USA beruflich tätigen Deutschen“ gesprochen, die Trott in Washington vorlegte.

sogar distanziert. In einem bisher ungedruckten Brief an seinen Freund David Astor (Washington, Dec. 26, 1939) spricht er von einer Denkschrift „whose author I am only in parts“. Ich habe daraus schon in der letzten Auflage des Buches über die deutsche Opposition (Fischer-Bücherei, S. 203, A. 18) geschlossen, daß Scheffers Anteil „als sehr erheblich“ anzunehmen sei. Inzwischen hat sich aus erneuter Korrespondenz ergeben, daß er der Verfasser des mir vorgelegten Entwurfs gewesen ist. Trott seinerseits hat, wie der Vergleich mit der Ausfertigung zeigt, einige Schlußgedanken hinzugefügt, die ihm offenbar wichtig waren. Darauf wird zurückzukommen sein. Jedenfalls gibt Dok. 2 die Denkschrift nunmehr in der Form wieder, wie sie an das State Department gelangte.

Die darauf bezüglichen Akten durfte ich dank dem Entgegenkommen der Historical Division des amerikanischen Außenamtes einsehen und verwerten. Damit ergibt sich auch die Möglichkeit, die Frage, wie die Mission Trotts aufgenommen wurde und was die Gründe ihres Scheiterns waren, auf etwas festere quellenmäßige Grundlage zu stellen. Trott hat zwei Unterredungen mit dem Assistant Secretary of State, Mr. G. S. Messersmith⁴, gehabt. Wie bei vielen anderen Gelegenheiten ist auch hierbei der Eindruck seiner Persönlichkeit ein sehr starker gewesen. Aber die Mauer des Mißtrauens zu durchbrechen gelang ihm nicht. Es beruhte dieses auf gewissen vorgefaßten Meinungen („background material“), die das Büro veranlaßt haben mögen, den betreffenden Aktenfaszikel (Case No. 862.20211) mit dem Vermerk zu versehen „Subject: Espionage Activities, Adam von Trott in US“! So weit ging der Assistant Secretary in seinem Verdacht nicht. Aber er kam von der Erwägung nicht los (Dok. 6), daß, wer unter den gegebenen Umständen Deutschland verlassen und dahin zurückkehren könne, kein ganz „freier Agent“ sei. Während er in der ersten Unterredung (Dok. 3) nur von Zweifel erfüllt war, ob Leute, die vorgeben, für „konservative Elemente“ in Deutschland zu sprechen, nicht vielmehr für die gegenwärtige deutsche Regierung handelten, glaubte er bei der zweiten, gestützt auf einen Bericht des FBI (Federal Bureau of Investigation), daß Trott direkt oder indirekt in der Tat Beziehungen zu nationalsozialistischen Agenten unterhalte. Das sei vermutlich der Preis, den er für seine Bewegungsfreiheit zu zahlen habe (Dok. 6). Von der persönlichen bona fides Trotts war Messersmith gleichwohl überzeugt. Er kam seinem Wunsche nach (Dok. 7), ihn bei dem Geschäftsträger der Botschaft in Berlin, Mr. Alexander Kirk, einzuführen. Er betonte diesem gegenüber, daß Trottsche Mitteilungen allemal mit Interesse aufgenommen werden würden, aber auch dabei war die Mahnung zur Vorsicht unverkennbar. Von der Sonderpolitik Weizsäckers, die Trotts Bewegungsfreiheit erklärt, wie auch von der Art und Zusammensetzung der deutschen Opposition hatte man offenbar im State Department keine genauere Vorstellung. So blieb es bei dem mageren Ergebnis der Anweisung an den Berliner Geschäftsträger⁵.

⁴ M. wurde im Jahre 1937 wegen seiner Kenntnisse der mitteleuropäischen Angelegenheiten von der Wiener Botschaft nach Washington zurückgeholt. (Vgl. Langer-Gleason, „The Challenge to Isolation“, S. 21)

⁵ Ob Trott von dieser Verbindung später Gebrauch gemacht hat, war nicht festzustellen. In

Damit ist freilich nicht gesagt, daß dies das einzige amtliche Echo war. Das Memorandum ging auch an Lord Lothian, den britischen Botschafter in Washington, mit dem Trott seit langem in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Cecil-Rhodes-Komitees in Verbindung stand und – vermutlich durch Wheeler-Bennett – an das Außenministerium in Ottawa. Die Denkschrift kam außerdem (Dok. 1) zur Kenntnis des Staatssekretärs Cordell Hull und des Unterstaatssekretärs Sumner Welles. Daß sie dem letzteren bei seiner bevorstehenden Rundreise irgendwie nützlich war, ist abwegig zu vermuten⁶. Daß sie über Hull in das Weiße Haus gelangte, hat eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Für die Tatsache jedenfalls der Kenntnisaufnahme und der sympathischen Aufnahme durch Roosevelt finden sich sehr bestimmte Aussagen, wenn auch der aktenmäßige Nachweis nicht zu führen ist. Das gleiche gilt für die Annahme, daß ein vertrauter Berater Roosevelts, der Richter am Supreme Court, Felix Frankfurter, sich der Weiterverfolgung der Angelegenheit in den Weg gestellt hat. Immerhin geht aus Dok. 3 mit Deutlichkeit hervor, wie sehr gerade er an der Schaffung einer Atmosphäre des Mißtrauens von vornherein beteiligt gewesen war. Es lagen dem offenbar Eindrücke gemeinsamer Oxford-Jahre zugrunde, während derer Trott auch von Nahestehenden in seinen politischen Motiven empfindlich verkannt worden ist. Er selbst klagt in dem schon erwähnten Brief aus Washington über „certain ‚clever‘ quarters in Oxford“, die ihn als „Appeaser“ denunzierten; er nennt ausdrücklich „Felix und seine Freunde“. So gewiß man mit ihren Wünschen und Hoffnungen weitgehend übereinstimmen könnte, so sehr ständen sie durch ihren Argwohn, durch ihre „passionate destructiveness“ jedem positiven Ansatz der Kooperation im Wege.

Das führt auf die Frage, worum es Trott bei seiner Aktion in Washington vor allem ging. Der Hauptinhalt der Denkschrift braucht hier nicht wiederholt zu werden. Ihr praktischer Zielpunkt war, wie er es Felix Morley (s. Anm. 6) gegen den Berliner Gesandtschaftsberichten findet sich wohl einiges Material zum Widerstand. So ein „Rush“-Telegramm von D. R. Heath, das sichtlich auf Oster Bezug hat (May 10, 2 a. m. – 740.0011/2778): „I understand that the Netherlands Government has been advised from confidential sources in Berlin that orders were issued Thursday morning May 9 to the German army to move into Holland at 5 a.m. Friday May 10 and that up to 8 p.m. last evening the orders had not been countermanded –“. In den Berliner Berichten, die ich einsehen konnte, findet sich indes weder der Name von Trott noch eine Anspielung auf ihn. Hingegen taucht er in den Akten des State Department im Oktober/November 1941 auf (Foreign Activity Correlation) und ausführlicher in den Stockholmer Berichten vom Juni 1944 und – rückblickend – vom September 1944. Auf die Stockholmer Mission kurz vor dem Attentat, für die noch andere Quellen zu erschließen sein werden, soll hier nicht eingegangen werden.

⁶ Dies gegen Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 511. Dazu und zum Folgenden die Angaben und Andeutungen Felix Morleys, damals Herausgeber der „Washington Post“. Sie finden sich als Tagebuchnotizen in E. B. Maley (Human Events, February 27, 1946) und in folgenden Sätzen eines Briefes an Frau von Trott (24. 12. 57): „The problem was to get him in direct touch with Secretary Hull, bypassing Undersecretary Sumner Welles who I knew would be unsympathetic. As I knew Hull well and had his confidence, this was not difficult. I further endeavoured to get him a private talk with President Roosevelt, but sought to arrange this indirectly because Roosevelt did not like my editorial policy. This meeting with the President was apparently arranged, but as I recall fell through . . .“

über formulierte, „dafür zu sorgen, daß nicht das Programm eines Vernichtungskriegs alle diejenigen Elemente zum Anschluß an die Nationalsozialisten zwingt, die begonnen haben, sich zum Sturz Hitlers zusammenzufinden“. Es ging also um moralische Ermutigung und Stärkung der Opposition. Dem dienten in kritischer Auseinandersetzung mit Versailles die Erörterungen über ein vernünftiges Friedensprogramm, für das ein nachhitlerisches Deutschland bestimmte Opfer zu bringen und bestimmte Garantien zu leisten habe, für das aber auch die Alliierten bestimmte Maximalforderungen festlegen sollten, die insbesondere nicht hinter den Territorialbestand von 1933 zurückgriffen⁷. Insoweit befürwortet die Denkschrift eine ausdrückliche Absage an den Vernichtungskrieg und eine frühzeitige Proklamierung maßvoller alliierter Friedensziele. Um so mehr fällt auf, wie auch Mr. Messersmith sofort feststellte, daß Trott im ersten Gespräch von dem Wunsch nach einer solchen Proklamierung für den gegenwärtigen Zeitpunkt abrückte. Er mußte sich offenbar decken gegen den Verdacht, daß es ihm um ein neues München gehe, aber man spürt auch seine eigene Sorge vor den „Appeasers“ in England; vor allem aber betonte er mit aller Schärfe, das Schlimmste, was passieren könnte für Deutschland und die Welt, sei ein vorzeitiger Friedensschluß mit der gegenwärtigen oder einer ähnlichen deutschen Regierung. Dies war ein entscheidender Vorbehalt, der das konstruktive Programm unmißverständlich mit dem Umsturz in Deutschland verknüpfte. Von den Vereinigten Staaten erbat die Denkschrift nicht eine formelle Vermittlung, wohl aber den Einsatz ihrer Autorität für einen gerechten und dauerhaften Frieden und „eine Gedankenrichtung aufbauender Art“. Das Gemeinte wird deutlicher in den Schlußabschnitten, die Trott hinzugefügt hat. Sie warben unmißverständlich um ein Bündnis mit den „constructive elements“ selbst der Länder, die gegenwärtig als Störer des Friedens galten, sowie um eine Ordnung, die nicht auf Propagandaformeln, sondern auf den tatsächlichen Bedingungen des Völkerlebens beruhte und Krieg zwischen den westlichen Nationen unmöglich machen würde. Es ist die betonte Einsicht in die tiefe Veränderung der sozialen Wirklichkeit und in die solidarische Verantwortung der westlichen Welt, die Trotts zweiter internationaler Aktion, so wirkungslos sie blieb, ebenso wie seiner Denkschrift vom April 1942⁸ etwas Vorausweisendes geben. So mögen die nachfolgenden Dokumente in einem Heft zur Veröffentlichung kommen, das um den 20. Juli herum erscheinen wird.

H. R.

Dokument 1.

Assistant Secretary (G. S. Messersmith) to Mr. Welles.
November 14, 1939

(Mitteilung über die Anwesenheit eines Deutschen in Washington).

I have a good deal of background on him which I think you should have. Yesterday Stone, the Washington representative of the Foreign Policy Association, left with me a

⁷ Damit erscheint die Angabe Wheeler-Bennetts (a. a. O., S. 510) schwer vereinbar, Trott habe sich gegen jeden Verzicht eines Nicht-Nazi-Deutschland auf die Gebietserwerbungen Adolf Hitlers erklärt.

⁸ Vgl. diese Zeitschrift, 5 (1957), S. 390 ff.

copy of a memorandum prepared by Trott of which I append a copy. I gave a copy of it to the Secretary before he left last evening. You will wish to read this, and there is a good deal of background that I should give you orally. G. S. M.

Bleistiftvermerk: Many thanks, I had already seen this memorandum. W.

Dokument 2.

Memorandum

From the very start, and, indeed, before the outbreak of the war, public discussion all over the world has focussed on the order of the things which may eventually emerge from the struggle between Germany and the Allied powers. The principal issues of the peace programmes emanating from the discussion can already be plainly discerned.

Most proposals published hitherto seem to take an Allied victory for granted. The possibility of a stalemate through mutual exhaustion has scarcely been contemplated, while the possibility of a German victory is generally ignored.

The relative merits of these predictions shall not be discussed here. Ever since Wilson proclaimed that there should be „no victors and no vanquished“, effort has not been lacking to dissociate the task of making an enduring peace in people's minds from the military outcome.

It is the purpose of the following memorandum to suggest from a new angle that, whichever way hostilities may come to an end, it will prove of inestimable value if the Allies – even at this early stage – have put on public record, in clear and unmistakable terms, the kind of peace for which they are fighting. Timely clarification of definite war aims, in this sense, must be regarded as not only extremely helpful, but, in fact, indispensable in order to bring this war to a desirable conclusion.

In arriving at this conviction we recognize that there are two fundamentally opposite premises:

a) One school of thought starts from the proposition that Germany has now given final proof of her inability to live on equal terms with other European states. Consequently it considers it imperative to weaken Germany beyond hope of recovery and, with that end in view, to break her up into several parts. Only thus could all future attempts at political and military concentration be frustrated from the start. Even the Versailles treaty had not been sufficiently drastic to achieve this. A really crushing peace treaty must therefore be drawn up this time.

To this end, they either advocate unmitigated severity towards Germany and uncompromisingly self-interested protection of their territories from further German aggression, or they plead for a „more constructive“ solution to these problems. They argue that the creative side of the German national character would be given sufficient chance of development if their interests were confined to industrial and cultural fields. This could be achieved by depriving the Germans of every possible lever and hope of political initiative abroad. A certain emotional compensation for Germany's former political status, according to this view, could be found in exploiting the antagonism latent between her northern and southern parts. There would be no danger for the rest of Europe if the states south of the Main were permitted to form a union including Austria, if not the Rhineland. Such a union might well be economically successful and might in time develop a national consciousness sufficient to offset moves towards a restoration of German unity.

b) In direct contrast to this, the other school of thought starts from the proposition that the Versailles treaty and especially the spirit of its application was too harsh, and that the present war is its natural outcome. That treaty has brought to power the aggressive forces in Germany, as such a peace settlement might have done in any other self-respecting nation. A future settlement, then, would have to avoid all stimuli to a

repetition of the aftermath of Versailles. Germany, in their view, should be granted a fair basis for national existence. Measures which might rekindle her persecution complex and supply new material for demagogues must be avoided. These critics of the Versailles treaty consider the breaking up of Germany, under whatever circumstances, as disastrous to the future peace of Europe. Never, in the long run, would the German people submit to this forced partition. This group would demand a radical departure from all experiments based on the old conception of „power politics“. They consider Europe, and Germany within Europe, as ripe for an attempt at other methods taking into more adequate account the underlying economic and social factors. They regard as a dangerous dogma the view that this war of 1939, following on previous outbreaks ever since 1864, proves the perpetual bellicosity of the German. The period since the Treaty of Versailles must, in their opinion, be regarded as an abnormal state of affairs which was bound to result in wholly extraordinary reactions, such as the submission of Germany to an extremist government. There are, in this view, sufficient reliable elements in the German make-up to warrant an attempt to form a new order in Europe in cooperation with a liberated Germany, provided that she is not made a victim of new grievances, and thereby again driven into channels of irrational escape.

The Allied Governments, and each Government which will participate directly or indirectly in any eventual settlement, must decide between the merits of these two points of view before they on their part approach the problem of peace terms.

If the theory is accepted that Germany is bound to remain a nefarious element in the European family of nations, any proclamation of war aims on this basis can only do harm. Such an act can only contribute to the prolongation of the war. Even though the German people are increasingly opposed to the National-Socialist Government and embittered by its policies, it is clear that only a negligible minority of Germans will deny their support even to the present regime, if the preservation of the German nation is at stake.

* * *

Most, if not all, considerations, on the other hand, support an early declaration of the Allied peace aims, if a departure from the treaty of Versailles and its philosophy could be envisaged. The practical purpose in proclaiming the Allied peace program would be:

- (1) to finish the war quickly;
- (2) to reduce actual and potential friction in Europe to a minimum by a negotiated peace;
- (3) to set moving machinery for European cooperation.

The extreme importance of a timely clarification of war aims derives not merely from the fact that it would reassure and consolidate opposition in Germany and thereby contribute to the discrediting and undoing of Nazi domination. It is of vital importance also for the future internal situation within the Allied states themselves. All experiences of the last war substantiate the likelihood that this internal factor will form a cause of acute anxiety for all belligerent governments once hostilities are ended.

* * *

Looking at it from an international point of view there would be a distinctly favorable reaction in Germany to the proclamation of reasonable and definite peace aims, providing that this proclamation will be convincing.

The Nazi Government has so far effectively kept the German people from realizing the reasons that made the Allies go to war. Should it prove possible to dispel the view

hitherto prevailing in Germany, that the Allies are fighting to crush a young and rising nation whatever its leadership, this would be a tremendous step ahead.

The attempt to disentangle past history offers little prospect of clarification. However, the vision of a constructive and fair peace, as the pledged aim of Allied war efforts, could substantially disprove the Nazi explanation why war became necessary. The realization of Hitler's incapacity to conclude such a desirable peace would intensify the deep discontent which is growing in Germany, caused by physical distress and the spectacle of Nazi mismanagement.

The working classes in Germany especially are certain to break through their present attitude of reserve, which is partly due to their defeat in 1933 and also to the fact that they see no practical alternative to the present international deadlock. If a way were to emerge clearly from the present maze of domestic and foreign propaganda which envelopes them, their grievances against the Nazi regime will be felt to be no longer tolerable and, in so far as such discontent cannot be vented in the heavily policed factory yards and military ranks, it will find an even more impressive outlet in the homes and, through the women, in the streets. It must be realized that the German proletariat still retain in essence their international inclinations¹, even though the hopes of Communism have been shattered and discredited by the Hitler-Stalin pact. There are signs that even beyond this profound disillusionment all political creeds have lost their hold on people's mind – a natural outcome of the Machiavellian cynicism of both Communist and Nazi policies. The political thinking of the German working man tends to be eminently „matter of fact“ nowadays.

The middle and lower strata of the German middle class are committed to follow any violent mass movement, whatever its origin. They are rapidly losing the new pride with which National Socialism had inflated them: concentration of Nazi power in recent times has proceeded at their expense, and they have lost all political initiative.

The propertied or otherwise privileged classes („liberal“ professions, especially university teachers) are struggling in silent, but desperate, opposition to the regime which, however, contrives to retain their ultimate loyalty with the threat of national annihilation by the Allies, if all patriotic Germans do not stand together in this supreme moment of danger. The upper bourgeoisie in particular hope that eventually the army officers will take matters in hand and liberate them from their present yoke and from the threat of an effective Nazi-Bolshevik fraternization.

Up to now the attitude of the German officer corps towards the regime has not been uniform. The present High Command must be regarded as somewhat hypnotized by Hitler. But the likelihood of a change in this respect is the greater as pressure on responsible army opinion increases. The higher ranks are bound to revert to their previous conviction that Germany, in her present state on the military as well as the home front, should not be exposed to the stress of a major European war. Their primary concern, naturally, will now be to bring this war to a satisfactory conclusion, but they will be all the more disposed towards an equitable peace if opinion is crystallized on the fact that Hitler had forced this conflict and is precluding its honorable and reasonable settlement by his headstrong disregard of the rational and responsible elements in the state.

Taking Germany as a whole, the following can be stated with certainty: Hitler came into power by promising the destruction of Communism to all who still had something to lose, and by promising the restoration of Germany's greatness without war. In August 1939 Hitler finally destroyed these two fundamentals of his power. His rule is now supported merely by the direct necessity of the German people to back the regime in its war against the alleged intention of the Allied powers to destroy Germany once more. While Hitler's two promises have been blatantly broken, this last fear

¹ Fragezeichen in Bleistift am Rand.

still holds the majority of Germans in the thrall of Nazi war measures so long as they appear to be the only means to national survival. The realization that continued National Socialist control is the chief obstacle to peaceful survival will of necessity bring a profound change and an overwhelming sense of having been betrayed by Hitler. If the prospect appears that this government may be removed and simultaneously a tolerable position for Germany in a new Europe could be secured, this realization would provide the German people with a psychological pre-requisite without which the instinct of national preservation must outrule even the most passionate urge to liberate themselves.

If, on the other hand, the German people – groping for some bearable alternative to Hitler – are met with continued vagueness and intransigence from the Western powers, their desperate hopes are bound to turn eastwards once more. The ensuing resurgence of popular unrest forms as yet a remoter possibility than might be taken as the obvious immediate implication of the Nazi-Soviet-threat. But ultimately the nightmare of another crushing peace settlement and its keenly remembered humiliations must drive the Germans into close union with Russia as the only remaining alternative. And it is difficult to see how the revolutionary developments following such a change of attitude within Germany could be confined to the frontiers of that country.

* * *

In their own states, too, the Allied Governments now in power must anticipate profound psychological changes if this war goes on.

They have a vital interest in guiding these changes in order to preclude unexpected and undesirable outbreaks at the end, or even before the end, of this struggle. The British Prime Minister has recognized this necessity in his speech of Oktober 12th. He emphasized the fact that the Europe emerging from the present conflict will be very different from the Europe we know now. This does not merely mean territorial changes and the like. Mr. Chamberlain must have been thinking also of the inevitable and profound alterations in the inner political temper of the belligerent peoples and the incalculable effect of this on the life of the state.

The Governments, both in Paris and in London, have from the very start of this war realized that the mood of their peoples differed profoundly from that hitherto observed in wars which had to be fought by popular armies. The people this time were not carried away into a frenzy of passion. Their attitudes remained wholly rational. All observers have stated this with amazement. Consciously or unconsciously, the speeches of Daladier as well as of Chamberlain, communicating to the people the Government's decision to fight, have respected this mood. Neither have used the terms, „Glory“, „Prestige“, or „National Grandeur“, as the primary motivation for the necessity of such a grave step. As distinct from any such general appeal, they have concentrated their arguments on the interests of every individual Frenchman or Britisher, his way of life, his personal liberty, and his desire for an undisturbed existence.

Those arguments, too, are the cause of the common man's readiness to fight for England and France; it is neither enthusiasm, revengefulness or greed which drive him to do so. It is in the interests of both Allied Governments to support this attitude. There is no reason to intensify the conduct of war by replacing these motives with those propaganda slogans, which were customary in previous wars. But it is necessary to sustain this rational and deliberate attitude by supplying it with a clear objective, the emotional as well as rational appeal of which justifies the terrible sacrifices which are demanded. It is imperative to tell the people not only why they were forced to fight, but moreover what they are fighting for.

The permanence of what has here been characterized as a rational attitude is not to

be relied upon. The enormous efforts which war imposes on the people even now increase their irritability and the violence of their reactions. If popular passions get beyond control, grave dangers in the nature of those hinted at by the British Premier are inevitable.

There is a definite threat that on both sides popular opinion may lay this war to governmental failure and denounce it as „their“ war. Hitler may have wanted it, but the other cabinets did not successfully prevent his having his way. The popular fury – as after 1914–1918 – may well direct itself against certain political systems, or, indeed, against government as such: a kind of semi-religious revival with chaotic social consequences may surge up, and revolutionary tendencies, already latent, may manifest themselves in a more drastic and destructive form the longer this war lasts. Governments will only lend substance to their former dealings and their present authority if they rally public opinion in good time around a peace program which meets with sufficiently broad approval to serve as a safety valve. They will otherwise become victims of the catastrophic events, which any realist must presage, and will be blamed for having embarked on a course of destruction without the vision of a tolerable future on which their successors will base their claim to power.

If one has to count on an increase in the elements of passion in popular thinking, it becomes imperative to canalize these forces into constructive channels. They are dangerous, but they also have the advantage of permitting a radical remolding of ideas. The present Governments have no better means to crystallize popular emotions than to proclaim the goal of a peace which is just and constructive and worth fighting for.

It may be remarked in passing that nationalism of the kind which finds its most extreme expression in Nazidom has been distinctly on the down-grade in Europe for some time². This assertion may seem paradoxical. But it must not be doubted that the same cool reasonableness which prevails on the Allied side is also present in the German popular attitude towards this war. Even Hitler, in deference to this, had to present the decision to fight as an act of generally shared deliberation. He had to let the war „slide in by the back door“. The regime was acutely conscious of the fact that the onslaught on Poland was unpopular, as certainly the extension of hostilities to the West was dreaded by the German masses.

Almost imperceptibly, the whole complex of national prestige has lost its hold on the peoples of Europe. For this reason a definite move towards European cooperation will be much easier than it was after the last war.

If, therefore, the Allied Governments decided upon the necessity of a peace of reconciliation with Germany, they would not only be able to deal with their own critical internal problems after the war, but they will also find the necessary material for building a stable and cooperative future for Europe.

* * *

The technique of an early proclamation of Allied peace aims certainly presents formidable difficulties. Its communication to the people of Germany is but one of the smallest among them.

The procedure herein advocated has been applied before. Woodrow Wilson published his Fourteen Points on January 22, 1917, less than two weeks before severing diplomatic relations with Germany. His action turned against itself in the latter course of events, and now it forms one of the strongest impediments to a successful repetition of such action in the present war.

And yet, this unparalleled and high-minded initiative on the part of the President

² Wie Anm. 1.

of the United States had been perfectly right as a guiding principle and might, if properly followed up, have set the standard for a lasting democratic peace. It had its effect, under even less favorable internal conditions in Germany, for the duration of the war. The Fourteen Points, without any doubt, spurred the unleashing of democratic forces in Germany. Their unfortunate later effect was due to mistakes which must and can be avoided this time.

Germany has felt herself betrayed by what followed after the Fourteen Points. This feeling is sincere. When the first confirmed news about the later stipulations of Versailles, at the end of February 1918, reached Berlin, the German nation stood aghast.

It is evident that this later perversion of President Wilson's honest intentions, as expressed in the text and commentaries of his Fourteen Points is at present being successfully used by the Nazi Government to convince the German people that another betrayal is at the back of all peace proposals.

The fundamental question therefore arises: How can the diffidence, which any stipulation advanced by the Allies at present is bound to meet in Germany, be modified or even avoided?

The best means lies in the nature of the proposal itself, in the practical and unequivocal character of its terms. The European future must appear as a result of common sense reasoning, not of lofty ideals. The latter approach is blocked by past disillusionment but the former will strike a powerful chord of consent.

It follows that a maximum of precision is necessary. It will certainly not be possible to be exhaustive on all points, because a full understanding between the Allied Governments cannot be expected. But it should be possible, for instance, to state certain maximum concessions which are going to be asked of the German people or to assure that their territorial status of 1933 shall be disputed under no circumstances.

Certain minimum commitments on the Allied side should be subjected to equally careful consideration, not only regarding economic concessions which the Allied should be prepared to make for a constructive peace, but also regarding the actual conditions and forces which enable Germany to participate in a cooperative European future.

Any peace based on the outcome of military victory would mean abandonment of Europe's common traditions in sharp discrimination against one or some of her great peoples. The natural consequence would be continued tension between the powerful and the helpless which, according to the laws of history, would again resolve itself in new catastrophes.

It will not be attempted to even sketch in this limited context the material adjustments which would have to be made in Europe's political and economic structure. The necessity of relinquishing some, especially of the economic attributes of national sovereignty is rightly emerging as one of the chief problems. The contribution from both sides will have to be substantial, but even large sacrifices, if made on the basis of negotiation, must be considered as infinitely preferable to the indefinite toll of life and treasure which a drifting on of the European catastrophe will necessitate.

Granted that the Allies do not intend to partition Germany, her own contribution must consist first and foremost in the abandonment of her present political leadership. But this is clearly not enough, because there must be assurance also that the Germany which may emerge after the downfall of Hitler will be an honest and effective partner to such a peace. The question, how this function of Germany can be made to work in terms of her social, economic and political structure, must be answered separately. Germany must be able to satisfy the desire of the European peoples as a whole that another war amongst them is ruled out as a possibility.

This is not a victor's peace, but conditions worked out on such a basis of negotiation would restore in Europe tranquility and potential well-being, and they would answer the inherent trend of her peoples' aspirations.

Vierteljahrshefte 3/7*

America's tremendous authority in helping to decide the character of a future European and world peace could, in our view, be asserted in various effective ways.

The momentous increase of diplomatic influence now at the disposal of the United States all over the world is one of the most significant results of the first two months of the war. The manner in which this influence could be used, lies outside the range and competence of the authors of this memorandum. But if it were felt all over Europe, in the allied countries as well as in Germany, that the authority of the United States is backing the effort of devising a fair and durable peace settlement, this would be a most substantial aid in setting people's minds to work in constructive directions. And this, in our view, would be achieved most effectively by American diplomatic insistence on a timely and explicit pledge of the Allies to a rational war aim.

The early publication of war aims has been frequently urged by various quarters in the allied countries and foreshadowed in a general manner by several governmental speeches.

To be fully convincing, however, such a proclamation would have to be enhanced by some specific pledge which would bring it home to the German people that peace will be negotiated on this and no other basis.

It is obviously out of the question that the American government could attach their guarantee to such an allied pledge, though this would certainly be the most convincing assurance available in present-day world politics. Isolationist forces would oppose this guarantee, though it might afford an excellent opportunity to define the character and content of America's peace policy and its fundamental attitude towards the war in Europe. Yet the United States will probably not wish to be implicated to the extent of a guarantee which might put them in the position of having to enforce certain peace conditions.

If then, it is impossible to grant such a measure of American participation, it might still be feasible to bring the moral weight of this country to bear upon the European situation by eliciting some solemn promise of the Allied Governments addressed to the American people and its government, that they will fight for and stick by their declared war aims. This would not, in case of default, imply the enforcement of their stipulations by America, but would leave the way open for later constructive influence on the European situation³.

Beyond this diplomatic measure which it may be considered feasible to administer to the present state of European bewilderment and indecision, America is already preparing for an even broader and far-reaching contribution to the future peace. The British Ambassador to the United States has pointed out in a recent speech (New York, October 29) that, not being involved in the immediate implications of warfare, America may find herself in a better position than any of the belligerents in the task of defining the fundamentals of a lasting peace.

America, not divided as we are by social and national boundaries, may well raise the standard of all peace discussion above our complex prejudices of the past, provide a foundation for personal contact, mutual information and confidence, and extend her sympathy to the constructive elements even of those countries which in their present frame are considered the chief disturbers of peace. Such understanding, especially if ever there is to be a permanent settlement, in our view constitutes a crying need at a time which is increasingly obscured by propaganda and indiscriminating war passion. Contacts which link up the domestic potentialities in Germany with sound judgment of the international situation seem to us prerequisites of a peace built on the firm basis of the actual popular conditions, and not on formulas which breed future maladjustment and conflict. It may be possible, before the conflict has become too passionate

³ Von hier an Zusätze Trotts (s. Vorbem.).

for America not only to insist on a responsible declaration of war aims, but to help substantially in clarifying those profound and comprehensive political adjustments which really contrive to rule out war amongst the Western nations.

Dokument 3.

Strictly Confidential.

G. S. Messersmith to the Secretary – The Undersecretary.

November 20, 1939

When Dr. Bruening was my house guest recently, he spoke to me about Adam von Trott and said that he was convinced that Trott was an honest man and really represented responsible, potentially powerful, conservative influences in Germany. I gathered from Dr. Bruening that he was of the opinion that von Trott was in contact with, and in some respect was a mouthpiece of, these elements in Germany which would have to be depended upon to form eventually a respectable and responsible government in Germany. He suggested that he thought it would be useful if I would see von Trott while he was here. I told him that I would be glad to do so, but I did not give expression to Dr. Bruening of the doubts which I myself had concerning him.

Justice Frankfurter spoke to me some time ago with regard to von Trott, whom he has known in the past. He was highly suspicious of von Trott, and I gathered that his suspicion was based on information which he may have received from some of his friends in England. My own attitude was inclined to be one of scepticism, as I think experience has taught us, how difficult it is to determine, whether these people, pretending to speak for conservative elements in Germany, are really doing so or whether they are acting for the present German Government.

Mr. von Trott came to see me this morning, and the impression he made on me on the whole was good, and I am now inclined to believe that he is an honest man and does represent the thought of certain responsible elements in Germany. I referred to the memorandum which he had furnished to Mr. Stone of the Foreign Policy Association, and told him that I had read it carefully. Mr. von Trott said that while the memorandum represented on the whole his views, he was not so sure that the time had come for a statement of the Allied peace terms or conditions. He was not so sure that this would serve a useful purpose at this time. This was not an idea that he was pressing himself, for the most dangerous thing, he said, which could happen was a premature settlement which would leave the present Government or something similar to it in power in Germany. Such a solution would be as much a catastrophe for Germany as it would be for the rest of the world. It was the last solution which those whose thoughts he represented in Germany would wish, for it would mean the end of anything which they could do to bring back order in Germany. He was all the more concerned about this because there was still a very powerful group in England which he felt could not be altogether trusted and which might be prepared to make peace on terms which would be disastrous all around – as much so for Germany as for the rest of the world.

I was frankly astonished to hear Mr. von Trott make this point with the emphasis he used, as I had been under the impression that he was pressing just the other way – that is, using his influence here among certain people in order to encourage the movement towards forcing the Allies to a statement of peace terms now. It was my understanding that it was Mr. von Trott who had been responsible for Mr. Lippmann's article some weeks ago which was so surprising⁴. Perhaps Mr. von Trott's own views have undergone some change in recent weeks.

⁴ Mr. Walter Lippmann war freundlich genug, einen Auszug aus diesem Artikel zur Verfügung zu stellen. Er erschien unter dem Titel „TODAY AND TOMORROW – THE THIRD

Mr. von Trott said that it would be extremely important, some time before the spring of next year at the latest, for the conservative elements in Germany to have some idea of a definite character as to what the Allied peace objectives and terms were. The uncertainty in which they were was making it more difficult for them. I remarked that there was information that some of the industrialists and financiers in Germany who had been opposed to the regime and its objectives were now getting behind it on the basis that it was a complete disintegration of Germany which was the Allies' objective. Mr. von Trott said that he doubted whether the views of the industrialists and financiers had changed to that degree, because it was their thoughts that he represented, but one had to keep in mind that there was that possibility growing out of their uncertainty, and that such a change, of course, would be unfortunate. He realized, however, more than ever the difficulty in the Allied peace terms being formulated and stated at this time, and the danger which lay therein. He was wondering, however, in what way some information could be conveyed to the conservative elements in Germany as to what the Allied objectives were, in order to give that movement the strength and support which it needed.

I refrained from comment except of the most general kind, and said to Mr. von Trott that after he came back from the meeting of the Institute of Pacific Relations which he was going to attend, I would be very glad to see him again. He said that he expected to leave this country about the middle of December for the Far East and expected to get back to Germany about the middle of February.

ALTERNATIVE“ in New York Herald Tribune am 10. Oktober 1939. Wie Mr. L. betont, erinnert er sich sehr wohl an den Besuch von Trott in Washington, der indessen keinerlei Einfluß auf seinen Artikel gehabt habe. In der Tat liegt außer der Vermutung von Mr. Messersmith kein Anzeichen zu solcher Annahme vor. Um so mehr ist es – angesichts des so oft bezweiferten „Realismus“ der deutschen Opposition – von Interesse, festzuhalten, wie weitgehend die Überlegungen in ihrem Kreise mit den Gedanken eines führenden amerikanischen Publizisten und eines Hauptes der „realpolitischen Schule“ zusammentrafen (mit Ausnahme allerdings der Bezugnahme auf München). – Es seien daher einige Sätze aus Mr. Lippmanns Artikel angefügt:

... If the Germans can be made to see that a military victory is impossible but that a decent peace is possible, Europe may yet be spared the incalculable horrors of a war to the bitter end...

That... is the reason why the time has come for the Allies to state their war aims with a view to making clear to the German nation that the siege can be lifted whenever they have a government with which it is possible to negotiate.

.....

The statement of Allied war aims presents no such difficulties as it did during the World War. For then the British and French had allies, Russia and Italy, and Japan, whose support had been purchased by the secret treaties, and the Allies themselves had territorial ambitions, namely Alsace-Lorraine and the dismemberment of the Turkish empire and the distribution of the German colonies among themselves, the British dominions, and Japan. This is not the case today. There is no German territory they themselves could want, and they have no allies who have to be compensated. They can, therefore, say that they want no annexations, and, having learned the bitter lesson of the nineteen twenties, they will seek no indemnities. They can declare that they are not fighting for the restoration of the Versailles boundaries or the Versailles system, and they can point to Munich as proof of their willingness to negotiate a revision of the Versailles system. They can declare that they are not committed to the 1919 or to the 1939 frontiers in central Europe but to the liberation of the Czech and Polish peoples. They can declare that the colonial question is open to negotiation, but that the handing over of helpless colonial peoples to Nazi rule is not negotiable...

Mr. von Trott said that he was a good deal concerned as to himself, and he was, of course, putting his neck into a noose. He hoped that the memorandum and his remarks to me would be kept confidential. He was taking great risks. He said that when he came here from New York by automobile, he was quite obviously followed all the way by another automobile. He had the distinct impression that his movements were being followed. He did not know whether it was by officers of this Government or by German agents in this country. I told him that I could not enlighten him in this respect, but that I did not know of any surveillance of his movements by this Government.⁵

G. S. M.

Dokument 4.

Trott to Messersmith.

Virginia Beach, December 3rd, 1939.

(Kündigt seine Rückkehr nach Washington an). With your permission, I shall telephone your secretariat on Tuesday to inquire if and when it would be convenient for you to have me call on you.

Dokument 5.

Note of Mr. Messersmith (December 7).

Mr. Carter⁶ called to see me on December 7 to say that he was glad that I had seen Mr. von Trott. He said that Mr. von Trott was active as his „German associate“. He asked me to what degree I thought confidence could be put in von Trott. I told him that one had to view with a certain amount of caution any person coming out of Germany and that this, I believed, applied to von Trott. I had been willing to listen to what he had to say, but I had said little to him. Von Trott might be an honest man, and probably was, but no man coming out of Germany these days was altogether a free agent. Mr. Carter said he was conscious of all this and asked, if I had at any time any information indicating that von Trott was not trustworthy, to let him know. I said that I would keep in touch with him in this respect. I also indicated that I would be glad to have any information from him at any time with respect to von Trott's further travel and activity.

Dokument 6.

Memorandum for the File.

December 8.

Mr. Adam von Trott expressed the wish to see me again before he left Washington for New York and from there for the Far East. I received him as a matter of courtesy but did not enter into any detailed conversation with him. My net impression at this time is that Mr. von Trott is an honest man who is in touch with the conservative elements in Germany, not in sympathy with the present Government, and who would like to see a change of government. I am, however, of the opinion that he is not entirely a free agent, as no person who is permitted to leave Germany and to return, as is true in the case of Mr. von Trott, can be entirely a free agent. The letter addressed by FBI⁷ on November 17 to Mr. Berle⁸ hereto attached⁹ would indicate that Mr. von

⁵ S. dagegen Dok. 6.

⁶ Edward C. Carter, Vorsitzender des Institute of Pacific Relations. – Daß C. vollkommenes Vertrauen zu Trott hatte, ist in F. Morleys Tagebuch ausdrücklich bezeugt. Offenbar wollte C. sich über die Quelle der Gegeninformationen orientieren.

⁷ Federal Bureau of Investigation.⁸ Assistant Secretary of State.⁹ Lag nicht bei.

Trott is in touch with certain persons here who are directly or indirectly acting for the present German Government. This may be only the price which he has to pay for the freedom of movement which he enjoys.

Mr. von Trott, whom I saw only for a few minutes, said that a small group here, composed of Mr. Carter and others, would keep in touch with the group he was associated with in Germany, and left the inference that any information which such group had which would be of interest would probably reach him through Mr. Carter and his associates.

Mr. von Trott asked who in our Embassy he might be able to talk with in confidence from time to time. I told him that our Chargé d'affaires, Mr. Kirk, was a very capable and experienced diplomatic officer, and that I was sure he would always be glad to see him.
G. S. M.

Dokument 7

Personal and Strictly Confidential.

Messersmith to Kirk.

December 8, 1939.

(Mitteilung über Trotts Aufenthalt und Unterredungen mit ihm.)

Mr. von Trott is a young man who arouses confidence and is undoubtedly a man of intelligence. I am inclined to think that he is an honest man who is deeply concerned over the future of his country, and it is not unlikely that he is in touch with conservative elements in Germany who view with concern the course of the German Government in various spheres of activity. I have received Mr. von Trott with courtesy, and have been glad to hear what comment he has to make. I think, however, that one must view with a certain amount of caution any person who approaches us from certain directions at this time.

My object . . . is to tell you about Mr. von Trott's stay in this country and to say that before he left he indicated to me that it would be helpful to know whom he could approach in our Berlin Embassy from time to time. I told him, I saw no reason why, when he so wished, he should not call on you and that you, I am sure, would be glad to see him. I would suggest that, should he come to see you, you will find it interesting to talk with him and hear what he has to say, and we here would be very glad to have you tell us anything of interest which he may communicate to you.

Dokument 8.

Trott to Messersmith.

January 5.

(Ausdruck seines Dankes).

I felt that my age and slender achievements gave me no right to make further claims on your time. But I also feel that I am leaving America with a somewhat clearer knowledge of the power and substance inherent in the position that you made clear to me in our last talk.

It seems to me that the fateful uncertainties of our present international situation resolve to an enormous degree in the judgement and conscience of a few key figures in control of the great powers concerned. And with all surface bewilderment I have no fundamental doubts about the kind of peace which alone will satisfy the American conscience this time.

Hoping that you may extend the confidence you have been kind enough to express to that substantial part of our younger generation of which I am just one representative,

I remain, Sir,

Yours faithfully

(ohne Unterschrift).

ZUR „UMSIEDLUNG“ DER JUDEN IM GENERALGOUVERNEMENT

Vorbemerkung des Herausgebers

Die im Folgenden abgedruckten Dokumente sind von Wilhelm Cornides, dem Herausgeber des Europa-Archivs, zur Verfügung gestellt worden. Die Beobachtungen „eines deutschen Unteroffiziers“ stammen von ihm selbst, und er hat auch die drei anderen Augenzeugenberichte beigebracht. Die Gelegenheit dazu bot eine Dienstreise Ende August/Anfang September 1942, die es ihm ermöglichte, „auf eigene Faust“ im General-Gouvernement herumzufahren und den damals in Deutschland kursierenden Gerüchten über die „Umsiedlung“ der Juden nachzugehen.

Was das Inhaltliche betrifft, die Tatsache, den Umfang, die Form der „Umsiedlung“, so bieten die Notizen nichts Neues. Es mag erwähnt werden, daß die Beobachtungen über Belzec in den gleichen Monat fallen, aus dem wir den Augenzeugenbericht Kurt Gersteins über die dortigen Massenvergasungen haben (VfZ 1 1953, S. 177 ff.). Auch sachlich finden sich Berührungen. Aber während Gerstein (a. a. O., S. 181) dahin bedeutet wurde, daß dies „eine der geheimsten Sachen“ sei („wer darüber spricht, wird auf der Stelle erschossen“), wird im Folgenden ausdrücklich belegt, daß die Kenntnis der Vorgänge – was man an sich schon vermuten durfte – im Generalgouvernement durchaus verbreitet war und daß es jedenfalls verhältnismäßig geringer Anstrengung bedurfte, ihnen auf die Spur zu kommen. Freilich werden nur wenige den Willen dazu gehabt haben oder gar den Wunsch, das Gesehene und Gehörte schriftlich festzulegen. So haben die Notizen in dem, was sie als bekannt belegen, wie in der Tatsache gleichzeitiger Niederschrift, einen bestimmten dokumentarischen Wert.

H. R.

1. Aufzeichnungen eines deutschen Unteroffiziers vom 31. 8. 1942

Rawa-Ruska (Galizien) Deutsches Haus 31. 8. 1942, 14 Uhr 30.

Um 12 Uhr 10 sah ich einen Transportzug im Bahnhof einlaufen. Auf den Dächern und Trittbrettern saßen Wachmannschaften mit Gewehren. Man konnte von der Ferne sehen, daß die Wagen mit Menschen vollgepfropft waren. Ich kehrte um und ging den ganzen Zug entlang: Er bestand aus 35 Viehwägen und einem Personenzug. In jedem der Wagen waren mindestens 60 Juden (bei Mannschafts- oder Gefangenentransporten werden in diesen Waggonen 40 Mann verladen, hier waren jedoch die Bänke herausgenommen, und man konnte sehen, daß die Eingeschlossenen eng aneinandergedrängt standen). Die Türen waren teilweise einen Spalt geöffnet, die Fenster mit Stacheldraht vergittert. Unter den Eingeschlossenen waren nur wenige, meist alte Männer zu sehen, alles andere waren Frauen, Mädchen und Kinder. Viele Kinder drängten sich an den Fenstern und den schmalen Türöffnungen. Die jüngsten waren bestimmt nicht älter als zwei Jahre. Sobald der Zug hielt, versuchten die Juden Flaschen herauszugeben, um Wasser zu bekommen. Der Zug war jedoch von SS-Wachen umgeben, so daß niemand in die Nähe konnte. In diesem Augenblick lief ein Zug aus der Richtung von Jaroslau ein, die Reisenden strömten dem Ausgang zu, ohne

sich weiter um den Transport zu kümmern. Ein paar Juden, die damit beschäftigt waren, einen Lastwagen der Wehrmacht zu beladen, winkten mit ihren Mützen zu den Eingeschlossenen. Ich sprach mit einem Polizisten, der am Bahnhof Dienst tat. Auf meine Frage, wo denn die Juden herkämen, antwortete er: „Das sind wahrscheinlich die letzten von Lemberg. Das geht jetzt schon seit drei Wochen ununterbrochen so. In Jaroslau haben sie nur acht übrig gelassen, kein Mensch weiß warum.“ Ich fragte: „Wie weit fahren die noch?“ Er dann: „Nach Belzec.“ „Und dann?“ „Gift.“ Ich fragte: „Gas?“ Er zuckte mit den Achseln. Dann sagte er nur noch: „Am Anfang haben sie sie, wie ich glaube, immer erschossen.“

Hier im deutschen Haus sprach ich gerade mit zwei Soldaten vom Front-Stalag 325. Sie sagten, daß diese Transporte in der letzten Zeit täglich durchkamen, meistens nachts. Gestern soll einer mit 70 Waggon durchgefahren sein.

Im Zug von Rawa-Ruska nach Cholm 17 Uhr 30:

Als wir um 16 Uhr 40 einstiegen, lief gerade ein leerer Transportzug ein. Ich bin zweimal entlanggegangen und habe gezählt; es waren 56 Waggon. Auf den Türen standen Nummern mit Kreide aufgezeichnet, 60, 70, einmal 90, manchmal 40, wohl die Zahl der Juden, die darin befördert worden waren. Im Abteil sprach ich mit der Frau eines Bahnpolizisten, die zur Zeit auf Besuch bei ihrem Mann hier ist. Sie sagt, daß diese Transporte jetzt täglich durchkommen, manchmal auch mit deutschen Juden. Gestern seien auf der Strecke sechs Kinderleichen gefunden worden. Die Frau meint, die Juden hätten diese Kinder selbst umgebracht, wahrscheinlich sind sie wohl auf der Reise umgekommen. Der Bahnpolizist, der als Zugbegleiter mitfährt, stieg in unser Abteil. Er bestätigte die Aussagen der Frau über die Kinderleichen, die gestern auf der Strecke gefunden wurden. Ich fragte: „Wissen denn die Juden, was mit ihnen geschieht?“ Die Frau antwortete: „Die, die von weiterher kommen, werden wohl nichts wissen, aber hier in der Nähe wissen sie es schon. Da versuchen die dann auch wegzulaufen, wenn sie merken, daß sie geholt werden. So z. B. neulich in Cholm, wo man drei auf dem Weg durch die Stadt erschossen hat.“ „In den Bahnpapieren laufen diese Züge unter dem Namen Umsiedlungstransporte“, bemerkte der Bahnpolizist. Er sagte dann noch, daß nach der Ermordung Heydrichs mehrere Transporte mit Tschechen durchgekommen waren. Das Lager Belzec soll direkt an der Bahn liegen, die Frau hat versprochen es mir zu zeigen, wenn wir vorbeifahren.

17 Uhr 40:

Kurzer Aufenthalt. Uns gegenüber hält wieder ein Transportzug. Ich spreche mit den Polizisten, die vorne im Personenwagen mitfahren. Ich frage: „Geht's wieder heim ins Reich?“ Grinsend sagt einer: „Du weißt wohl, wo wir herkommen? Na ja, für uns geht die Arbeit nicht aus.“ Dann fuhr der Transportzug weiter, die Wagen waren leer und sauber ausgekehrt, es waren 35. Aller Wahrscheinlichkeit nach war dies der Zug, den ich um 1 Uhr am Bahnhof in Rawa-Ruska gesehen habe.

18 Uhr 20:

Wir sind am Lager Belzec vorbeigefahren. Vorher ging es längere Zeit durch hohe Kiefernwälder. Als die Frau rief „jetzt kommt es“ sah man nur eine hohe Hecke von Tannenbäumen. Ein starker süßlicher Geruch war deutlich zu bemerken. „Die stinken ja schon“ sagte die Frau. „Ach Quatsch, das ist ja das Gas“, lachte der Bahnpolizist. Inzwischen – wir waren ungefähr 200 Meter gefahren – hatte sich der süßliche Geruch in einen scharfen Brandgeruch verwandelt. „Das ist vom Krematorium“, sagte der Polizist. Kurz darauf hörte der Zaun auf. Man sah ein Wachhaus mit SS-Posten davor. Ein doppeltes Bahngeleis führte in das Lager hinein. Das eine Geleis war eine Abzweigung von der Hauptstrecke, das andere führte über eine Drehscheibe aus dem

Lager zu einer Reihe von Schuppen, die ungefähr 250 Meter davon entfernt standen. Auf der Drehscheibe stand gerade ein Güterwagen. Mehrere Juden waren damit beschäftigt, die Scheibe zu drehen. SS-Posten, das Gewehr unter dem Arm, standen daneben. Einer der Schuppen war offen, man konnte deutlich sehen, daß er mit Kleiderbündeln bis an die Decke gefüllt war. Beim Weiterfahren schaute ich noch einmal zum Lager zurück. Der Zaun war zu hoch, als daß man irgend etwas hätte sehen können. Die Frau sagte, daß man manchmal beim Vorbeifahren aus dem Lager Rauch aufsteigen sieht, ich konnte jedoch nichts dergleichen bemerken. Meiner Schätzung nach ist das Lager ungefähr 800 zu 400 Meter groß.

2. Weitere Augenzeugenberichte

a) Ein Bahnpolizist am Rangierbahnhof in Reichshof erzählte am 30. 8. 42:

„In Reichshof wird am 1. 9. eine Marmortafel mit goldenen Buchstaben aufgerichtet, weil die Stadt dann judenfrei ist. Die Transportzüge mit den Juden kommen fast täglich am Rangierbahnhof durch, werden sofort weitergeleitet und kommen meist am gleichen Abend schon sauber ausgekehrt zurück. In Jaroslau wurden vor kurzem 6000 Juden an einem Tag umgebracht.“

b) Ein Ingenieur erzählte am 30. 8. 1942 abends im Deutschen Haus in Rawa-Ruska:

„Bei den Arbeiten am Truppenübungsplatz, der hier gebaut wird, waren neben Polen und Kriegsgefangenen auch Juden beschäftigt, die jetzt zum größten Teil abtransportiert sind. Die Arbeitsleistung dieser Baumannschaften (darunter auch Frauen) war im Durchschnitt 30% dessen, was von deutschen Arbeitern geleistet worden wäre. Die Leute bekamen allerdings von uns nur Brot, das andere mußten sie sich selber suchen. In Lemberg habe ich neulich zufällig die Verladung eines solchen Transportzuges gesehen. Die Waggonen standen am Fuße einer Böschung. Wie die Leute von der SS zum Teil mit Stöcken und Reitpeitschen da hinunter getrieben und in die Wagen gestoßen wurden, das war ein Anblick, den ich mein Leben lang nicht mehr vergessen werde.“

Dem Erzähler standen bei diesem Bericht die Tränen in den Augen. Es war ein Mann von ungefähr 26 Jahren, er trug das Parteiabzeichen. Ein sudetendeutscher Bauführer, der am gleichen Tisch saß, bemerkte dazu: „Neulich ist in unserer Kantine ein besoffener SS-Mann gesessen, der hat geheult wie ein Kind. Er hat gesagt, daß er da in Belzec Dienst tut und wenn das noch 14 Tage so weitergeht, dann bringt er sich um, weil er das nicht mehr aushält.“

c) Ein Polizist erzählt im Ratskeller in Cholm am 1. 9. 1942:

„Die Polizisten, die als Transportbegleiter bei den Judenzügen mitfahren, dürfen nicht in das Lager hinein. Das macht nur die SS und der ukrainische Sonderdienst (eine Polizeiformation aus ukrainischen Freiwilligen). Die machen aber auch ein gutes Geschäft dabei. Neulich war ein Ukrainer bei uns, der hatte einen ganzen Stoß Banknoten bei sich und Uhren und Gold und alles Mögliche. Das finden die alles, wenn sie die Kleider zusammentragen und verladen.“ Auf die Frage, auf welche Weise denn die Juden umgebracht werden, antwortete der Polizist: „Man sagt ihnen, daß sie zur Entlassung müssen und dann müssen sie ihre Kleider ausziehen und dann kommen sie in einen Raum, da läßt man zuerst eine Hitzwelle hinein und da ist dann schon eine kleine Dosis von dem Gas dabei. Das genügt zur Betäubung. Der Rest kommt dann nach. Und dann werden sie gleich verbrannt.“

Auf die Frage, warum denn diese ganze Aktion unternommen werde, sagte der Polizist: „Die Juden waren bis jetzt überall als Hilfskräfte beschäftigt, bei der SS, der Wehrmacht usw. Da haben sie natürlich allerhand aufgeschnappt und das melden

sie alles an die Russen weiter. Drum müssen sie weg. Und dann sind sie auch schuld an dem ganzen Schwarzhandel und der Preistreiberei hier. Wenn die Juden weg sind, dann wird man auch wieder vernünftige Preise durchsetzen können.“

Anmerkung: Rawa-Ruska liegt ungefähr 80 km nordwestlich von Lemberg. Belzec liegt an der Bahn Lemberg-Cholm, ungefähr 40 km nordwestlich von Rawa-Ruska.

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE

Der bisherige Generalsekretär, Professor Dr. Paul Kluge, ist infolge seiner Berufung an die Universität Frankfurt am 1. April 1959 aus seinem Amt ausgeschieden und vom Kuratorium des Instituts

in den Wissenschaftlichen Beirat berufen worden. — Zum neuen Generalsekretär wurde vom Kuratorium auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats Dr. Helmut Krausnick ernannt.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Erwin Kroll, Musikschriftsteller, Berlin-Friedenau, Laubacher Straße 14

Dr. Hans Rothfels, Professor für neuere Geschichte an der Universität Tübingen, Tübingen, Waldhäuserstraße 18

Dr. Kurt Sontheimer, Assistent am Seminar für Wissenschaftliche Politik an der Uni-

versität Freiburg, Freiburg/Brs., Sternwaldstraße 41

Dr. Alfred Vagts, Publizist, P. O. Gaylordsville, Sherman, Conn.

Georg Vigrabs †, (Göttingen), lett. Legationsrat a. D., Privatgelehrter.